

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgepaltenen Kolon-
setze oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen, sowie
Arbeitsmarkt 30 Pf. Insetals für die
nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonnabend, den 21. Januar 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Für die Feinde des Koalitionsrechtes.

Einen Einblick in die ungeheure kulturelle Bedeutung
hochentwickelter Arbeiterorganisationen gewährt das am Sonn-
abend erschienene Blaubuch des englischen Handelsamtes
über die Gewerkschaften im Vereinigten König-
reich. Es ist nun schon der zehnte derartige Bericht, den
der Chief Labour Correspondent — bekanntlich John Burnett,
ein alter Gewerkschaftler — für die Regierung und das
Parlament bearbeitet. Jeder solcher Bericht war stets eine
schlagende Widerlegung der heberischen Ausfälle gegen
den Trades-Unionismus, wie sie die Bued, Stumm
und Genossen lieben. Da die Herren jedoch ihr
Sprüchlein unbedrossen weiter aufzagen, so wollen
wir auch jetzt die Feststellungen des englischen
Handelsamtes in Kürze wiederholen. Sie beziehen sich vor
allem auf die Jahre 1892—97, ziehen jedoch häufig auch
frühere Zeiträume zu lehrreichen Vergleichen heran.

Scheinbar ist die Zahl der Gewerkschaften im
Jahre 1897 etwas gesunken, nämlich um 21, sodas sie mit
1287 verzeichnet wird. Dieser Scheinrückgang rührt jedoch
fast nur von Verschmelzungen früher selbständiger Organi-
sationen her, denn vom Anfang bis zum Ende des Jahres
stieg die Mitgliederzahl von 1 491 007 auf 1 609 909,
also fast um 8 pCt. Die bedeutendsten Trades-Unions
sind, wenn wir der Kürze wegen die in Deutschland üblichen
Bezeichnungen verwenden dürfen, „eingetragene Berufs-
vereine“ (registered under the Trade Union Act). Es standen
zwar 567 eingetragenen Organisationen 720 nicht registrierte
gegenüber; die ersteren umfaßten jedoch 74, die letzteren bloß
28 pCt. der Gesamt-Mitgliederzahl.

Die gewerkschaftliche Beteiligung der Arbeiterinnen
läßt auch in England noch sehr viel zu wünschen übrig:
93 pCt. aller Mitglieder waren Männer, nur 119 775,
also 7 pCt., Frauen und Mädchen — besonders aus den
Textilgewerben, die nicht weniger wie 91 pCt. aller weib-
lichen Theilnehmer stellen. Natürlich rührt der weite
Abstand der beiderseitigen Beteiligung wesentlich auch
von der weniger ausgebreiteten Erwerbstätigkeit des weib-
lichen Geschlechtes her. Doch selbst im Verhältnis zu allen
Erwerbstätigen in Fabriken und Werkstätten sind
von den erwachsenen Männern 21 pCt., von den er-
wachsenen Mädchen und Frauen nur 12 pCt. organisiert.
Dabei sind die häuslichen Dienstleistungen und die Thätigkeit
außerhalb der Fabriken und Werkstätten (factories and
workshops) bei den Frauen außer Betracht gelassen, so daß
sich rund 1 Million Arbeiterinnen als Grundlage der Ver-
rechnung ergab. Von den entsprechenden 7 Millionen Männern
könnte man wohl noch mehr wie eine Million streichen
für Landarbeiter und Fischer, die fast gar nichts
zu Gewerkschaftsbildungen beitragen. Dann würden von
der übrigen Arbeiterschaft etwa 25 Prozent als organisiert
bezeichnet werden können.

Die größten Unions sind meist auch die ältesten; sie
sind nicht das Produkt eines vorübergehenden Streikfebers,
sondern das Ergebnis jahrelangen, jahrzehntelangen Fleißes
und Organisationsseifers. Ueber die 100 bedeutendsten
Unions — die 66 pCt. aller Trades-Unionsisten ein-
schließen — hat der Arbeitskorrespondent die eingehendsten
Berechnungen vorgenommen. Ihr Durchschnittsalter ist danach
35 Jahre.

Für dieselben 100 Unions erhalten wir dann folgende
zusammenfassende Tabelle über laufende Einnahmen, Jahres-
ausgaben, über den Vermögensbestand am Ende des Jahres
und über die Mitgliederzahl zu demselben Zeitpunkt
(1 Jhr. = 20 M.).

Table with 5 columns: Jahr, Einnahme, Ausgabe, Vermögen, Mitgliederzahl. Rows for years 1892-1897 and percentage changes.

Die Ausgaben haben zweimal einen starken Wellenschlag
nach oben, 1893 und 1897: das eine Mal durch den Baum-
wollarbeiter-Streik von 1892/93 sowie den Kohlenstreik von
1893, das andere Mal durch den Kampf der Maschinenbauer.
Aber charakteristisch für die unterwüthliche Lebenskraft dieser
Koalitionen ist, daß sie nur 1893 ihren Vermögensbestand
wirklich zurückgehen sahen; sonst haben sie jede Scharte sofort
wieder ausgeweicht.

Trotz dieser Niesenkämpfe, zu denen sie zeitweilig heraus-
gefordert werden und an die unsere Industriefrieden
nur mit Bittern und Jagen zu denken vermögen, tritt die
Streikausgabe doch zurück gegen die sonstigen großen
Leistungen der Klassen für ihre Mitglieder. Besonders die
Unterstützung der unfreiwilligen Arbeitslosen — also
nicht der Streikenden, wohl aber derer, die ohne jede Unter-

stützung sofort zu den verzweifeltsten Lohndrückern werden
würden — gewinnt immer mehr an Bedeutung. John
Burnett glaubt die 100 näher zergliederten Trades-Unions in
drei Gruppen scheiden zu können:

Etwa 25 Vereine mit 243 411 Mitgliedern zahlen vor-
wiegend nur Streikunterstützung; Sterbe-, Kranken- und
Unfallgelder kommen gelegentlich wohl vor, spielen indes
eine nebensächliche Rolle;

bei 34 Unions mit 264 548 Mitgliedern kommt die
Arbeitslosen zur eigentlichen Streit-Unter-
stützung, während auch hier weitere Versicherungszwecke stark
zurücktreten, wenngleich sie nicht ganz und gar fehlen;

bei weiteren 41 Unions mit 551 650 Mitgliedern
kommen neben Streit- und Arbeitslosen-Versorgung
besonders noch die Altersinvaliden- (superannuation-)
und Sterbegelder in Betracht, während Kranken- und
Unfallgelder von wechselnder Bedeutung sind.

Für die 100 hervorragendsten Gewerkschaften giebt nun
John Burnett für die letzten sechs Jahre folgende zusammen-
fassende Uebersicht:

Table with 2 columns: Item, Amount. Rows for strike funds, unemployed, and administrative expenses.

Von 9/10 Millionen Pfund Sterling, von über 184 Millionen
Mark gaben diese hundert Arbeiterkoalitionen
also in sechs Jahren mehr wie 2 Millionen Pfund,
über 48 Millionen Mark, aus für Lohnkämpfe, die
der Erhöhung oder doch der Festhaltung des errungenen
Lebensstandards der Bevölkerungsmasse dienen — fast
5 1/2 Millionen Pfund Sterling, fast 110 Millionen
Mark für allerlei Versicherungs- und Unterstützungs-
zwecke unentbehrlichster Art.

Angeichts solcher Ziffern muß man schon König Stumm
sein, um durch Fabrikanschlag vor den „berichtigten englischen
Gewerkschaften“ zu warnen, die in den „gewaltthätigsten
Verbrechen“ ihr Lebenselement finden. Oder man muß als
bezahlter Agitator des organisierten Schlotjunkerthums wirken,
um in der alten Weise in der Dege gegen die Trades-
Unions fortzufahren.

Die Lage der Bergarbeiter
in den preussischen Staats-Bergwerken.

Dem preussischen Landtage ist soeben eine ziemlich umfangreiche
Denkschrift über die Verwaltung der preussischen
Staats-Bergwerke, -Hütten und -Salinen während
des Etatsjahres 1897/98 vom preussischen Handelsminister Breßlau
zugegangen. Gleich die allgemeine Uebersicht wird mit folgenden
„erfreulichen“ Mittheilungen eingeleitet:

„Dank der günstigen Weiterentwicklung der gesammten gewerb-
lichen Thätigkeit haben sich auch im Jahre 1897/98 die staatlichen
Bergwerks-, Hütten- und Salinenbetriebe andauernd in einer recht
befriedigenden Lage befunden. Denn bei den festen, zum Theil
sogar steigenden Preisen herrschte das ganze Jahr hindurch
auf dem Markte eine so lebhafte Nachfrage nach Bergwerksprodukten,
daß denselben zeitweise kaum völlig genügt werden konnte.
Unter diesen Umständen und da im Uebrigen der Betrieb selbst
regelmäßig von statten ging und von bedeutameren Störungen
verschont blieb, gestaltete sich auch das wirtschaftliche Ergebnis
wieder recht günstig.“

Leider haben die Arbeiter von diesen erfreulichen wirtschaft-
lichen Ergebnissen gar keinen Nutzen gehabt, wie sich später aus den
Nachweisungen über die gezahlten Löhne klar und deutlich ergeben
wird.

Der Gesamtwert der Förderung der Steinkohlen-,
Braunkohlen-, Erz- und Salzwerke des Staates hat betragen:
im Jahre 1896/97 114 065 940 Mark bei 58 880 Arbeitern, im
Jahre 1897/98 127 016 318 M. bei 59 010 Arbeitern. Im Jahre
1897/98 also mehr 12 950 378 M. bei einer Verhärtung der Arbeiter-
schaft um 2130. Hier springt sofort die ungleiche prozentuale Ver-
mehrung ins Auge. Während der Werth der Förderung um
11,35 pCt. gewachsen ist, hat sich die Arbeiterzahl, die diese Werthe
gefördert hat, nur um 3,74 pCt. vermehrt. Die Jahresleistung
eines Arbeiters betrug nach dem Verwaltungsbericht auch im
Jahre 1896/97 256 Tonnen, im Jahre 1897/98 263 Tonnen. Die
Kräfte der Arbeiter sind also wieder um ein beträchtliches mehr an-
gespannt worden.

Trotz dieser überaus günstigen Lage der staatlichen Betriebe ist
der Jahresverdienst der Bergarbeiter keineswegs gestiegen
im Gegentheil theilweise etwas zurückgegangen. Der Jahres-
Arbeitsverdienst der unterirdisch beschäftigten eigentlichen Bergleute
betrug bei den Häuern auf Königgrube 1187 M., bei
den Förderleuten 695 M., gegen 1205 M. und 666 M.
im Etatsjahre 1896/97. Auf Königin Louise-Grube
stellte sich der durchschnittliche Jahresverdienst für die Häuer auf
1188 Mark, für die Förderleute auf 705 Mark gegen 1127 Mark und
675 Mark im Vorjahre. Hiernach berechnet sich der durchschnittliche
Häuerlohn für eine Schicht auf beiden Gruben gleichmäßig zu
4,27 Mark. Für die Schleiher stellt sich der durchschnittliche Ver-
dienst für eine Schicht auf Königgrube zu 2,49 Mark, auf Königin-
Louisegrube zu 2,54 Mark.

Im Saarbrücker Steinkohlenrevier ist eine erhebliche An-
zahl Bergleute mehr als im Vorjahre beschäftigt worden. Am letzten
Tage des Berichtsjahres waren auf sämtlichen Werken über
und unter Tage 35 928 Mann beschäftigt, das sind 1503
Mann mehr als am gleichen Tage des Vorjahres. Der durchschnitt-
liche Jahresarbeitsverdienst stellte sich für die im Gebirge be-
schäftigten Häuer auf 1913 M., gegen 1292 M. im Vorjahre. Der

durchschnittliche Jahresverdienst für sämtliche Arbeiter auf 1088 M.,
gegen 1044 M. im Vorjahre. Hier ist also der Wochenlohn durch-
schnittlich um etwa 1 M. gestiegen. Dabei muß aber berücksichtigt
werden, daß in den Löhnen für die eigentlichen Bergarbeiter die
Kosten für Del und Gezüge (6 Pf. pro Schicht) und bei sämtlichen
Arbeitern auch noch die Knappschafstribute (25 Pf. pro Schicht)
einbegriffen sind.

Die Zahlen in der vorerwähnten Uebersicht beziehen sich auf den
Bezirk des Ober-Bergamts Breslau. Die Löhne sind dort bedeutend
niedriger als im Saarrevier und beweisen von neuem, daß man
auch von einem Nothstande der schlesischen Bergarbeiter in Staats-
betrieben sprechen kann, natürlich ganz zu schweigen von den Löhnen,
welche von der Privatindustrie in diesem östlichen Winkel des Reiches
gezahlt werden.

Was die Betriebsunfälle anlangt, so kamen 126 Arbeiter
gegen 96 im Vorjahre zu Tode. Von der Gesamtzahl der töd-
lichen Verunglückungen entfallen auf den Steinkohlen-Bergbau 118,
auf den Braunkohlen-Bergbau 8, auf den Erz-Bergbau 4, auf den
Hüttenbetrieb 1. Ein größerer Unfall, bei dem acht Menschen zu
Tode kamen, ereignete sich am 17. Januar 1898 auf der Königin
Luisegrube in Oberschlesien in Folge eines Brandes in der Grube.
Die verhältnismäßig große Zahl der durch Stein- und Kohlenfall herbei-
geführten Unfälle veranlaßte die Regierung, im Berichtsjahre eine Kom-
mission von Sachverständigen einzuberufen, deren Aufgabe es
sein soll, die hauptsächlichsten Ursachen dieser Unfälle zu
ergünden und Mittel und Wege ausfindig zu machen, um denselben
thunlichst vorzubeugen. Die Arbeiten dieser Kommission, deren
38 Mitglieder theils aus der Zahl der höheren und niederen könig-
lichen und Privat-Bergbeamten berufen, theils den Reihen der
Arbeiter entnommen sind, haben im Berichtsjahre vorzugsweise
die Beschaffung des erforderlichen statistischen und wissenschaftlichen
Materials zum Gegenstande gehabt, auf dessen Grundlage die
weiteren Untersuchungen und praktischen Vorschläge sich aufbauen
werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Januar.

Der Reichstag

sehte am Freitag beim Titel: Reichsamt des Innern die
Debatte über Fabrikgesetzgebung und Sozial-
reform fort. Alle Parteien und Schattierungen kamen heute
zum Wort. Zuerst die patriarchalische Unternehmer-Selbst-
herrlichkeit (Autokratie), vertreten durch Herrn v. Stumm,
der seine alte stereotype Rede gegen die Sozialdemokratie
und den Arbeiterterrorismus mit einigen Bosheiten
gegen den aus der Art geschlagenen Kollegen Nöfke
würzte. Nach Sozial-Autokrat der Sozial-Demo-
krat. Nach Stumm Jubel. Unser Genosse brachte
namentlich die Greuel im Ziegeleigewerbe zur Sprache, und
das mit solchem Feuer und solcher Sachkenntnis, daß der
Reichstag gespannt seinen Ausführungen folgte und daß
Graf Posadowsky nicht umhin konnte, zuzugestehen, es
seien große Uebelstände vorhanden, denen abgeholfen werden
müßte. Jubel beschränkte sich aber nicht auf dieses eine
Gebiet — er unterzog die gesammte Sozialpolitik einer scharfen
Kritik und wies auf den Widerspruch hin, daß dieselbe
Reichsregierung, die sich ihrer Arbeiterfreundlichkeit rühme,
nur auf Anebekung der Arbeiter bedacht sei, und den
Arbeiterschutz thatsächlich in einen Unternehmerr-
schutz umgekehrt habe. Als unser Genosse die angekündigte
Zuchthausvorlage als „Deynhäuserer Schreckgespenst“
erwähnte, benutzte Herr v. Frege, der Vater der „grünen
Jungen“, der gerade den Vorsitz führte, schleunigt die Gelegen-
heit, sich mit unsterblicher „Heiterkeit“ zu umhüllen. Lieber die
Unsterblichkeit der Blase als gar keine — mag er sich gesagt
haben. Er erklärte nämlich den Ausdruck „Schreckgespenst“ für
— unparlamentarisch. Durch das Gelächter des Hauses wurde
dem Verdachten klar, daß etwas Väterliches geschehen war.
Doch daß er selber das Väterliche verübt — das kam
ihm, dem verdachten Gesicht nach zu urtheilen, nicht zum Be-
wußtsein.

Nach dem Sozialdemokrat wieder ein Sozialautokrat,
jedoch anderer Couleur in Grün als Freiherr von Stumm:
der von der Kultur einigermaßen belebte Freiherr v. Heyl.
Am Rhein herrscht eine freiere Luft als in Saarabien,
das ja nur ein losgelöstes und nach Westen geworfenes Stück
Sibirien ist. Feinerer Schliff, feinere Rede, feinere Manieren
— allein im Wesen gleich. Ludwig XI. von Frankreich hatte
zwei Henker, die das Prügeln, Foltern und Hängen zu be-
sorgen hatten. Der eine war bärbeißig und grob, der andere
freundlich und stets lächelnd. Die unglücklichen Patienten
sahen aber, daß der Freundliche der schlimmere Kunde von
Beiden war. Und wir sind überzeugt, die Arbeiter des Frei-
herrn v. Heyl denken ähnlich. Herr Heyl ist nationalliberal
und heute hielt er es für nöthig, die liberale
Maske zu tragen. Er erklärte ausdrücklich, daß sein
Fraktionsgenosse Wasser mann im Auftrage der Fraktion
die bekannte liberale Etatsrede gehalten habe — er
polemisierte gegen einige schroffe Aeußerungen Nöfke's und
Stumms, und bethuerte, daß seine Partei eine ehrliche und
gründliche Sozialreform wolle. Um dies zu beweisen, griff
er die einzige Partei an, welche eine ehrliche und gründliche
Sozialreform will: die Sozialdemokratie. Der Pferdesuß war
freilich der einer abgetriebenen Mähre. Wir Sozialdemokraten
hätten die Arbeitergesetze bekämpft, wir vergebunden die
Arbeitergroßchen u. s. w. Kurz, der Pferdesuß wurde schließlich
zum Gelsfuß.

Auf Heyl folgte Hise — der Sozialkaplan auf dem
Sozialautokrat. Herr Hise, schwach wie immer, wohlmeinend
wie immer, bat um eine „energischere Sozialreform“. Der

gute Mann scheint nicht ganz zu vergessen, daß der oberste Lehrsatz der katholischen Kirche in Bezug auf die soziale Frage der ist, daß die Mutter Kirche allein die soziale Frage lösen, das soziale Elend aus der Welt schaffen kann. Warum pflichtet Kaplan Sige seiner Mutter ins Gaudium?

Nach Sige ergriß Genosse Singer das Wort zu einer kurzen und kräftigen Abfertigung des Herrn Seyl und auch seines weniger gelehrten Zwillingsbruders im Wolsch: Stumm. Er strafte Herrn Seyl Lügen, belehrte ihn, daß die Sozialdemokratie nie ein gutes Gesetz verhindert habe, daß die ganze Sozialreform, soweit sie etwas taugt, der Sozialdemokratie zu verdanken sei, und, was die Verschwendung der Arbeitergelder durch die Führer betreffe, so verbrauchten die Führer das ganze Jahr nicht so viel, wie Herr von Seyl in einer Woche zum Frühstück verbrachte. Von Herrn Stumm meinte Singer, er habe der Sozialdemokratie gegenüber eine wahre Idiosynkrasie, d. h. fixe Ideen, für die er nicht verantwortlich gemacht werden könne. Er habe kein Recht auf ernste Beachtung und Widerlegung.

Den Schluß machte für heute der in Berlin gewählte Fortschrittler Dr. Zwick, der als Sozialfortschrittler, über die Kinderarbeit (hauptsächlich in Berlin und Charlottenburg) und deren nachtheiligen Einfluß auf den Schulunterricht und Erziehung reiches und werthvolles Material mittheilte. Nachdem sich das Zwillingspaar Stumm-Seyl in sehr matten, persönlichen Bemerkungen gegen Singer gewandt hatte, erfolgte um 5 1/2 Uhr die Vertagung. Morgen Fortsetzung.

Herr Kirchner kann aufatmen.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat in ihrer letzten Sitzung einen Schritt gethan, welcher gewiß der Bestätigung des Herrn Kirchner zum Oberbürgermeister ungemein förderlich sein wird.

Dank des sehr ausgebildeten Gerechtigkeitsgefühls der Fraktion der alten Linken Richter'scher Obervanz ist die sozialdemokratische Fraktion bei der Wahl zum preussischen Stadttage nicht berücksichtigt worden.

Der ausgesprochene Jued dieser Handlungsweise war — wir wissen dies aus allerbesten Quelle und sind, falls es etwa von der „Freis. Ztg.“ bestritten werden sollte, bereit, mit Namen zu dienen — eine Wahl zu vermeiden, die möglicherweise höheren Orts mißliebig bemerkt werden und die Bestätigungslust des Bürgermeisters vermehren könnte.

So wird jetzt im Berliner Rathhaus der „Männerstolz vor Fürstenthronen“ praktiziert und der kleine, für den „fortschrittlichen Liberalismus“ sehr bezeichnende Vorfall wird dadurch noch besonders interessant, daß Herr Birchow — dessen Name im Jahre 1848 unter dem Ausruf zur Gründung eines Vereins zum Zweck, die republikanische Staatsform einzuführen, prangte — sich dazu hergegeben hat, den Vohalsitätskomp seiner Fraktionsgenossen zu ratifizieren, indem er mit dem vorgelegenen Sozialdemokraten in Wettbewerb trat.

Wir gratulieren dem Altmeister des Fortschrittlerthums zu dieser prächtigen Entwicklung.

Welchen Grad von Anständigkeit das Verhalten der „alten Linken“ im Nothen Haus beweist, ergibt sich aus einem Vergleich der Stimmen, welche bei den letzten Ergänzungswahlen für die Stadtverordneten-Versammlung in der III. Abtheilung auf die Kandidaten der Sozialdemokratie und auf die Kandidaten der Fraktion der „alten Linken“ gefallen sind.

Während die Sozialdemokraten rund 20 000 Stimmen auf sich vereinigten, erzielten die Kandidaten der auf den Richter'schen Liberalismus gerichteten Stadtväter rund 8000 Stimmen. Dieser Thatsache gegenüber verdient es angezogen zu werden, daß die Richter'sche Spielart des Liberalismus in der Stadtverordneten-Versammlung bei einer Delegation von fünf Mitgliedern drei Stellen für sich in Anspruch nimmt, aber die Vertreter der stärksten Partei im Volke von der Theilnahme an den Arbeiten des Stadttages ausschließt.

Das geschieht in der That, Herr v. Lucanus könnte zur Abwechslung vielleicht einmal statt „der Inskript“ die Wahl eines Sozialdemokraten für den Stadttag zum Anlaß nehmen, von der Bestätigung des Oberbürgermeisters abzurathen.

Ein netter „Freisinn“, der seine Entschlüsse nach solchen Erwägungen faßt — aber jeder hat den Vertreter, den er verdient. —

Eine Ente. Aus London wird unterm heutigen Tag telegraphirt:

Ein hiesiges Blatt versichert, aus zuverlässiger Quelle zu wissen, daß die Königin Victoria für den Monat Mai einen königlichen Einberufen habe, zu welchem alle regierenden Fürsten, sowie auch die Präsidenten Felix Faure und Mac Kintley Einladungen erhalten hätten. Die Konferenz soll eine eingehende Beratung der Krönungskonferenz zum Zweck haben, für welche sich die Königin lebhaft interessire. Es soll nur noch die Zusage Mac Kintley's ausstehen.

Natürlich Schwindel. Der warme Winter scheint in manchen Köpfen Hundstags-Temperatur erzeugt zu haben. Der Entenzüchter scheint nicht zu wissen, daß eine Konferenz der Königin von England mit anderen Mächtern ein einfaches Kaffe-Anzügen wäre. Ohne Parlament und Regierung ist eine internationale politische Konferenz dieser Art nicht möglich. —

Für die Standrechtung der deutschen Freiheit und Einheit im Jahre 1840 tritt die „Kreuz-Zeitung“ mit größter Wärme ein. Das nehmen wir ihr nicht ab. Haben wir doch nie daran gezweifelt, daß die Standrechtler von damals und die Reaktionsäre von heute in nichts Wesentlichen von einander verschieden sind. Wir wollen keinen Versuch machen, die „Kreuz-Zeitung“ zu belehren. Nur Eins sei ihr gesagt: wenn sie die Unterdrückung des badiß-pfälzischen Aufstandes als große militärische That hinstellt, ist sie entweder sehr schlecht unterrichtet oder sagt bewußt die Unwahrheit. In die Einzelheiten jenes Feldzuges wollen wir nicht eingehen. Es genügt uns, folgende Zahlen und Thatsachen anzugeben.

Die preussische Armee in Baden betrug 80 000 Mann. Diesen standen gegenüber etwas über 80 000 Mann — ungefähr 15 000 reguläre Soldaten und ebenso viel Volkswehren. Trotzdem wurde die preussische Armee in dem ersten größeren Gefecht: bei Waghäusel, zurückgeworfen und wäre aufs Haupt geschlagen worden, wenn nicht die badiß-Kavallerie, durch veräblichste Offiziere geführt, zu dem Feind übergegangen wäre und das Volkstheer in Verwirrung gebracht hätte. In der entscheidenden Schlacht bei Kastell wurde die preussische Armee unter persönlicher Führung des Prinzen von Preußen am ersten Tage so gründlich unterdrückt, daß der Prinz von Preußen sein Hauptquartier eiligst nach Karlsruhe zurückverlegte und daß der junge Prinz Karl (später: der „Rothke Prinz“), der auf der Flucht einen Streifzug in die Hinterlande erhielt, um ein Paar von den Freischärlern gefangen worden wäre. Den einen Tag änderte sich die Sache allerdings, aber nicht durch irgend eine glänzende Waffenthat, sondern weil die Reichstruppen den Preußen zu Hilfe kamen und das revolutionäre Volkstheer in der Flanke angriffen, während

gleichzeitig die Preußen durch Württemberg, d. h. durch neutrales Land, das Volkstheer umgingen und es im Rücken bedrohten.

Also mindestens doppelte Uebermacht war der preussische Sieg zu verdanken, denn dann die Standrechtlererei folgte.

Wenn die „Kreuz-Zeitung“ weiter meint, die Regierungen seien damals nicht vorbereitet gewesen, so sei ihr nur bemerkt, daß die deutschen Regierungen mit Weitemuth an der Spitze im Anfang des Jahres 1848 fest glaubten, gegen die Revolution aufs Vollkommenste gewappnet zu sein. Hinte und ab läßt sich leicht sagen und singeln. Und wie verblüfft, geradezu verblüfft die von ihr so hochgerühmten Junker im März 1848 gewesen sind, das kann die „Kreuz-Zeitung“ in den sogenannten „Gedanken und Erinnerungen“ des Fürsten Bismarck nachlesen, der selbst, seinem eigenen Geständniß nach, trotz aller Säkularmenschenlichkeit so verblüfft war, wie ein gewöhnlicher Mensch es nur sein kann. —

Spitzerei und — Liebe. Das Berliner Polizeipräsidium theilt mit:

Berlin, 20. Januar.
In einer seiner letzten Nummern hat der „Vorwärts“ eine ihm zugegangene Zuschrift abgedruckt, in der behauptet wird, daß die aus der Untersuchung gegen den Direktor des Detektivinstituts Greif bekannte Alara Becker von dem Kriminalkommissarius Bösel beauftragt gewesen sei, einen hiesigen Studenten A. als Anarchisten zu beobachten. Eine Behauptung ähnlichen Inhalts hatte schon im Oktober vorigen Jahres die anarchistische Zeitung „Sozialist“ aufgestellt und wiederholt dieselbe in ihrer heutigen Nummer. Diese Behauptung ist gänzlich aus der Luft gegriffen. Die Alara Becker ist weder von dem Kriminalkommissarius Bösel, noch von einem anderen hiesigen Polizeibeamten zur Beobachtung irgend welcher Personen oder zu anderen Dienstleistungen benützt worden.

Die Zuschrift berief sich auf Äußerungen der Becker selbst. Danach hätte diese die Unwahrheit behauptet.

Oder bezieht sich die amtliche Verichtigung nur darauf, daß die Becker direkt von Polizeibeamten verwendet worden sei? Nach der Darstellung unserer Zuschrift, wenn man sie im Zusammenhang liest, war Grümacher der Vermittler gewesen, und Kommissar Bösel hätte nur als Hintermann fungirt.

Die polizeiliche Dementirmaschine hat sich anlässlich der jüngsten Ausweisungs-Verichtungen als unzuverlässig erwiesen. Wir haben also Grund, um eine exakte Aufklärung zu ersuchen, und wir präzisieren unsere Frage nunmehr dahin: Hat sich die Polizei — amtlich oder außeramtlich — der Hilfe des Privatdetektivs Grümacher bedient? —

Deutsches Reich.

Die Freunde des Grafen v. Posadowsky.

Graf v. Posadowsky versuchte bei den jetzigen sozialpolitischen Debatten des Reichstages wie schon früher den Stillstand der Sozialreform mit dem Entschuldigungswort: „Es muß alles reiflich erwogen werden“ zu beschönigen. Wie diese schöne Redensart aufgefaßt wird, zeigte der lebhafteste Beifall der Zuhörerorgane und die gesteigerte Frechheit dieser selben Organe in ihren sozialreformfeindlichen Zumuthungen. Die „Deutsche Tageszeitung“ zieht aus Graf Posadowsky's Rede den Schluß, daß der bisherige winzige Arbeiterdamm wieder aufgehoben werden müßte, denn auch dieser beruhe nicht auf „reifevoller Erwägung“. Selbst gegen die Wackerordnung einen neuen Vorstoß zu unternehmen, sieht sich die „Deutsche Tageszeitung“ durch des Staatssekretärs neuerliche Reueigungen ermuthigt. Herr v. Posadowsky sieht, wem er zu Liebe geredet hat. Die Feinde jedes Arbeiterdammes, die Hasser jeder sozialen Reform jubeln ihm zu. Man darf der Regierung sagen: An Euren Freunden soll man Euch erkennen!

Die Novelle zum Alters- und Invaliditätsversicherungs-Gesetz ist nunmehr dem Reichstage zugegangen. Ueber die in der vorigen Session dem Reichstage zu der gleichen Materie vorgelegte Novelle konnte bekanntlich keine Einigung der Parteien mit der Regierung erzielt werden. Der Inhalt der diesmaligen Regierungsvorlage ist bekanntlich ratenweise an die Presse verstreut worden. Doch wird man zu einem abschließenden Urtheil erst kommen können, wenn die Novelle im Wortlaut der Oeffentlichkeit bekannt geworden ist. —

Ueber Gewaltmaßnahmen eines fürstlich sondershäuserischen Landraths gegen einen Arbeiter berichtet die „Sächsische Arbeiterzeitung“:

Der Landrath Henniger in Ebeleben, einem kleinen Marktleben des Fürstenthums Schwarzburg-Sondershausen, hat den Arbeiter Fritz Wille in Grohenebrich mit drei Wochen Haft im Wege des Strafmandats bestraft, weil Wille in der Reuejahrnacht in Wirthshaus gewesen ist. Mit welchem Recht der Landrath eine derartige Verfügung erlassen kann, ist ein Räthsel. Wille ist mehrfach für unsere Partei thätig gewesen, besonders hat er das Partei-Organ des Kreises dort zu verbreiten gesucht. Dies mag ihm den Haß des dortigen Agrarierthums zugezogen haben. Vor etwa drei Jahren entstand einmal in Rathstetter zu Grohenebrich eine Kumpel, an der auch Wille theilhaftig war, es ist jedoch aus diesem Anlaß nicht einmal zu einer Anzeige beim Gericht gekommen. Dagegen hat der Landrath Henniger dem Wille für die Folge das Betreten dieses Gasthofes verboten. Mit welchem Recht, fragt man auch hier wieder vergebens. Unbegreiflicherweise hat Wille sich diesem Verbot gefügt. Er hat jetzt, nach etwa drei Jahren, in einem Geluch um Aufhebung des Verbots gebeten, doch ist er abfälligerweise beschieden worden. In der Reuejahrnacht veranstaltete einige Freunde des Wille diesen, mit ihm zusammen den Rathstetter zu besuchen. Der Wirth verweigerte ihm das geforderte Getränk, weil es der Landrath verboten habe. Durch die Intervention der Freunde giebt schließlich der Wirth das geforderte Glas Bier. Nachdem Wille dies getrunken, entfernt er sich, vor der Thür begegnet er dem Gendarm, dieser fahrt ihn barsch an, was er hier zu suchen habe, es sei ihm doch verboten, den Gasthof zu betreten, und trotz lebhaften Protestes verhaftete der Gendarm den Mann vom Plage weg, obwohl er ihm genau bekannt war und Wille im Orte anständig ist. Grundbesitz hat und Familienwater ist. Er muß eine Nacht im Polizeigewahrsam verbringen, wird am nächsten Morgen einem peinlichen Verhör unterzogen und erhält schließlich am Freitag das landrathliche Strafmandat über drei Wochen Haft. Am Sonntag war der Mann in Erfurt, um sich Rath zu holen; von dort aus wurde an das fürstliche Ministerium telegraphisch Beschwerde eingereicht mit dem Besuch um Aufhebung.

Sollten sich die Vorgänge wirklich wie oben geschildert abgespielt haben, so würde es sich um nichts anderes als um Amts- mißbrauch und widerrechtliche Freiheitsberaubung handeln.

Die deutschen Winenschiffer wollen sich zu einem Schifferbunde zusammenschließen, um ihre gemeinsamen Interessen besser wahren zu können. Am 25. d. M. tritt in Berlin der erste deutsche Schiffertag zusammen. Er wird außer der Gründung des Bundes eine Stellungnahme zu den Annullationsplänen der Regierung und zu dem neuen Handelsvertrage bringen. Die Verhandlungen dürften mehrere Tage dauern. Fast alle Schiffervereine entsenden Vertreter. —

Afrikaner unter sich. Unsere Kulturpioniere in Afrika besuchten neue parlamentarische Standale aus Anlaß der W a m a n - G a l g e n s t i z z e n , die namentlich auch für die deutsche Kolonialpolitik schwer kompromittirend sind. Man läuft also Sturm gegen den Verfasser, um seine Reuegenschaft zu entwerthen. Die „Staatsbürgerin“ erzählt Schauererzählungen von Wammann, der nicht nur mit Vorliebe Regier zeitigt — das ginge noch an! — sondern

sogar — unberühmlich! — ein Preußenfresser sei. — Wir haben keinen Anlaß, Herrn Wammann in Schutz zu nehmen. Die Form seiner Enthüllungen läßt ja das Schlimmste über ihn selbst vermuthen. Die Beweislast der Schilberungen wird aber dadurch nicht erschwert, wenn Wammann selbst à la Peters gewirthschaftet haben sollte.

Andere Organe suchen die fatale Angelegenheit auf die hohe Politik abzuleiten, und mit einem blässchen nationalen Furor den nationalen Skandal zu verbeden. So schreiben die „Berliner Reichstags-Nachrichten“ über die „von Geschäftigkeit gegen die deutschen Beamten in Ostafrika stroyenden“ Galgenstizzen:

Sollte der Artikel in der That von dem A. und H. Konsul Dr. Oskar Wammann herrühren, so läge eine Art Seitenstück zum Zwischenfall Thun vor, das von deutscher Seite nicht mit Stillschweigen hingenommen werden könnte. Schwierig kann Herr Wammann österreichisch-ungarischer Konsul in Sanftbar bleiben.

Die „Post“ kündigt eine amtliche Untersuchung an, die ergeben werde, ob an den vorgebrachten Anschuldigungen auch nur ein Nittelchen wahr ist, oder ob es sich wieder um den so beliebten afrikanischen Afsentlatz handelt, dem in diesem Falle sogar ein österreichischer Beamter sein Ohr geliehen hätte.

Kavallerie-Offiziere vor! In der „Kreuz-Zeitung“ findet sich folgender Aufruf zur Verbesserung der Militärvorlage:

Alle verabschiedeten Kavallerie-Offiziere des deutschen Heeres, welche die Mobilmachungen von 1860 bis 1870 erlebt und die Feldzüge von 1864 bis 1870/71 mitgemacht haben, fordere ich hiermit im Interesse der Waffe auf, die Reichstags-Abgeordneten ihres Wahlkreises zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die Kavallerie-Regimenter, welche nach der dem Reichstage zugegangenen Militärvorlage neu errichtet werden sollen, zu fünf und nicht zu vier Schwadronen aufgestellt werden. Zur Begründung dieser Aufforderung verweise ich auf die Ausführungen des General-Lieutnants v. Pelet-Karborne in Nr. 27 der „Kreuz-Zeitung“, Brallentin i. Pomern, 18. Januar 1899, v. Saldern, Oberst a. D.

Schon Herr v. Levetzow erklärte im Reichstage, er als alter Kavallerie-Offizier finde die Forderungen der Regierung für die Kavallerie zu mäßig. Er findet nun Nachfolger.

Wenn aber die Reichstags-Abgeordneten den Herren Kavallerie-Offizieren bedeuten sollten, daß in ihren Wahlkreisen hunderte ehemaliger Kavalleristen der Meinung seien, daß die Herren Kavallerie-Offiziere, sofern sie noch weitere Bemerkungen wünschten, auch die Kosten dafür selbst tragen sollten — wie werden die edlen Herren sich dazu stellen? —

Freisinn! Die „Freisinnige Zeitung“ veröffentlicht Zuschriften von Parteigenossen aus Schleswig-Holstein, welche die Ausweisungspolitik Adlers verurtheilen. Von den Forderungsgelästen in Schleswig ist ihr, wie sie behauptet, nichts bekannt, obgleich in der Redaktion doch wohl die freisinnige „Meier Zeitung“ gelesen wird. Man sucht also den Parteiskandal in besamter Art aus der Welt zu diplomatisieren. Augencheinlich fühlt sich der Freisinn nicht mehr stark genug, Parteidisziplin zu beanspruchen. —

„Pöckel“ informiert. Die „Frankfurter Ztg.“ ist so offenherzig, unsere Vermuthung zu bestätigen, daß ihre Information über den Empfang des Reichstags-Präsidenten eigens vom Thron, und nicht etwa vom Präsidentialstuhl, in das demokratische Blatt huaufgesickert sind. Hatten wir's doch gleich geahnt! —

Finanzmänner und Großindustrielle traten am Mittwoch in der Seebadung zu einer Beratung über die Industrialisierung des Ostens zusammen. An den Verhandlungen nahmen auch der Oberbürgermeister von Posen Witting theil. Die Konferenz einigte sich dahin, daß die Förderung industrieller Unternehmungen im Osten nur durch eine große, kapitalkräftige Bank geschehen könne, die das Kreditwesen auf breiter Grundlage regelt. Es soll demgemäß eine Industriebank ins Leben gerufen werden, die ihren Sitz in Danzig nimmt.

Ein kleines Mittel. Eine weientliche Ermäßigung des Gütertarifs auf den preussischen Staatsbahnen, die in der Hauptsache landwirthschaftlichen Erzeugnissen zu Gute kommt, hat der Minister Thelen angeordnet. Danach werden vom 1. April 1899 Futter, sämtliche Gartenprodukte und geräucherete Feringe zum Frachtgütertarif angenommen und als Güter befördert. Durch diese Anordnung tritt gegenüber den bisherigen Sätzen eine Verbilligung der Fracht um die Hälfte ein.

Die Agrarier steden natürlich alles mit Dank — nein, ohne Dank ein und verlangen mehr. —

Dem Volke muß die Religion erhalten bleiben. Unser Brandenburgischer Partei-Organ veröffentlicht folgenden Entlastungschein:

„...“ ist auf der Domäne Gattersleben, Kreis Aschersleben, 7 Jahre als Tagelöhner gewesen, er hat sich während dieser Zeit gut geführt. Gekündigt ist derselbe zum 1. April d. J., weil er außer den hohen katholischen Festtagen auch die gewöhnlichen, welche auf Wochentage fallen, feiern will.

Domäne Gattersleben, 15. Januar 1899.

Albert Eggeling, Amtsrath. Löwe, Inspektor.

Es ist eine alte Geschichte: wo es an den Profit geht, da hört die Erziehung des Volkes zur Religiosität unfehlbar auf. —

Das Junkerthum arbeitet langsam — 48 (achtundvierzig) Stunden hat es gedauert, bis die „Kreuz-Zeitung“ eine Antwort fand auf unsere Verwerthung ihres denkwürdigen Anspruchs über die „vortreffliche Disziplin“ des Reichstages. Und was für eine Antwort! Eine Retourkutsche, und zwar eine Antisepse primitivster Art, wie sie höchstens noch in Jauch oder Belzig zu finden sind. Der Nachfolger Hammerstein's sagt uns nämlich, wir hätten mit unserem Bild vom militaristischen Staat den sozialdemokratischen „Zukunftstaat“ gemalt.

Einen „Zukunftstaat“ haben wir allerdings im Auge gehabt, aber nicht unseren, den wir nicht an die Wand malen, sondern — ohne Erlaubniß der „Kreuz-Zeitung“ — mit Quadratheiten und Mittel aufbauen. Der Zukunftstaat, den wir gezeichnet haben, ist der der „Kreuz-Zeitung“ und — Hand aufs Herz, Herr Strapschew, würden Sie nicht vor Freude in die Luft springen, wenn dieses Ihre Ideal sich verwirklichte? Jedenfalls arbeiten Ihre Herren Junker in der Regierung und außerhalb aufs Eifrigste an dem Kasernen- und Justizhausbau des Zukunftstaates der „Kreuz-Zeitung“.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Was so ein Lump sagt, hat doch keinen Werth! So etwa äußerten sich die Zeugen über einen des Vergehens der Majestätsbeleidigung angeklagten, als Schnapsbruder kolonnen Menschen, gegen den vor dem Saargebiet der Landgericht verhandelt wurde. Der Gerichtshof schenkte dieser Ansicht nicht zu sein, denn er verurtheilte den Angeklagten zu einer mehrmonatigen Gefängnisstrafe.

Ein Nachspiel zur Landtagswahl. Mit dieser Spitzmarke berichtet die „Frankfurter Zeitung“:

Im Demokratischen Verein (von Frankfurt) wies gestern (am Dienstag) der Jahresbericht, wie wir schon erwähnt haben, eine Ausfreierung zurück, die verlangt, das Verhalten der Demokraten anzuschwärzen. Die betreffende Stelle des Berichts folgt hier im Wortlaut:

Wir wollen die Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, ohne einige Irrthümer richtig zu stellen, denen namentlich das hiesige nationalliberale Organ Verbreitung gegeben hat. Im vorigen Monat sprach Reichstags-Abgeordneter Viehnecht in einer Berliner Versammlung über Landtagswahlen und bemerkte dabei: „Ende der 70er oder Anfang der 80er Jahre machten uns einmal die Demokraten von Frankfurt den Vorschlag, mit ihnen gemeinsam für Sonnemann zu stimmen, wogegen sie bereit waren, uns das andere Mandat des Kreises zu überlassen. Nach reiflicher Erwägung lehnten wir diesen Vorschlag ab u. s. w.“

Wir erklären hiermit auf's Entschiedenste, daß ein derartiger Vorschlag der Sozialdemokratie niemals gemacht worden ist, weder in Bezug auf Herrn Somemann, der es stets beharrlich abgelehnt hat, für den Landtag zu kandidieren, noch in Bezug auf irgend einen anderen Kandidaten. Weder die gegenwärtigen, noch frühere Mitglieder der Parteileitung wissen von einem derartigen Vorschlag etwas.

Weiter soll Herr Liebnecht in Bezug auf die diesmaligen Landtagswahlen gesagt haben: „Ob in Frankfurt a. M. Abmachungen unsererseits und welche versucht worden sind, weiß ich nicht, wenigstens nicht offiziell.“ Hierzu bemerkt das „Frankfurter Journal“, es wisse es offiziell, genau wie Herr Liebnecht. Wir haben die Bemerkung zu machen, daß das „Frankfurter Journal“ gar nichts weiß und wissen kann, weil keine solchen Abmachungen stattgefunden haben.

Vor den Landtagswahlen fanden zwei Besprechungen zwischen einigen Mitgliedern unserer Partei und der Sozialdemokratie in Bezug auf eine etwaige Verschlingung der Lehren an der Wahl statt, bei der dem Wunsche nach Aufstellung eines sozialdemokratischen Kandidaten mit dem Hinweise darauf begegnet wurde, daß sich die demokratische Partei verpflichtet halte, als zweiten Kandidaten den fortschrittlichen zu akzeptieren. Damit war die Sache erledigt. Insofern in Bezug auf die Stadtverordnetenwahlen sind weder verlangt noch gegeben worden.

Zu vorstehender Notiz geben wir Liebnecht das Wort. Es ist kurz. „Ich habe selbstverständlich die Wahrheit gesagt, daß ich mit der Demokratie von Frankfurt nicht alle gemeint, und überhaupt nicht an eine offizielle Mittheilung gedacht habe, ist wohl auch selbstverständlich.“ W. Liebnecht.

Ausland.

Die Wiedereröffnung der Obstruktion.

Wien, 19. Januar.

Die Obstruktion hat also wirklich gleich bei Eröffnung des Parlaments eingesetzt und, nachdem schon die Dienstagtagung mit nennlichen Abstimmungen über die Aufnahme von Petitionen ins stenographische Protokoll ausgefüllt wurde, hat heute die Linke verlangt, daß die eingelaufenen Interpellationen dem vollen Wortlaut nach vorgelesen werden, statt wie gewöhnlich einfach von den Schriftführern nur auszugsweise registriert zu werden. Die Obstruktionsparteien geben sich nun der sinnreichen Beschäftigung hin, zahlreiche und lange Interpellationen anzufertigen, so daß des einseitigen Vortrags, dem niemand zuhört, kein Ende ist. Man kommt also nun schon in der zweiten Sitzung nicht über den Einlauf hinaus und kann nicht in die Tagesordnung eingehen. Den äußeren Vorwand für das Einsetzen der Obstruktion gab der Umstand, daß das Präsidium die Vorlage über die Rekrutenanshebung für 1899 auf die Tagesordnung setzte, und zwar vor ein paar Ministeranfragen, die von der früheren Tagung des Hauses noch übrig geblieben waren. Das Komische ist nun, daß die Herren, die diese Militärvorlage mit aller Gewalt zu verhindern entschlossen sind, nicht etwa Gegner, sondern fanatische Freunde des Militarismus sind, daß sie zweitens angeben, diese ihre Taktik habe den Zweck, der Regierung Verlegenheiten zu bereiten, die die Rekrutenbranche, und daß sie drittens selbst sehr genau wissen und es auch bekennen, daß diese Verlegenheit für die Regierung nicht eintreten wird, sondern daß die Rekrutenanshebung auf dem Wege des § 14 angeordnet und rechtzeitig durchgeführt werden wird. Diefelbe Komödie treibt die Regierung und die Rechte, die im höchsten Pathos die Obstruktion anklagt, sie verweigere dem Staate das Nothwendigste und unterbinde sogar seine Existenz, während sie jetzt wohl weiß, daß nicht das Geringste unterbunden wird, ihr vielmehr die Obstruktion in diesem Momente sehr willkommen ist. Denn der Konflikt in Ungarn, so schleppend er sich abspielt, wird in Bälde seine Lösung finden und damit wird dort freie Bahn für den Ausgleich geschaffen. Die Obstruktion erparit es dem Grafen Thun, die Eventualität einer rechtzeitigen parlamentarischen Erledigung des Ausgleichs ins Auge zu fassen, sondern gestattet ihm, mit den Ungarn nur die andere Eventualität, die Ökonomie mittels § 14, abzuhandeln. Diese Methode erparit weiter den Ministerialen und Gesetzen, ihre Stimmen für den Ausgleich abzugeben und enthebt sie der Verantwortung für diese bei ihren Wählern höchst unpopulären Gesetze. Die deutsche Obstruktion nimmt die Heldenpose an, indem sie den Ausgleich vereitelt, der dennoch zu Stande kommt; die Volksparteien auf der Rechten werden nicht minder heldenhaft von den Thaten sprechen, die sie verrichtet hätten, wenn der Ausgleich zur Abstimmung gekommen wäre. Wir haben Helden rechts und Helden links, aber die Regierung siegt, wie sie will.

Das will freilich nicht besagen, daß Graf Thun Grund habe, stolz zu sein. Im Gegenteil, die Verantwortlichkeit der österreichischen Dinge zeigt die ganze Unfähigkeit der Regierung, Ordnung zu machen oder auch nur einen Weg zu öffnen, der dazu führen könnte. Der § 14 ist freilich ein Instrument, das eigens erfunden zu sein scheint, damit auch Krems Regierung spielen können. Er erlaubt keine Frage zu lösen, sondern sich an jeder vorbeizubringen. Das aber ist der Gipfel staatsmännischer Kunst in Oesterreich.

In Budapest ist unterdessen, wie die „N. Z. Presse“ meldet, eine Einigung vorläufig nicht erzielt worden. Die Oppositionsführer haben die Regierungsvorschläge abgelehnt. Die Ablehnung ist erfolgt wegen der Forderung der Regierung, daß in das Gesetz, das der ungarische Reichstag kraft seiner selbständigen Verfügung über die Fortdauer der Zollgemeinschaft erlassen soll, auch die Bestimmung aufgenommen werde, daß im Jahre 1901 die Verhandlungen mit Oesterreich wegen Abschluß eines Zollbündnisses zu beginnen haben und daß die Zollgemeinschaft auf der Grundlage der Gegenseitigkeit, falls das Zollbündnis bis 1903 nicht zu Stande kommt, fortbauere, bis die ungarische Gesetzgebung anders verfüge. Durch diese Bestimmung will sich die Regierung dagegen schützen, daß 1903 die Zollgemeinschaft nicht neuerlich durch Obstruktion bedroht und neuerlich ein Zustand außerhalb des Gesetzes geschaffen werde. Hieron will aber die Opposition nichts wissen.

Frankreich.

Die Angelegenheit Picquart ist, wie der Advokat Picquart's mittheilt hat, deshalb vom Kassationshof verlagert worden, weil die Vernehmung Esterhazy's für die Gerichtsbarkeit von besonderer Bedeutung sei. „Ganfos“ behauptet, die Regierung wäre geneigt, sich den Anträgen anzuschließen, nach welchen die Revision den vereinigten drei Kammern des Kassationshofes übertragen würde.

Paris, 20. Januar. Gegen die Nationalisten in Algier wendet sich ein Gesetzentwurf, den der Ministerpräsident Dupuy im heutigen Ministerrath zur Unterzeichnung vorlegte. Man fürchtet, die Eingewanderten könnten die französische Rasse an Einkauf überflügeln, und will ihnen das Wahlrecht erst vom 30. Lebensjahre an bewilligen. Alle französischen Staatsangehörigen in Algier sollen zu dreijährigem Militärdienst verpflichtet werden.

Asien.

Auf den Samoa-Inseln ist der Teufel wieder los. Die zwei „Könige“ Malietoa und Mataafa, von denen sich jeder — mit gleichem Recht — für legitim hält, haben einander bei den Ohe-

was nichts Schlimmes wäre, wenn nicht die Samoa-Inseln einer jener gefährlichen Punkte bildeten, wo die Interessen verschiedener Mächte aufeinander stoßen und durch Kanonen vertreten werden, die, wenn viel Elektrizität in der Luft ist, von selbst losgehen können. Dort sind hauptsächlich Deutsche, Engländer und Amerikaner und die betreffenden Konsulate sollen schon — buchstäblich — sich gegirrt haben. Auch das „Armeen“ der zwei „Könige“. Auch das wird nicht so schlimm sein. Die drei Schutzmächte: England, Amerika und Deutschland werden vermuthlich bald Ordnung schaffen. Aus Hamburg wird über die Streitigkeiten das folgende berichtet:

Nach hier vorliegenden telegraphischen Nachrichten aus Samoa hat ein Kampf dort am 1. Januar stattgefunden, nachdem Tags zuvor der Oberrichter Chambers die mit sechsjähriger Wehrzeit erfolgte Königswahl Mataafa's umgestoßen und Tanu, den minderjährigen Sohn Malietoa's, zum König erklärt hatte. Jemand, welches Eigentum von Weihen ist bei den Unruhen nicht beschädigt worden. Die drei Konsulate haben die Mataafa-Partei unter Leitung des Municipalpräsidenten als provisorische Regierung anerkannt. Tanu, Tomafese und Oberrichter Chambers begaben sich an Bord des englischen Kriegsschiffes „Porpoise“, worauf die provisorische Regierung das Obergericht schloß. Am 7. Januar wurde gegen den Protest des Municipalpräsidenten das Obergericht durch eine vom Kriegsschiff gelandete Abtheilung geöffnet, nachdem die samoanische Flotte abgezogen war.

Afrika.

In Abyssinien hatten sich die eingeborenen Stämme wieder einmal bekriegt. Wie die „Agenzia Stefani“ aus Massauah meldet, zeigte Ras Malonnen dem italienischen Gouverneur Martini den Abschluß des Friedens in einem folgendermaßen abgefaßten Briefe an: „Kummeh ist der Friede geschlossen. Tigre ist in meinen Besitz gekommen. Infolge dessen sind wir Nachbarn. Ich theile Ihnen dies mit, damit Sie eingedenk seien unserer Freundschaft, die eine feste bleiben soll.“

England im Sudan. England hat jetzt die Konsequenzen des Sieges des General Kitchener über den Mahdi gezogen. Es hat den Sudan endgiltig für ein englisch-ägyptisches Vespithum erklärt. Nach einem vom „Amtsblatt“ in Kairo veröffentlichten Abkommen, das unterzeichnet ist von dem ägyptischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten Entros-Basha und von Lord Cromer soll im Sudangebiet die britische und die ägyptische Flagge sowohl zu Wasser als zu Lande gemeinsam geführt werden, mit Ausnahme von der Stadt Suakin, wo nur die ägyptische Flagge geführt werden soll. Die oberste militärische und Zivilgewalt soll in die Hände eines Beamten gelegt werden, der den Titel „General-Gouverneur des Sudans“ führen und ernannt werden soll durch ein in Uebereinstimmung mit der englischen Regierung erlassenes Dekret des Khedive und auch nur durch Dekret des Khedive mit Uebereinstimmung der englischen Regierung wieder abgesetzt werden kann. Gesetze, Anordnungen und Vorschriften für ein gutes Regiment im Sudan und Bestimmungen über dort befindliches Eigentum könne geändert oder außer Kraft gesetzt werden durch eine Proklamation des General-Gouverneurs. Alle derartigen Proklamationen müssen dem britischen Agenten in Kairo sofort mitgeteilt werden und ebenso dem ägyptischen Ministerpräsidenten. Bei Festsetzung der Bedingungen, unter denen den Europäern erlaubt sein soll, Handel zu treiben, sich im Sudan niederzulassen und daselbst Eigentum zu haben, sollen keinerlei besondere Vorrechte an die Angehörigen irgend einer Rasse verliehen werden. Die Zuständigkeit der gemischten Gerichte soll sich in keiner Beziehung auf irgend einen Theil des Sudans erstrecken mit alleiniger Ausnahme der Stadt Suakin. Für den übrigen Theil des Sudans soll, bis dies durch Verordnung anderweitig geregelt ist, das Kriegsrecht in Geltung bleiben. Konsuln, Vizekonsuln oder Konsularagenten dürfen ihren Wohnsitz im Sudan nehmen ohne vorhergehende Zustimmung der englischen Regierung. Einfuhr und Ausfuhr von Sklaven wird unbedingt verboten.

Parlamentarisches.

Die Wahlprüfungskommission hält ihre nächste Sitzung am Donnerstag nächster Woche ab. Für dieselbe steht neben anderen auch die Wahl des Abgeordneten Kreiting-Berlin II auf der Tagesordnung.

Der Verein der Brauereien Berlins und Umgegend hat an den Reichstag eine Eingabe gerichtet um Erlaß eines Gesetzes, das die Verwendung von Surrogaten bei der Bierbereitung verbietet.

Entschädigung für unschuldig erlittene Haftstrafen. Im Reichstage hat Vech (Koburg) zur zweiten Beratung des Etats die Resolution eingebracht, für unschuldig erlittene Haftstrafen Entschädigung zu gewähren.

Partei-Nachrichten.

Abrechnung des Komitees,

das zur Unterstützung der Familien der im Eßener Meineids-Prozess verurtheilten Genossen eingesetzt ist.

Einnahmen:

Bestand am 1. Juli 1898 40 076,23 M.

An Zinsen 242,64

Summa 40 318,87 M.

Ausgaben:

Juli 1898 an Unterstützung 2255,35 M.

August 1825,00

September 263,94

Oktober 686,85

November 8264,70

Dezember 2852,80

Summa 11 449,04 M.

Einnahmen 40 318,87 M.

Ausgaben 11 449,04

Bestand 28 869,83 M.

Die spezialisirte Schlussabrechnung erfolgt, wenn Reyer und Graf als die Letzten aus dem Zuchthause entlassen sind.

Wochum, den 15. Januar 1899.
Wolfgang Wunderlich.

Nachstehende Abrechnung wurde von uns geprüft und für richtig befunden.

Die Revisoren:

Heinrich Riederer, Dortmund, Dülpenstraße 4.

Hermann Janl, Essen, Hermannsplatz 2, II.

Das Erscheinen einer dritten sozialdemokratischen Tageszeitung im Königreich Sachsen ist gesichert. Die dreimal wöchentlich erscheinenden Blätter „Chemnitzer Beobachter“ und „Wurgstädter Volksstimme“ werden zu einem neuen Blatte verschmolzen, das vom 1. April d. J. an in Chemnitz herausgegeben wird. Zwischen dem Verleger des „Beobachters“, G. Ludwig, und der Chemnitzer Preßkommission war es wegen der Abfindungssumme leider zu unergieblichen Erörterungen gekommen. Unerfreulicherweise sind die Differenzen jetzt durch beiderseitiges Entgegenkommen aus der Welt geschafft. Der „Beobachter“ und die „Volksstimme“ veröffentlichten in ihrer letzten Nummer eine gemeinsame Erklärung, die die Bedingungen enthält, unter welchen die Vereinbarung getroffen worden ist.

In Braunschweig kandidirt bei der nächsten Stadtverordnetenwahl der Parteigenosse Heinrich Niele in demselben Bezirke, den er seit 21 Jahren in der Stadtverordneten-Versammlung zur Zufriedenheit der Wähler vertritt.

„Zurückweisung und Verächtlichung.“ Vom Genossen Parvus erhielten wir unter dieser Spitzmarke folgende Zuschrift: „In Nr. 15 des „Vorwärts“ wird meine Veröffentlichung der Dokumente anlässlich meines Streites mit der Redaktion des „Vorwärts“ einer Kritik unterworfen, die geeignet ist, meine Handlungsweise und meinen moralischen Charakter in einem falschen, mich in

Mißkredit bringenden Lichte erscheinen zu lassen. Demgegenüber stelle ich folgende Thatsachen fest:

Erstens: Ich habe nie ein „Schiedsgericht“ angerufen, um meinen Streit mit der resp. Redaktion zu schlichten; ich habe mich an die Preßkommission als die Beschwerde-Zustanz für die Redaktion gewendet; eine Beschäftigung, mich mit dieser Entscheidung zu begnügen, lag nicht vor, vielmehr steht mir nach unserem Organisationsstatut noch der Appell an den Parteitag frei; und die letzte Entscheidung liegt nach demokratischen Grundsätzen stets in der öffentlichen Kritik; eine Parteipraxis, welche die Öffentlichkeit zurückdrängen sucht, führt zur Klagenbildung; da ich um die freie Öffentlichkeit im „Vorwärts“ kämpfe, so war es kein Vergehen gegen eine „sozialrevolutionäre Taktik“ — ein Vorwurf, der in den Augen eines zielbewußten Sozialdemokraten am schwersten wiegt —, wenn ich vom „Vorwärts“ an die Parteioffenheit appellirte.

Zweitens: die Unterstellung — zwar nicht bestimmt gesagt, doch klar angedeutet —, daß es sich in meinem Vorgehen gegen die „Vorwärts“-Redaktion um den persönlichen Wunsch handle, Mitarbeiter des „Vorwärts“ zu werden, scheitert an der Thatsache, daß ich wiederholt, zuletzt erst vor wenigen Wochen, „offiziell und formell“ zur Mitarbeiterschaft am „Vorwärts“ eingeladen wurde; ich bin aber auch gar nicht in der Lage, dieses, in den Augen meines Opponenten offenbar sehr verlockende Ideal einer Anstellung beim „Vorwärts“ zu erstreben, da die von mir herausgegebene politische Korrespondenz, die bereits einen Leserkreis von ca. einer halben Million Parteigenossen umfaßt, sowie meine Engagements für die „Neue Zeit“ und zahlreiche Aufträge ausländischer sozialistischer Parteien meine Arbeitszeit völlig absorbiren; folglich würde es mich gerade freuen, wenn die „Sozialrevolutionäre“ im „Vorwärts“ in der Vertretung der Parteigrundsätze wenigstens ebenso viel Geschick und Wissen bekunden, als mir gegenüber Ueberhebung, denn das würde mir die Zeit sparen, die ich sonst brauche, um mit ihnen das sozialistische ABC zu repetiren.

Wir beilen uns, diese Zurückweisung und Verächtlichung dem „Vorwärts“ einzuverleihen. Wir freuen uns, auf diese Weise die halbe Million Leser, über die Genosse Parvus verfügt, um eine beträchtliche Anzahl zu vermehren; das ist uns um so angenehmer, als die „Vorwärts“-Leser dadurch endlich einmal Gelegenheit erhalten, von einem mit dem sozialistischen ABC tief vertrauten Manne, statt wie bisher von armfertigen Analphabeten belehrt zu werden.

Politikalisches, Gerichtliches u. s. w.

— Aus Magdeburg. In Beziehung auf die Selbstbeziehung unseres Parteigenossen Albert Schmidt als bezügelnden, den allein ein Verbrechen an der Veröffentlichung der Erzählung: „Wie die Alten sungen“ treffe, schreibt die „Volksstimme“:

In einem Blatte ist die Frage aufgeworfen: weshalb Schmidt sich vor dem Zeitpunkt der Verjährung gestellt habe. Diese Frage ist sehr leicht zu beantworten. Würde Schmidt sich nach dem 28. d. M. gestellt haben (an welchem Tage die Verjährung eintritt), so wäre seinen Aussagen keinerlei Bedeutung beigemessen. Man würde die Selbstbeziehung als eine Komödie betrachten und Schmidt den Rathel der Heiligkeit auf sich laden. Gerade durch die vorherige Meldung erhofft Schmidt die Aufhebung des wider Müller erkannten Urtheils.

— Eine sechswohige Freiheitsstrafe hat am Mittwoch der verantwortliche Redakteur der „Königsberger Volkszeitung“, Genosse Kalutt, in dortigen Gefängniß angetreten. Zur Regelung seiner Angelegenheiten hatte ihm der Staatsanwalt ganze drei Tage Zeit gelassen; bisher war den verantwortlichen Redakteuren die Aufforderung zum Strafantritt 8-14 Tage vorher zugegangen. Kalutt hat freilich eine der schlimmsten Thaten begangen, die es giebt: er hat die jetzigen preussischen Minister beleidigt, und mit einem solchen Verbrecher magt man natürlich keine Umstände.

— Wegen Beleidigung eines Schneidermeisters ist der parteigenosse John als Redakteur der Breslauer „Volksmacht“ zu 1 Monat Gefängniß und der Schneidergeselle Hoffmann zu 50 M. Geldstrafe verurtheilt; ferner ist gegen den Parteigenossen Franz Feldmann in Langenbielau, Redakteur des „Proletariats aus dem Culengebirge“, wegen Beleidigung eines Gutbesizers eine Gefängnißstrafe von 2 Monaten ausgesprochen. Die Urtheile sind jetzt rechtskräftig, da das Reichsgericht die Revisionen der Angeklagten leider verworfen hat.

Im fünften Male freigesprochen wurde in Wiesbaden ein Arbeiter, der durch das Ausdringen eines Hocks auf die „internationale völkerverfeindende Sozialdemokratie“ nach Ansicht des Staatsanwalts partout groben Unfug begangen haben soll.

Aufruf an die Arbeiter Deutschlands!

Unterzeichnete Organisation ist durch die in Krefeld anbauende Lohndebewegung genöthigt, sich an die Solidarität der Arbeiter Deutschlands zu wenden.

Seit Juni 1898 fanden partielle Ausstände der Weber in Krefeld statt, welche fast ausnahmslos zu Gunsten der Arbeiter durchgeführt wurden. Das Streben der Weber war darauf gerichtet, einen einheitlichen Lohn zu erzielen; die Folge dieser Bewegung war die Ausperrung der Seidenweber am 10. Dezember v. J., die Hilfsarbeiter eingerechnet, circa 8000 Personen. Diese Ausperrung wurde nach zweiwöchentlicher Dauer zur Befriedigung der Arbeiter beendet. Doch jetzt ist ein weiterer hartnäckiger Kampf durchzuführen. Die Sammelweber haben an die Fabrikanten die Forderung gestellt, daß ihnen die Nebenarbeiten, wie Andrehen und dergleichen, bezahlt werden. Die Fabrikanten gingen nach vielen Wendungen auf dieses Verlangen ein, reduzierten aber die Arbeitslöhne derartig, daß der Ausfall an Arbeitslohn durchschnittlich 10-15 pCt. beträgt. Hieron kündigten sämtliche Arbeiter der Sammelweber. Mit den Hilfsarbeitern, welche von den Fabrikanten entlassen wurden, sind circa 5500 Personen zu unterstützen.

Die Arbeiter einer Fabrik (Ebeling u. Co.) sind bereits die achte Woche im Ausstand.

Da nun die Textilarbeiter in Folge der in dieser Industrie herrschenden niedrigen Arbeitslöhne fortbauere Lohnkämpfe zu führen haben, so ist es den Textilarbeitern nicht möglich, aus eigener Kraft diesen Kampf zu führen.

Die Arbeiter Krefelds haben alles versucht, den Streik zu verhindern, doch die Fabrikanten haben bisher jeden Einigungsversuch abgelehnt. Die Fabrikanten wollen die Arbeiter aushungern und die im Entstehen begriffene Organisation vernichten.

Arbeiter Deutschlands, helft den Webern, welche für Erhaltung ihrer Löhne kämpfen, damit die Weberlöhne nicht noch mehr sinken als es bereits geschehen. Wir wissen, daß die Arbeiter, welche so oft ihre Solidarität bewiesen haben, auch dafür sorgen werden, daß die Weber Krefelds nicht aus Mangel an Unterstützung in dem ihnen aufgezwungenen Kampfe unterliegen. Schnelle Hilfe ist dringend nöthig.

Arbeiter Deutschlands! Nicht gleichgültig sind die Krefelder Weber in den Ausstand getreten, sie wehren sich gegen einen Lohnabzug, der bei den gegenwärtigen hohen Preisen für Nahrungsmittel um so schwerer zu ertragen ist, der um so ungerechter ist, als die Fabrikanten ihren Gewinn zu Millionen anhäufen, während die Arbeiter in jämmerlich dürftigen Verhältnissen dahingerathen. Wer im Kampf gegen die Uebermacht des Gelds und der Gewinnsucht den Arbeitern beistehen will, der trage sein Scherflein bei zur Unterstützung der ausständigen Krefelder Weber!

Unterstützungen sind zu senden an den Kassier des Zentralverbandes Georg Treue, Berlin O 34, Kronprinzenstr. 7; für Berlin nimmt Unterstüßungen für Krefeld entgegen die Gewerkschaftskommission: R. Millerg, Annenstr. 10.

Der Zentralverband des Verbandes deutscher Textilarbeiter, J. A. C. Sabis.

Gewerkschaftliches.

Die Geschäftskommission der durch Vertrauensmänner zentral- und lokalorganisierten Gewerkschaften weist in der Abrechnung vom 4. Quartal 1898 eine Einnahme von 1475,04 M. und eine Ausgabe von 1006,80 M. auf. Der Preßfonds verzeichnet für dieselbe Zeit eine Einnahme von 3196,05 M. und eine Ausgabe von 3054,54 M.

Die Generalversammlung des Verbandes der Bäcker wird nach einem Beschluß des Vorstandes in diesem Jahre am 9., 10. und 11. April in München abgehalten werden.

Die Tapeziere der Firma Kofe u. Co. in Dortmund befinden sich mit ihren Prinzipalen in Differenzen. Es wird gebeten, den Zugang fernzuhalten.

Der Streit der Wäcker bei der Firma Fride u. Co. in Lübeck ist beendet, da der Fabrikant die gemachten Lohnabzüge aufhob.

Die drei Besitzer des Elberfelder Gewerbegerichts, die in der öffentlichen Verhandlung am Freitag die Sitzung verließen, weil der Vorsitzende das Verlangen eines Besitzers auf Verurteilung nicht berücksichtigte, sind vom Vorsitzenden in eine Ordnungstrafe von je 30 M. genommen worden, und zwar von demselben Vorsitzenden, der in der Sitzung den Antrag auf Verurteilung zurückwies. Auch wurden den demonstrierenden Besitzern die Kosten des Termins auferlegt. Damit ist die Thatsache, daß der Vorsitzende mit der Zurückweisung des Antrages auf Verurteilung ungleichmäßig handelte, nicht aus der Welt geschafft. Die Arbeiterbesitzer wollen sowohl gegen das Verhalten des Vorsitzenden, wie auch gegen die Strafe Beschwerde einlegen.

Die Zwicker in der Schuhfabrik von H. Franke in Axten haben die Arbeit niedergelegt. Herr Franke hatte den Arbeitern zugemuthet, entweder aus ihrer Organisation auszutreten oder sich einen Lohnabzug von 10 pCt. gefallen zu lassen. Die Arbeiter sollten zu dieser Selbsterniedrigung sogar kontraktlich mit Hinterlegung von 15 M. verpflichtet werden. Wenn der Zugang unterbleibt, kann der Herr eines Besseren belehrt werden.

In die Dresdener Baumeister-Zinnung wurden von den Arbeitern drei sozialdemokratische Vertreter in den Gesellenauschuss entsandt.

Der Konflikt in Dresden-Droschkenbetriebe ist zu Gunsten der Ausfuhr entschieden. Wir berichteten gestern über die Ursache der Differenzen und können heute hinzufügen, daß die Fahrerinnen nach heftigem Disput in ihrer Versammlung den Konflikt zurückgezogen haben und damit die angeforderte Auslieferung der Ausfuhr nicht eintritt und die Differenzen beigelegt sind.

Metallarbeiterstreik in Freiburg i. B. In den Fahrradwerken Petlich zu Freiburg i. B. streikten die Metallarbeiter wegen einer Lohnreduktion von 25 pCt. Zugang ist fernzuhalten.

Der Streit in der Moser'schen Parquetfabrik in Nürnberg ist beendet, nachdem die Differenzen durch gegenseitige Unterhandlungen zu Gunsten der Arbeiter beigelegt wurden.

In Hof befinden sich die Weber der Firma Kranzler bereits seit 12 Wochen im Streik. Jede Einigung ist von dem Fabrikanten zurückgewiesen. Der Fabrikant erklärte: „Wer bei mir wieder arbeiten will, muß einzeln kommen und um Arbeit bitten.“ Unter solchen Umständen können natürlich die 16 Ausständigen die Arbeit nicht aufnehmen. Sie werden aber in nächster Zeit ein Unterkommen finden, da mit Hilfe einiger Leute aus besser situierten Kreisen eine Weberei auf genossenschaftlicher Grundlage errichtet wird.

Ein Kerzestreik findet zur Zeit in Kopenhagen am Kommunehospital statt. Die Ursache sind Differenzen der Kerzte mit einer Krankenpflegerin, deren Verabschiedung sie verlangten. Als die Direktion diese nicht bewilligte, traten die Kerzte aus ihrer Stellung zurück und der Kopenhagener Kerzeverband fordert öffentlich auf, daß kein junger Arzt Streikbrecherdienste leisten möge. Das Interessanteste bei dem Streik ist, daß die ganze Bourgeois-Preßle, die bei Arbeiterstreiks stets gegen die Arbeiter jähzelt, für die streikenden Kerzte eintritt und mit einmal ganz ihre Phrasen von „unverantwortlichem Vorgehen“ vergessen hat.

Weitere Praktiken

„Lokal-Anzeiger“

Auf unsere gestrige Darstellung der Vorgänge in der Offizin des „Lokal-Anzeigers“ erhalten wir folgende Zuschrift: **Georgie Medallion** In Ihrem Blatte berichten Sie, daß Herr Dr. Sandstein, der juristische Vertreter des Herrn August Scherl, den ausständigen Buchdruckern erklärt habe, ein Kellner des Lokals, in dem die Buchdrucker ihre Sitzung abgehalten haben, habe ihm die Mitteilung gemacht, in jener Versammlung sei Herr Scherl von den Buchdruckern beleidigt worden und man habe die Absicht zu erkennen gegeben, in eine Lohnbewegung einzutreten. Da ich der einzige Kellner in dem Lokal Markgrafenstraße 83 bin, in dem die Sitzung stattfand, kann der Verdacht, der Ueberbringer dieser falschen Behauptung zu sein, nur auf mich fallen. Ich erkläre, daß die Angabe des Herrn Dr. Sandstein vollkommen unwarhaft ist und fordere ich den Herrn hiermit auf, diese seine Behauptung zurückzunehmen oder den Beweis für dieselbe zu liefern. Weitere Schritte werde ich mir vorbehalten. Hochachtungsvoll H. Schäringer.

Herr Lorenz, der Besitzer des Lokals Markgrafenstr. 83, bittet uns gleichfalls zu konstatieren, daß er in jener Sitzung gar nicht den Namen Scherl gehört habe, noch aus seinem Geschäft Mitteilungen an Herrn Dr. Sandstein gelangt sein können.

Am 14. wäre die Sache, ob die Schriftsteller über Herrn Scherl gelästert haben, sehr gleichgültig, aber diese Nebenbemerkung ist nur charakteristisch für das „Spionagesystem“ in der Kellnerfirma. Wahrscheinlich hat jemand dem „hohen Chef“ etwas Derartiges in die Ohren geblasen und unter der Einbildung, die den Leuten vom Schläge des Herrn Scherl eigen ist, regte sich in ihm der Dünkel des Unternehmers, der glaubt, von ihm dürfe nur mit devoter Ehrfurcht gesprochen werden.

Die Heranziehung „Arbeitswilliger“ wird von der Firma mit Eifer betrieben und ist leider nicht ohne Erfolg geblieben. Ein Arbeitswunder schildert uns den Empfang bei Herrn Scherl wie folgt:

In Bezug auf unsern Streit mit dem „Insel-Häuschen“ erlaube ich mir, Ihnen nach Kenntnisnahme von der „Berichtigung“ desselben mitzutheilen, daß auch ich zu denjenigen gehöre, welche vor einigen Freitag Nachmittag mit einer Karte des Wortlauts: „Kommen Sie gest. u. f. w.“ beauftragt wurden. Da jedoch meine Bewerbung um Stellung bei Herrn Scherl um gut vier Monate zurückdatieren ist, kam mir die Sache verdächtig vor. Jedoch stellte ich mich innerlich der gewünschten Zeit vorigen Sonnabend dort vor. Ein Herr in den besten Jahren mit starken, rötlichen Schnurrbart empfing mich auf dem Stuhle sitzend. Er fragte mich nach der Vorstellung, ob ich Vereinsmitglied sei, und erklärte mir auf mein Ja, daß er mich alsdann nicht einstellen könne, denn es sei Prinzip im Hause, keine Vereinsmitglieder zu beschäftigen. Die Frage, welchem Vereine ich angehöre, blieb vollständig unerwähnt, denn ich entfernte mich nach der Bemerkung: „Das hätte ich wissen müssen“, und seiner Erwiderung: „Ich hab' es auch nicht gewußt“. Nach diesem gilt also im „Hause“ des Herrn Scherl nur der Verband als Verein im vollen Sinne des Wortes.

Wie wir weiter berichten können, sollen die Berliner Gewerkschaften für diesen Streikfall interessiert werden. Am Sonntag wird in einer großen Versammlung das Verhalten des Besitzers des Standablatteis besprochen werden, und es ist ferner in Aussicht genommen, in mehreren Flugblättern, die in Massenauflage in Berlin und den Vororten verbreitet werden, diesen unerhörten Angriff auf das Koalitionsrecht der Arbeiter einer Kritik zu unterziehen. Wir sind überzeugt, unsere Parteigenossen werden dafür sorgen, daß das skandalöse Verhalten dieses Mannes allwärts bekannt wird.

Soziales.

Ein Genesungsheim für Lungenkranke im Großherzogthum Heffen wird von den vereinigten Orts-Krankenkassen bei Langen-Strombach im Odenwald errichtet.

Die Zahl der fremden Arbeiter im Ober-Bergamt, Bezirk Dortmund beträgt ein Drittel sämtlicher 200 000 Bergarbeiter. Unter diesen fremden Leuten sind allein 60 000 polnisch sprechende, die nur zum Theil deutsch können, 4000 Oesterreicher und 3600 Italiener, Holländer und Belgier.

Ueber die Verhältnisse der Genossenschafts-Glaskütte der Arbeiter in Albi berichtet der Sekretär der französischen Glasarbeiter, P. Clauffe, das Folgende:

Es werden Flaschen aus gutem Glas an zwei Oefen produziert. Die Arbeitszeit beträgt acht Stunden täglich; es wird in drei Schichten und sechs Tage die Woche gearbeitet. Jede Schicht arbeitet also 48 Stunden die Woche.

Die Arbeiter werden nach dem festgesetzten Tarif bezahlt, aber es muß daran erinnert werden, daß die Glasküthen beschaffen haben, die Genossenschaftskütte zu ruinieren. Sie haben den Vorkott organisiert, um den Verkauf der Flaschen der Genossenschaft zu verhindern. Dadurch sind die Arbeiter gezwungen, 40 pCt. ihres Verdienstes in der Genossenschaft als Betriebskapital sehen zu lassen. Wäre das nicht möglich, so würden die Arbeiter so viel, wenn nicht mehr, erhalten, wie in anderen Fabriken.

Die Arbeiter arbeiten gut und die beste Hormonte herrscht unter ihnen. Sie sind alle Mitglieder der Gewerkschaft.

Die kapitalistische Presse hat seit dem Insultentreten der Genossenschaft einen Verleumdungs-Feldzug gegen sie geführt. Durch Bestechung sind eine Anzahl Arbeiter der Glaskütte irre geführt worden. Während der letzten zwei Jahre sind noch mehrere nachgefolgt und haben die Genossenschaft verlassen, ferner leiteten diese Arbeiter eine gerichtliche Klage gegen die Geschäftsführung ein. Betr. Auszahlung ihres angeblichen Antheils an den Rest der gesammelten Streikgelder, gegen welches Anstinnen aber die Schenkgeber öffentlich protestirten.

Natürlich erhob die kapitalistische Presse lebhaften Einspruch, als die Regierung den Beschluß der Stadtverwaltung von Albi sanktionirte, wonach den Glasarbeitern eine Summe von 12 000 Franks als Subvention überwiehen ist.

Ueber die Verhältnisse der französischen Glasarbeiter-Organisation theilte der Sekretär mit:

Die Organisation geht leider zurück. Die organisierten französischen Glasarbeiter waren nicht im stande, aus eigenen Mitteln Delegation zum internationalen Glasarbeiter-Kongress in Berlin zu senden. Wir schulden dem Drucker des Fachblattes „Revol des Petriers“ 2000 Fr. und wenn die internationale Union uns über diese Schwierigkeit durch einen Appell an die Glasarbeiter aller Länder hinweghelfen könnte, so würden wir sehr dankbar sein. Die Glasarbeiter in Frankreich haben in den letzten 10 Jahren 1 000 000 Fr. für Unterstügungen geopfert.

Gerichts-Beitrag.

Ein Liebesdrama fand gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts II seinen gerichtlichen Abschluß. Aus der Untersuchungshaft wird die 25jährige Modistin Anna Henriette Kaab aus Dammstadt vorgeführt, eine gewinnende Erscheinung, aber niedergedrückt von seelischen und körperlichen Leiden. Sie ist des verübten Mordes beschuldigt. Es ist die alte, ewig neue Geschichte, die der Prozeß erzählt. In Dammstadt hatte sie ihn kennen gelernt, den damaligen Gymnasialisten Heinrich Wörner. Sie war reichlich ein Jahr älter als er. Es entspann sich zwischen ihnen ein Liebesverhältnis. Im Frühjahr 1897 wurde Wörner Student, er sollte jetzt die technische Hochschule in Charlottenburg besuchen. Seine wohlhabenden Eltern gaben ihm einen Monatswechsel von 250 M. Die Trennung wurde den Liebenden schwer, und da die Eltern beider von einer bindenden Verlobung nichts wissen wollten, so nahm Wörner seiner Geliebten das Versprechen ab, Elternhaus und Heimath zu verlassen, um ihm nach Berlin zu folgen. Er würde hier schon für sie sorgen, bis sie eine Stellung als Modistin erhalte. Das junge Mädchen beging den folgenschweren Schritt, den er ihr vorschlug, bald nach Wörner traf sie in Berlin ein. Sie wohnten zusammen. Im Herbst 1897 gab die Kaab einem Kinde das Leben. Von jetzt ab zeigte Wörner ihr gegenüber ein kälteres Wesen. Es kam häufig zwischen ihnen zu wüthen Auftritten. Wörner soll die Angeklagte wiederholt gemißhandelt haben. Sie trennten sich. Wörner mietete für die Kaab ein Zimmer in der Billiald-Allegiestraße, während er selbst in Charlottenburg im Hause Goethestraße 85 wohnte. Das Verhältniß zwischen dem Liebespaare wurde immer loedrer, die Kaab wollte den Geliebten und den Vater ihres Kindes nicht aufgeben. Wörner dagegen gab ihr in der unbedürftigsten Weise zu verstehen, daß sie ihm gleichgültig geworden war. Die Kaab gelangte nach und nach in einen Zustand der Verzweiflung, und es tauchte der Gedanke in ihr auf, erst ihn und dann sich zu tödten. Am 22. August v. J. suchte sie ihn auf. In eindringlicher Weise hielt sie ihm vor, was sie ihm geopfert habe, und schloß mit der bestimmten Frage, ob er sie zu seinem Weibe machen wolle oder nicht. Wörner antwortete anfangs ausweichend, dann stieß er die Worte aus: „Nein, icher' Dich weg! Ich will es Dir sogar schriftlich geben, daß ich mich von Dir löse!“ Nun zog die Kaab den Revolver, den sie in der Tasche ihres Kleides verborgen gehalten, hervor, richtete die Waffe in der Entfernung von etwa einem Meter gegen seinen Kopf und drückte ab. Wörner wurde oberhalb des rechten Auges getroffen, aber nur unbedeutend verletzt, da die Waffenvorläuferin der Kaab, deren aufgerregtes Wesen ihr verdächtig vorgekommen war, nur Platzpatronen verabsolgt hatte. Mit den Worten: „So, nun bist Du tot!“ wollte die Angeklagte den Revolver dann gegen sich selbst richten. Wörner kam ihr aber zuvor und entriß ihr die Waffe. Die Aktenrätin stellte sich dem selbst der Polizei und bat um ihre Verhaftung. — Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

Der Prozeß nahm einen unerwarteten, für die Angeklagte höchst günstigen Verlauf. Wie wir von privater Seite erfahren, hatte der Staatsanwalt selbst das Moment der Ueberlegung bei Begehung der That nicht für vorhanden angesehen und deshalb nur auf verurtheilten Todtschlag plädiert. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Liebrecht, trat dagegen mit Wärme für die Freisprechung der Angeklagten ein, indem er eine ergreifende Schilderung ihrer Leidensgeschichte gab und darauf hinwies, daß die Angeklagte sich in einem Zustande der Verzweiflung befand, der ihr jede freie Willensbestimmung geraubt habe. — Der Spruch der Geschworenen lautete auf Nichtschuldig, worauf die Angeklagte freigesprochen werden mußte.

Die Geschworenen haben dem Verteidiger eine namhafte Summe für die Angeklagte zur Verfügung gestellt.

Mit der Verhandlung des Spandauer Brandstiftungs-falles, der seiner Zeit größeres Aufsehen erregte, weiß er von der arbeiterfeindlichen Presse mit dem Spandauer Banarbeiter-Streit in Verbindung gebracht wurde, wird das Schwurgericht am Landgericht II seine erste diesjährige Tagung am heutigen Sonnabend beschließen. Der „Arbeiter“ Engel hat sich wegen dieses Verbrechens zu verantworten.

Ein Vorfall, der in dem ersten Stadium seiner Entwicklung stark an den „Fall Köppen“ erinnert, führte gestern den Schleiher Rienstport unter der Anklage der Verleumdung und Freiheitsberaubung vor die 3. Strafkammer des Landgerichts I. Als in der Nacht vom 8. zum 9. Oktober zwei anständige Arbeiterinnen durch die Panitzstraße gingen, wurden sie von dem Angeklagten durch unanständige Zumuthungen belästigt und in ihrer weiblichen Ehre gekränkt. Die beiden Mädchen, die durchaus sittsam ihres Weges gegangen waren, verbotan sich solche Zudringlichkeiten auf das Entschiedenste, der Angeklagte fuhr aber mit seinen gar nicht zweideutigen Redens-

arten mit Behagen fort. Die Mädchen sahen sich nach einem Schutzmann um, der Angeklagte kam ihnen aber zuvor und ersuchte einen sich zeigenden Schutzmann, das eine der beiden Mädchen zur Polizeiwache mitzunehmen, da es ihm in höchst unanständiger Weise belästigt habe. Der lebhafteste Protest der Mädchen gegen diese unverschämte Beschuldigung veranlaßte den Beamten, dem Angeklagten ernstlich vorzuhaltend, daß sein Vergehr sehr ernste Folgen haben könnte, er blieb jedoch bei seiner Behauptung und es erfolgte denn die verlangte Sistierung. Zum Glück waren Augenzeugen für das freche Verhalten des Angeklagten vorhanden, auf der Wache konnte auch bald festgestellt werden, daß die beiden Mädchen durchaus keine Dirnen, sondern anständige Mädchen sind und daraus ergab sich dann das Strafverfahren gegen den Angeklagten. Der Staatsanwalt beantragte 3 Monate Gefängniß, der Gerichtshof hielt es aber für geboten, über diesen Antrag weit hinauszugehen und auf sechs Monate Gefängniß zu erkennen.

Drei Berliner Vierländerinnen gaben gestern vor dem Schöffengericht ihr Debüt. Die Angeklagten Flora Mehlert, Elise Klose und Alma Eshorn, von denen die erste mit ihren 15 1/2 Jahren die jüngste, aber auch die letzte ist, pflegen des Nachts eine Reihe durch die Berliner Restaurations- und Vergnügungslödale anzutreten, um in Vierländerinnen-Tracht Blumen zum Verkaufe anzubieten, in erster Reihe aber auf diese Weise Herrenbelamntlichkeiten zu machen. Als sie sich eines Abends in Emberg's Tanzlokal amüßten, lernten sie einen reichen Gimpel kennen. Er wurde namentlich von der Jüngsten im Sturm gefangen genommen und verjübelte mit ihr in einem Weinrestaurant ein schönes Stück Geld, für welches eine arme Familie mehr als eine Woche lang hätte leben können. Schließlich wurde er so müde, daß er das Anerbieten seiner Begleiterin, in ihrem nicht weit abgelegenen Logis sich ein wenig auszuschlafen, mit Dank annahm. Er lag auch bald in so festem Schlafe, daß man ihn aus der Stube hätte heraustragen können, ohne ihn dadurch zu erwecken. Fr. Flora wußte den Augenblick und stahl ihrem Gaste zunächst das Schämchen von 170 Mark. Dann eilte sie zu dem beiden anderen „Vierländerinnen“, erzählte ihnen, welchen Goldschiff sie eingetauscht und machte auch diese so beutegerig, daß sie als Hyänen des Schlachtfeldes eiligst in die Wohnung ihrer Kollegin stürzten, um so sehen, ob nicht noch reichere Beute zu machen sei. Der Schläfer lag noch immer in tiefsten Schlafe und merkte nicht das Geringste davon, daß er völlig ausgeplündert wurde. Die drei Grazien nahmen ihm nicht nur seine werthvolle Brillantnadel ab, sondern entdeckten auch in seiner Tasche ein Portefeuille, aus welchem sie die Kleinigkeit von 200 Mark stahlen. Der Beraubte merkte seinen Verlust erst, als er am nächsten Tage etwas spät in seiner eigenen Wohnung erwachte und einigermassen zur Besinnung kam. Es war nicht schwer, die diebische Elster und ihre Helfershelferinnen zu ermitteln, das Geld aber war schon längst mit Genie und Grazie verthan. Die Mädchen hatten in ungläublicher Eile für etwa 1800 M. Sammet- und Seidenwaaren, Schmuckgegenstände u. eingelauft und scheinen sich noch einen Reservefonds von 1000 M. gesichert zu haben, denn über den Verbleib dieser Restsumme ist trotz aller Anstrengungen nichts ermittelt worden. Mit den Angeklagten erschien gestern auch der Wirth der ersten auf der Anklagebank. Er hatte eine Brillantnadel, die das Mädchen „gelegentlich“ einem andern Herrn aus der Kravatte gezogen hatte, von ihm angenommen. Er wurde zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt und sofort verhaftet. Gegen die Mädchen beantragte der Staatsanwalt je 2 1/2 Jahre Gefängniß und der Gerichtshof erkannte auf 1 Jahr 5 Monate bezw. 1 Jahr 4 Monate Gefängniß. Die „Damen“ beschwerten sich darüber, daß dies doch „für das erste Mal gleich ein bißchen viel sei“.

Das „allergeheimste“ Aktenstück vor der Kammer.

Paris, 20. Januar. (B. L. Z.) Deputirtenkammer. Dejanne (Sozialist) bringt einen Antrag ein, nach welchem die Sejmekapelle für Ludwig XVI. abgerissen werden soll und verlangt die Dringlichkeit. Ministerpräsident Dupuy bekämpft die Dringlichkeit des Antrages, durch welchen verschiedene Fragen moralischer und materieller Natur aufgeworfen werden. Die Dringlichkeit des Antrages wird sodann mit 332 gegen 150 Stimmen abgelehnt. Breton (Sozialist) interpellirt über das diplomatische Geheimaktenstück in der Drehfus-Angelegenheit. Breton und dann Tramu behaupten, der frühere Unterrichtsminister Rambaud habe in einem landwirthschaftlichen Verein erklärt, daß die Mitglieder des Cabinets Meline von der Fälschung Henry's Kenntniß gehabt hätten. (Weisung.) Meline und Barthou leugnen dies formell. Meline sagt, daß er an dem Tage, an welchem er durch die Erklärung Cataignac's in der Kammer von der Fälschung erfuhr, sich dahin äußerte, daß er die Revision des Drehfus-Prozesses für nothwendig halte. Er habe nichts von dem, was er gesagt habe, zurückzunehmen. (Weisung.) Breton verlangt schließlich die Wahrheit über das diplomatische Geheimaktenstück, dessen Vorhandensein bald als sicher hingestellt, bald abgelehnt werde. Redner ist der Ansicht, daß das betreffende Aktenstück nur gefälschte Schriftstücke enthalte, man müsse nach den Schuldigen forschen und sie bestrafen.

Der Minister des Aeußeren Delcassé erklärte, er habe Paléologue ermächtigt, vor dem Kassationshof auszusagen und das sogenannte „ganz geheime“ Aktenstück“ mitzutheilen. Der Minister bemerkte dazu, in dem Aktenstück sei kein von dem Verurtheilten an einen auswärtigen Souverän gerichtetes Schreiben vorhanden und sei nach der Kenntniß des seit 10 Jahren im Dienste des Ministeriums stehenden Agenten niemals ein solches vorhanden gewesen. Man könne, fuhr Delcassé fort, an die Echtheit derartiger Schriftstücke glauben oder nicht glauben (Weisung), aber man würde feststellen sehen wollen, daß sie fabriziert worden seien. Er wisse absolut nichts und auch im Ministerium des Aeußeren sei absolut nichts darüber bekannt; ob derartige Briefe angefertigt seien. Die Debatte wird geschlossen und die von der Regierung gebilligte einfache Tagesordnung von der Kammer mit 480 gegen 51 Stimmen angenommen. Die Sitzung wird sodann aufgehoben.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wien, 20. Januar. (B. H.) Im Polenklub herrscht, wie polnische Blätter berichten, über die gegenwärtige innerpolitische Situation große Verstimmung. Maßgebende Persönlichkeiten rathen die Einleitung von Kompromiß-Verhandlungen mit der Opposition an.

Budapest, 20. Januar. (B. H.) Die Antwort der Opposition auf die Regierungsvorschläge lautet ablehnend. Ministerpräsident Baron Pauffy wird noch heute durch Szilaghi hiervon in Kenntniß gesetzt werden.

Paris, 20. Januar. (B. H.) Der Kassationshof verurtheilte heute die Generale Billot, Boisdeffre und Couze, sowie dem früheren Minister des Auswärtigen, Hanotaux. Sodann beschäftigte sich der Kassationshof heute Nachmittag eingehend mit dem ultrageheimen Dossier, über welches die vorgenannten Zeugen verhört worden waren. Esterhazy soll nächste Woche verhört werden. Esterhazy hat den Kriegsminister um die Erlaubniß gebeten, vom Dienstgeheimniß entbunden zu werden, da er ohne diese Erlaubniß keine Aussage machen werde.

Charleroi, 20. Januar. (B. H.) Infolge Ueberschwemmung und einer plötzlichen Bodenentung sind in der Nähe von Charleroi mehrere Kohlengruben unter Wasser gesetzt worden. Die in den Gruben arbeitenden Bergleute konnten sich nur durch schleunige Flucht retten. Der in den Gruben angerichtete Schaden ist sehr groß. Es werden umfangreiche Sicherheitsmaßregeln getroffen, um weiterem Schaden vorzubeugen.

Reichstag.

14. Sitzung, Freitag, 20. Januar 1899, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Graf v. Posadowsky.

Die zweite Verhandlung des Etats wird beim Reichsamt des Innern fortgesetzt.

Abg. Frhr. v. Stumm (Reichsp.):

Ich muß der Behauptung des Abg. Maffei entgegenstellen, daß die Beschlüsse der Kommission zur Unfallversicherungs-Novelle durch einen Kompromiß entstanden seien. Ich bin ja gerade damals aus jener Kommission ausgeschieden, weil ein solcher Kompromiß nicht zu Stande kam. So kam es denn auch, daß die Kommissionsbeschlüsse, wie sie schließlich gefaßt wurden, bei den Berufsgenossenschaften auf großen Widerstand stießen; namentlich war das in der Frage der territorialen Schiedsgerichte der Fall. Vor allem muß überhaupt endlich einmal mit der Legende aufgeräumt werden, daß Dinge, wie Ausbau der Koalitionsfreiheit, Arbeitsnachweise, Berufsvereine u. dergleichen Konsequenzen der Februar-Erlasse wären. Jene Februar-Erlasse, die zu den hochherzigsten Kundgebungen des Kaisers gehören, sind vollständig in die That umgesetzt worden, oder jedenfalls ist die Regierung bemüht, sie in die That umzusetzen, und ich bin nicht zum wenigsten geneigt, sie gerade in diesem Bestreben zu unterstützen. Aber die Februar-Erlasse dürfen nicht Gegenstand willkürlicher Interpretation werden. Der Einzige, der zu einer Interpretation berechtigt ist, der frühere verantwortliche Minister Frhr. v. Verelisch, und der hat sich dahin ausgesprochen, daß die Februar-Erlasse nur allgemeine Tendenzen darstellen und nur dann in die Praxis übergeführt werden dürfen, wenn sie nicht andere Gefahren mit sich brächten. Und das ist dann der Fall, wenn man Institutionen schafft, die geeignet sind, das sozialdemokratische Gift in die Arbeiterschaft zu tragen. Ich stehe, das wiederhole ich allen Verleumdungen gegenüber, vollständig auf dem Boden der Februar-Erlasse und will durchaus ihre lokale Durchführung. Aber die Arbeitgeber müssen doch auch gegen den Terrorismus der Arbeiter geschützt werden. Da redet man von der Gegenseite stets von dem Terrorismus der Arbeitgeber, von den schwarzen Listen, von der willkürlichen Handhabung der Arbeitsnachweise u. dergleichen. Aber all diese Maßregeln stellen doch nur Repressalien gegen den Terrorismus der Arbeiter dar. Die sozialdemokratischen Arbeiter verhalten sich in geradezu unerhörter Weise die Arbeitslosen; so haben z. B. Bauhandwerker aus Berlin dagegen bereits eine Petition erlassen. Auch aus Kiel führt die „Germania“ ein bezeichnendes Beispiel an. Man hat den Arbeitswilligen das Werkzeug fortzunehmen und zu zerstören gesucht, man hat sich sogar an ihren Personen vergreifen. Ferner erinnere ich an die bekannte Torgelower Streikaffäre, die ja auch den Gegenstand einer Gerichtsverhandlung gebildet hat. Wenn der „Vorwärts“ seine Straffalender bringt, so geschieht das nicht, um andere vor Gesetzesübertretungen abzuwarnen, im Gegenteil, die Verurtheilten werden dann noch als Märtyrer hingestellt, und so werden diese Verbrechen systematisch geschönt. Die Schweiz hat ganz energische Bestimmungen dagegen, wir nur den groben Unfug-Paragraphen. Ich hoffe, daß die verbündeten Regierungen uns recht bald den Gesetzentwurf zum Schutz der Arbeitswilligen vorlegen werden, sie wird sich dadurch jedenfalls den Dank aller Wohlgejungen erwerben. (Bravo! rechts.)

Abg. Jubell (Soz.):

Ich möchte auf eine Reihe schwerer Missethate hinweisen, auf die die Verichte der Gewerbe-Aufsichtsbeamten aufmerksam machen. In den Ziegeleien besteht fast überall noch eine Arbeitszeit von 16 Stunden und die Arbeiter würden froh sein, wenn die Arbeitszeit auch nur auf 14 resp. 12 Stunden vermindert werden würde.

Der Aufsichtsbeamte aus Baden berichtet, daß infolge dieser langen Arbeitszeit Schwindsucht, Gelenksrheumatismus, verbunden mit Herzkrankheiten bei dem größten Prozentsatz der Arbeiter vorhanden sind. Sie machen den Eindruck vollständig abgearbeiteter Menschen, die einem frühzeitigen Tode entgegengehen. Ähnliche Verichte kommen aus Hannover. Aus Westpreußen, dem Dorado der Arbeiter, stammt ein Bericht, in dem Beamte erklären, die Arbeiter wären froh, wenn die 16stündige Arbeitszeit auf eine 14stündige mit Wechselstunden von 8 oder 14 Tagen herabgesetzt würde. Außerdem müßte ein Tag vor der Wechselstunde eine 24stündige Ruhepause eintreten. Auch aus Ostpreußen kommen Verichte über die schauerhaften Wohnungsverhältnisse der dortigen Ziegelei-Arbeiter. In einem Zimmer — der Beamte nennt es „Stall“ — mit höchstens 1/4 Quadratmeter großen Fenstern, einem Bett, einem Bund Stroh müssen 10 Arbeiter nächtigen und ihre sonstige freie Zeit zubringen. In einem ganz feuerlosen Raum hielten sich 6 Mädchen auf. Herr von Posadowsky hat gestern gemeint, man müsse allmählich vorgehen. Nun, meine Herren, wir meinen, wo derartige grauenhafte Zustände herrschen, da muß sofort Abhilfe geschafft werden.

Weiter leiden die Ziegelei-Arbeiter darunter, daß die Verichte die Arbeitsverträge nicht mit ihnen direkt, sondern mit den Ziegeleimeistern abschließen. Von diesen Ziegeleimeistern erhalten die Arbeiter auch Kost und Logis und müssen alle Lebensmittel von ihnen beziehen. Weiter wird von einzelnen Beamten sehr darüber geklagt, daß die Kinderarbeit noch immer nicht abgeschafft ist. Aus Hannover wird berichtet, daß der Beamte zwangsweise hat vorgehen müssen, um die schulpflichtigen Kinder von 9—13 Jahren aus den Fabriken zu entfernen. Ja der Beamte konstatirte sogar, daß die Verichte sofort nach der Inspektion die Kinder nach der Ziegelei schaffen, die am Tage vorher inspiziert wurde. (Hört! hört! links.)

So werden die Maßnahmen der Beamten einfach durch die Unternehmer zu Schanden gemacht, hier müßte die Gesetzgebung mit der alleräußersten Schärfe vorgehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In einzelnen Fällen wurde den Beamten gesagt, die Kinder seien gar keine Ziegelei-Arbeiter, sondern lieferten nur ihrem Vater vorläufig bei der Arbeit Hilfe! (Hört! hört! links.) Und wie werden nun die Verichte bestraft, die die gefährlichen Vorzeichen so wenig achten? Die allerhöchste Strafe betrug 25 M., die niedrigste 3 M. Natürlich lassen sich die Unternehmer durch solche „Strafen“ nicht davon abhalten, auch in Zukunft Kinder zu beschäftigen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir müssen ferner verlangen, daß die Gewerbe-Inspektion auch auf die Hausindustrie und das gesammte Handwerk ausgedehnt wird. Gestern ist ja schon erwähnt worden, wie verschieden die Ansichten darüber heute noch sind, welche Betriebe der Gewerbe-Aufsicht unterliegen und welche nicht. Besonders geschieht bemängeln die Unternehmer die Verordnung, wonach Betriebe, in denen keine Theilarbeit besteht, nicht der Gewerbe-Aufsicht unterliegen. So engagieren sich einige große Konfektionäre einfach Lohnarbeiterinnen, die das Stück von Anfang bis zu Ende fertig stellen, und die Gerichte entscheiden dann auch zu ihren Gunsten.

Gestern meinte Herr Möller, die Frauen eigneten sich nicht zu dem schwierigen Amt der Gewerbe-Aufsichtsbeamten. Nun, meine Herren, bilden Sie doch nach Holland, wo eine ganz junge Frau für fähig gehalten wird, das Land zu regieren, denken Sie an England, das seit einem halben Jahrhundert unter der Regenschaft einer Frau steht und sich gewiß nicht leicht dabei befindet. Vergewegen Sie sich ferner, wie viele Frauen für geeignet gehalten werden als Direktoren, kaufmännische Geschäfte zu leiten, und erinnern Sie sich nur daran, daß Sie selbst so oft das Wohl und Wehe Ihrer Kinder Lehrkräften und Erziehern anvertrauen. (Sehr richtig! links.) Weiter hat Herr Möller behauptet, daß viele Unternehmer die Arbeitszeit ihrer Arbeiter ganz von selbst verkürzt haben, er hat es nur leider unterlassen, auch nur den geringsten Beweis für diese Behauptung beizubringen. Dann hat er

angeführt, die Löhne der Eisenbahn-Arbeiter seien in den letzten 8 Jahren um 30 pCt. gestiegen. Wie steht es damit! 32 000 dieser Arbeiter haben heute ein Einkommen von 600 bis 1200 M. jährlich, 17 000 Arbeiter ein solches von 700—900 M. Wie mögen diese Arbeiter wohl gelebt haben, als sie noch 30 pCt. weniger Lohn bekamen! — Herr v. Stumm hat nun vorher die Regierung angefordert, endlich klipp und klar zu zeigen, wie es mit der Zukunftsdarstellung steht. Da stehen wir ganz auf seinem Standpunkt; auch wir wünschen, das Versteckspielen mit dem Schredgespenst von Deynhausen möge endlich aufhören.

Vizepräsident v. Frege: Ich muß bemerken, daß der Ausdruck „Schredgespenst“ parlamentarisch unzulässig ist. (Große andauernde Heiterkeit im ganzen Hause.)

Herr von Stumm hat so viel Weisens von dem Torgelower Prozeß gemacht! Wer die Verhandlungen desselben nachliest, der dürfte aber zu einem ganz anderen Urtheil gelangen, als Herr von Stumm. Und überhaupt: wie merkwürdig, daß die Herren sich immer auf die paar Fälle werfen, selbst wenn diese schon wirklich passiert seien sollten. Wenn man all die Fälle aus Tageslicht ziehen wollte, die in unseren Gesellschaftskreisen vorkommen, all die Lieberfälle, die die Herren Offiziere an Zivilisten verüben, dann könnte man derartige Aufzählungen, wie sie Herr v. Stumm und Konjorten lieben, ruhig lassen. Zumal, wo diese noch meistens ganz falsch dargestellt werden, wie die Spandauer Sache, die Herr v. Stumm heranzog; weiß Herr v. Stumm denn nicht, daß es dort gerade ein „Arbeitswilliger“ war, der in trüben Zustände das verbrochen hatte, was die Sozialdemokratie stets verurtheilt? Aber was würden überhaupt derartige Einzelfälle besagen, die aus einer Millionen starken Arbeiterschaft willkürlich herausgegriffen werden. (Sehr richtig! links.)

Ich komme zum Schluß: Wir wünschen, daß die heute angeregten Fragen endlich einmal Berücksichtigung finden, daß die unheimliche Ausbeutung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen endlich einmal ein Ende findet, und daß die Staatsregierung endlich einmal mit ihrer berühmten Zukunftsvorlage herausschritt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Das Trudhsystem bei einer Anzahl Ziegeleien, worüber Abg. Jubell Verichte gefaßt hat, ist unzulässig, falls die Unternehmer Waaren über den Einkaufspreis an ihre Arbeiter statt des Lohnes gegeben haben. Sind solche Fälle vorgekommen, so müssen die Interessenten sie zur Anzeige bringen. Mehr ist nicht zu thun. Dasselbe ist der Fall, wenn Kinder in Ziegeleien beschäftigt werden, die nicht nur vorübergehend beschäftigt werden. Ich gebe zu, daß gerade in Ziegeleien, die entfernt vom Verkehr liegen, Konventionen gegen die Gewerbe-Ordnung häufig vorkommen. Aber es ist vieles besser geworden. Ich will jedoch in Erwägung ziehen, ob nicht noch mehr gethoben kann. Ebenso liegt es in der Konfektionsbranche. Kommen Mißstände vor, so müssen sie eben zur Anzeige gebracht werden. Wo aber kein Kläger ist, ist auch kein Richter. Deshalb darf man aber nicht den guten Willen der Regierung in Zweifel ziehen, solche Mißstände zu beseitigen. Der Abg. Jubell hat sich gewundert, daß ich den „Vorwärts“ gelobt habe. Das werde ich immer thun, wenn ein sozialdemokratisches Blatt objektiv urtheilt. (Bravo! rechts.)

Abg. Frh. Seyl zu Herrnsheim (natl.):

Weibliche Fabrikinspektoren sind in Hessen auf Betrieben gerade nationalliberaler Großindustrie eingestellt worden. Auch im Reichstage hat die Mehrheit wiederholt diesen Wunsch ausgesprochen. Hoffentlich findet das Beispiel Hessens in anderen Staaten bald Nachahmung. Zum Worte habe ich mich gemeldet, um zu erklären, daß die sozialpolitischen Grundsätze, die der Abg. Wassermann in seiner Etatsrede vorgetragen hat, nach Verständigung mit der großen Mehrheit meiner Fraktion festgestellt sind (Hört! hört!) und daß andere Auffassungen, wie sie gestern hier zum Ausdruck gekommen sind, für die Fraktion keine Aenderung herbeiführen können. (Hört! hört! und Bravo! links.) Die Ausführungen, die Generalsekretär Bued in der „Deutschen Industriezeitung“ gegen die Rede Wassermanns gerichtet hat, haben das größte Mißfallen meiner Freunde erregt. Sie mußten den Anschein erwecken, als ob die nationalliberale Fraktion in einer kapitalen Frage auseinanderfalle, während unsere sozialpolitischen Grundsätze unter Zustimmung aller Freunde und auch unseres bewährten Führers v. Verniggen aufgestellt sind. Die Aufgabe, das Wohlergehen der Arbeiter und Unternehmer zu fördern, kann nur erreicht werden, wenn die Freye nicht bloß von sozialdemokratischer Seite, sondern auch mancher anderen Parteien endlich von der Tagesordnung verschwindet. Damit die Industriellen ihre Pflicht gegen die Arbeiter thun, bedürfte es erst ihrer Gewissensscharfung, behaupten die Sozialdemokraten. In der rheinischen Industrie war die Gewissensscharfung längst eingetreten, bevor es eine Sozialdemokratie gab. (Bravo! bei den Nationalliberalen.) Ich gebe zu, daß es in anderen Bezirken Ihrer Agitation erst bedürft hat, um die Industriellen auf ihre Pflicht aufmerksam zu machen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber dieser Erfolg ist durch dauernden Unfrieden zwischen Unternehmer und Arbeiter erlangt worden. (Bravo! bei den Nationalliberalen.) Einseitige Klassenvertretung ist immer vom Uebel. Die sozialdemokratische Einseitigkeit hat dazu geführt, daß die sozialdemokratische Partei gegen das Kronenlohnengesetz im Jahre 1888, gegen das Unfallversicherungs-gesetz im Jahre 1884, gegen das Invaliditäts- und Altersversicherungs-gesetz im Jahre 1889, gegen die Gewerbe-Ordnung im Jahre 1890, gegen die Arbeiterbuchungsgesetze im Jahre 1891, gegen die Vorkostensteuer im Jahre 1892, gegen das Vorkosten-gesetz im Jahre 1893, gegen das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb im Jahre 1894, gegen das Buchergesetz im Jahre 1895 und gegen das Bürgerliche Gesetzbuch gestimmt hat. Rechnen Sie dem Mittelstand und der Arbeiterschaft diese Gesetze und Sie werden einen Sturm der Entrüstung entfachen! (Sehr gut! bei den Nationalliberalen.) Wenn Sie heute an der Verbesserung dieser Gesetze mitarbeiten wollen, müssen wir Ihnen immer entgegenhalten, daß Sie bei der Initiative zu diesen Gesetzen nicht zu haben waren. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie als politische Partei liegt jedem Vaterlandsfreund am Herzen, aber wir müssen eine Trennung machen zwischen der politischen Partei und der Sozialdemokratie, soweit sie sich als Vertreterin der Arbeiterschaft gerirt. Und durch den Unland, dem wir in der Arbeiterschaft begegnen, dürfen wir uns nicht abschrecken lassen, auf weitere Fortschritte in der Sozialpolitik hinzuwirken. Unentwegt müssen wir auf diesem Gebiete fortschreiten, ohne in ein zu rasches Tempo zu verfallen (Aha! bei den Sozialdemokraten), aber auch nicht in ein zu langsames. Der Einfluß der Sozialdemokratie in den eigentlichen Arbeiterkreisen ist gar nicht so übermäßig. In ihren gewerkschaftlichen Organisationen sind nur 0,6 pCt. der Arbeiter organisiert. Es bleibt also noch ein großer Bestand von Arbeitern übrig, bei denen wir auf Dankbarkeit bei unseren Maßnahmen rechnen können. Es muß ein freier Zug in die Sozialdemokratie kommen (Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten), in die Sozialpolitik, wolle ich sagen und dieser frische Zug kann auch nicht angehalten werden durch die Verwahrung, die der eine oder andere Industrielle hier ausspricht. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen und links.) Die Bestimmungen der Fabrik-Ordnung müssen, soweit es nur möglich ist, auf die Hausindustrie übertragen werden. Die gesetzgeberischen Bestimmungen, die die Schweiz, Amerika und die Niederlande für die Hausindustrie erlassen haben, müssen und dabei als Vorbild dienen. Ich habe mich sehr gefreut, daß sich gestern auch der Abg. Möller für ein Arbeitsamt interessiert hat. In England hat sich das Arbeitsamt sehr bewährt. In dem Organ des englischen Arbeitsamtes finde ich häufig die Verhältnisse unseres Arbeitsmarktes weit

besser dargestellt, als in unseren offiziellen Verichten. Sehr bedenklich ist die Entwicklung, die die Trades-Unions und die Unternehmervereine in England genommen haben. Nichts ist gefährlicher für den sozialen Frieden, als wenn sich die organisierten Arbeiter und das organisierte Kapital gegenüber stehen. In England nennt man die Unternehmerkoalitionen Mannuthvereine wegen ihrer übergroßen Macht. Bei solchen Zuständen kann die Erbitterung nur wachsen. Der einzige Ausweg bleibt, Unternehmer und Arbeiter in irgend einer Form zu vereinigen, um sie durch den Zwang der gemeinsamen Verhandlungen zu einer Verständigung zu zwingen. Auf diese Frage komme ich gelegentlich noch zurück. Die englischen Trades-Unions sind auf ihrem letzten Kongress in Bristol ganz ins Lager der Sozialdemokratie abgewandert. 780 000 organisierte Arbeiter sprachen sich für den Sozialismus, nur 410 000 gegen ihn aus. Und kann nur der Sozialismus, nur die politische Organisation wie in Deutschland helfen, war der allgemeine Ruf. Wir sind über die deutsche Sozialdemokratie besser orientirt, als die englischen Arbeiter. Redner verweist auf die Verhandlungen beim Stuttgarter Parteitag. Tollmar hat da die deutsche Arbeiterklasse für noch nicht reif zur Uebernahme der politischen Macht erklärt. (Hört! hört!) Auer sagte: „Die Jungen wachsen uns Alten über den Kopf. Unser einziger Trost ist, daß aus den Jungen einst alte Häl werden, wie wir.“ (Stürmische Heiterkeit.) — Die Sozialdemokratie kann ohne kapitalistische Grundsätze nicht mehr auskommen. Man sehe sich zum Beispiel die sozialdemokratischen Gewerkschaften an. Aus der Abrechnung von 1897 ersehen wir, daß ihre finanziellen Verhältnisse ganz entschieden gegen die Verelendungstheorie sprechen. Und für den Wahlkampf sind von den Sozialdemokraten Summen ausgegeben worden, die hoch in die Millionen gehen. (Hört, hört! rechts.) Wo sollen die herkommen, wenn es den Arbeitern wirklich so schlecht geht? (Sehr richtig! rechts.) Zu Genuß kam es vor, daß beim Ausbruch sozialdemokratischer Streikaktionen ein sozialdemokratischer Rathsherr mit den Uebrigen den Befehl unterschrieb, durch den das Militär requirirt wurde. Ich will hoffen, daß auch bei uns in der Stunde der Gefahr sich ernste und besonnene Männer finden, die das Interesse des Staates auch gegen ihre eigene Partei wahren werden. (Großer Beifall rechts und bei den Nationalliberalen, Bischen links.)

Abg. Sige (3.):

bedauert es, daß die Unfallversicherungs-Novelle noch immer nicht zu Stande gekommen ist. Herrn v. Stumm erwiderte er, daß ein großer Theil der Februar-Erlasse noch keineswegs erfüllt sei. Gerade Herr v. Verelisch selbst habe dies wiederholt ausgesprochen. Herr v. Stumm habe ferner aus Zentrumsblättern Beispiele für den Terrorismus der Arbeiter angeführt. Aber das Zentrum habe nie da neue Gesetze verlangt; die vorhandenen reichen völlig aus. Das Zentrum sei sehr für ein schnelleres Tempo in der sozialen Gesetzgebung; es habe daher den Antrag auf Erziehung von Arbeiterkammern eingebracht, der leider noch nicht verwirklicht sei. Seit 1890 sei überhaupt kein Gesetz zum Wohl der arbeitenden Klassen zur Verabschiedung gelangt. Auf dem Gebiete des sanitären Magimalarbeitstags müßte endlich ein Schritt weiter gehen werden. Auch wäre eine Vermehrung der Zahl der Fabrikinspektoren erwünscht; Arbeiter und Arbeiterinnen seien da zur Ausbilde sehr geeignet. Deutschland sei verpflichtet, wie auf nationalem Gebiete, so auch auf sozialpolitischem an der Spitze der Kulturnationen zu marschieren. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Singer (Soz.):

Ich habe mich zum Wort gemeldet, um gegenüber den Herren v. Stumm und Freiherrn v. Seyl zu Herrnsheim einige Ausführungen zu machen. Der Abgeordnete v. Seyl hat die Gesetze angeführt, gegen die unsere Partei gestimmt hat. Man hätte von seiner Loyalität erwarten dürfen, daß er die Gründe angeführt hätte, die uns bei untern Verhalten geleitet haben. Wir haben gegen die Gesetze gestimmt, weil sie nicht das Minimum dessen enthielten, was wir für die Arbeiterschaft als notwendig erachteten. So lange dieses Minimum in einem Gesetze nicht enthalten ist, werden wir nach wie vor dagegen stimmen. Wir sind nicht hierher geschickt worden, um nationalliberale Gesetze zu machen (Sehr gut! links), sondern um Arbeiterinteressen zu vertreten. (Bravo!) Die Herren, die länger hier im Hause sind und die sozialen Gesetze mitgemacht haben, würden ja der Wahrheit ins Gesicht schlagen, wenn sie nicht zugäben würden, daß keine Fraktion in diesem Hause mit solchem Fleiß und solcher Energie an der Verbesserung dieser Gesetze gearbeitet hat, wie die sozialdemokratische. (Sehr richtig! links. Oh, oh! rechts.) Wenn noch einigermaßen vernünftige Bestimmungen in der heute geltenden Gewerbe-Ordnung vorhanden sind, so ist es der sozialdemokratischen Thätigkeit in diesem Hause zu verdanken. (Oh, oh!) Denn wir haben bei den Verhandlungen in den Kommissionen dafür gesorgt, daß die Herren auf die schreienden Uebelstände aufmerksam werden, die in dieser Beziehung existiren. Ich berufe mich dabei auf das Zeugniß Ihres Nationalheroen, des Fürsten v. Bismarck, der ja offen erklärte, ohne die Sozialdemokratie erfüllte unser bisherige Sozialreform überhaupt nicht. Wir haben gegen diese Arbeiterbeschützengesetze gestimmt, weil sie uns nicht genügten, weil nach unserer Meinung ohne irgend welche Schädigung für die Unternehmerklasse unsere Anträge hätten angenommen werden können. Aber, meine Herren, auch die Inangruerung der Sozialreform, der Arbeiterbuchung-Gesetzgebung ist durch unsere Partei und, um gerecht zu sein, auch das Zentrum, geschehen. Das Interesse des Unternehmertums zu wahren, ist die Aufgabe der übrigen Parteien in diesem Hause, nicht unsere.

Also, meine Herren, wenn der Abg. von Seyl hier die Ansicht laut werden ließ, als ob die Sozialdemokratie nicht das Recht für sich in Anspruch nehmen könne, sich als Vertreterin der Arbeiterschaft zu betrachten, so denke ich, ich habe das ganz und gar widerlegt. Und wenn er behauptet, daß er und seine Freunde die Ausdehnung der Fabrikinspektion auf die Hausindustrie veranlaßt haben, so bemerke ich ihm, daß er hierin nur unseren Spuren gefolgt ist. Die Ansicht des Abg. von Seyl aber, daß seine Freunde im Reichstage die Ausdehnung der Fabrikinspektion auf die Hausindustrie zuerst angeregt haben, läßt sich aus den Akten des Hauses als ein Irrthum nachweisen. Meine Freunde waren es, die bei der Verathung in der Kommission den Antrag bezüglich der Ausdehnung der Fabrikinspektion auf die Hausindustrie stellten, und selbst dagegen, daß man den Absatz 2 des § 154 streiche, haben die Herren Nationalliberalen sich damals erklärt. (Hört! hört! bei den Soz.) Also der Ruf, daß die Nationalliberalen sich zu Förderern des Arbeiterstandes und der Sozialreform machen, ist außerordentlich jungen Datums! Herr v. Seyl mühte ja — ich möchte fast sagen, in tragikomischer Weise — bei Beginn seiner Ausführungen selbst auf die Spaltung innerhalb seiner Partei in Bezug auf den Arbeiterstand hinzuweisen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Er sollte nicht mit Steinen werfen, wo er selbst im Glasbrant sitzt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dann hat Herr v. Seyl noch andere Gesetze genannt, gegen die die Sozialdemokraten gestimmt haben. Wenn er sagt, wir hätten gegen das Vorkosten-gesetz gestimmt, so sagt er damit nichts Neues, und er tritt sich, wenn er glaubt, es damit verlegen zu machen. Wir führten bei der Verathung des Vorkosten-gesetzes wiederholt aus, daß wir nur seiner Erwennung wegen dagegen stimmen, nicht aus materiellen Gründen, sondern weil es zur Deckung für die Kosten der Militär-vorlage dienen sollte und weil wir diese Militär-vorlage nicht noch unterstützen wollten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir wissen wohl, daß die Nationalliberalen aus ihren Prinzipien keine Konsequenzen ziehen. Dieser Politik folgen wir jedoch nicht, bleiben vielmehr auf den Grundsätzen stehen, die wir einmal als richtig anerkannt haben.

Wir haben auch gegen das Gesetz vom unlauteren Wettbewerb gestimmt. Aber warum? Weil es uns nicht genügt ist, jene schamlose Konkurrenz-klausel aus diesem Gesetz

zu entfernen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dann hat Herr v. Hehl auch den nach seiner Auffassung schwerwiegenden Vorwurf gemacht, daß wir auch gegen das Buchergesetz gestimmt haben. Auch das ist richtig. Aber unser Redner hat damals scharf und prinzipiell auf dem Standpunkt der strafrechtlichen Verfolgung des Buchers gestanden; wir haben nur gegen das Gesetz gestimmt, weil da nur der Bucher, nicht der Verleger zu bestrafen war. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie sehen also, daß alle diese Vorwürfe außerst deplaciert gewesen sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Und wenn Sie etwa den Zweck gehabt haben, die Massen uns abspenstig zu machen, so sind diese doch viel zu sehr von der Nichtigkeit unserer prinzipiellen Ueberzeugung durchdrungen, als daß sie sich durch die Schamlei des Herrn von Hehl auf den Krümeln des Lachens halten ließen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Dann hat Herr von Hehl auf die großen Einnahmen hingewiesen, die unsere Partei hat. Aus ihm spricht wohl das Bedauern, daß seine Partei von ihren Anhängern nicht so subventioniert wird. Wenn unsere Partei, die Partei der armen Leute, über so große Einnahmen zu verfügen hat, so zeugt das eben von dem Opfermut der Arbeiterschaft. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In der bürgerlichen Gesellschaft aber ist das Interesse für den Geldsack ein höheres als das Interesse für ihre Ideale. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn aber Herr v. Hehl diesen Umstand dazu benützt, um einen Ausfall auf die Einnahmen der Führer und ihre Diäten zu machen, so hätte ich doch von seinem Geschmack etwas Besseres erwartet. Tatsache ist, daß der höchste Satz der Diäten, den wir an unsere Abgeordneten zahlen, nicht dem gleichkommt, was Herr v. Hehl in einer Woche für seinen Lebensbedarf verbraucht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn ich an die hohen Reisepfeifen und Vergütungen, die Minister, kaiserliche Regierungsräte beziehen, denke, so meine ich, Sie sollten an diese Dinge im Reichstage nicht rühren, da sie bei einem Vergleich immer den Kürzeren ziehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Herr v. Hehl hat sich heute mit seinen Ausführungen ganz in den Bahnen bewegt, die wir von Herrn v. Stumm sonst gewohnt sind. Herr v. Stumm hat nach meinen langjährigen Beobachtungen hier im Reichstage eine förmliche Idiosyncrasie in Bezug auf die Sozialdemokratie. Er verzichtet auf die Verbesserung von Gesetzen in Rücksicht auf die Möglichkeit, daß Sozialdemokraten durch solche Gesetze in öffentlichen Stellungen kommen können, er möchte am liebsten Deutschland mit einer eisernen Mauer umschließen, durch die kein Sozialdemokrat hindurch kann. Wenn es nach Herrn v. Stumm ginge, dürfte kein sozialdemokratischer Abgeordneter hier in diesem Hause sein. Wenn es nach ihm ginge, dürfte kein Sozialdemokrat Gewerkschaftler sein oder überhaupt öffentlichen Dienst befragen. Da sollte er doch konsequenter Weise seinen Einfluß dahin geltend machen, daß auch kein Sozialdemokrat zur Armee ausgehoben werde. (Heiterkeit.) Unter diesen Umständen können wir die Ausführungen des Herrn v. Stumm unmöglich mehr ernst nehmen. (Oh! recht!) Ja, meine Herren (nach rechts), das liegt nicht an unserem guten Willen, sondern daran, daß Herr v. Stumm Dinge vorbringt, die hundert Jahre zu spät kommen, um durchgeführt zu werden. (Sehr richtig! links.) Leider ist aber sein Einfluß auf die Gesetzgebung so groß, daß er uns zwingt, gegen seine Ausführungen Stellung zu nehmen. Es ist interessant, wie Herr v. Stumm seine Machtstellung heute selbst vertritt, daß, vielleicht unwillkürlich, das können wir ja nicht wissen. Er hat uns mitgeteilt, daß die Unfallversicherung-Novelle nur deshalb nicht an das Haus gekommen ist, weil man in der Kommission seinen Warnungen, gewisse Änderungen nicht vorzunehmen, nicht gefolgt ist! (Hört! hört! links.) Also, weil Herr v. Stumm das Gesetz nicht gefällt, bringt es die Regierung nicht ein. Wir müssen daraus den Schluß ziehen, daß allerdings bei gewissen Spaziergängen im Tiergarten, bei denen Herr v. Stumm Vortragender Rat ist (Heiterkeit), die Sozialpolitik in Deutschland in höherem Maße gemacht wird, als im Reichsamt des Innern und in diesem Hause. Insofern haben wir es also sehr zu beklagen, daß der Einfluß des Herrn v. Stumm so groß ist, um zu verhindern, daß die Februar-Erlasse noch immer nicht ausgeführt worden sind.

Es hat doch übrigens einen sehr eigentümlichen Eindruck gemacht, daß Herr v. Stumm sich auf den Freiherrn v. Verley als Zeugen für seine Auffassung der Februar-Erlasse berief. Herr v. Stumm ist ja gewiß ein sehr vornehmlicher Herr, (na! na! bei den Sozialdemokraten. Heiterkeit.) aber uns, die wir Jünglinge seines Kampfes gegen Herrn v. Verley waren, die wir wissen, daß Herr v. Verley über Herrn v. Stumm gestolpert ist. (Heiterkeit.) und berührt diese Verungung doch nur lachend. Also Herr von Verley soll der einzig zuverlässige Interpret der Februar-Erlasse sein, nur weil er damals zufällig Minister war! Das ist doch eine Auffassung, der sich beim besten Willen niemand anschließen kann. Herr von Stumm sagte auch, er stehe auf dem Boden der kaiserlichen Erlasse — er hat es nur nicht ausgeführt. (Sehr richtig! links.) Seine Ausführungen, die er hier vertritt, stehen in einem so unüberwindlichen Gegensatz zu den kaiserlichen Erlässen, daß man allerdings seiner Stellung so sicher sein muß, wie Herr von Stumm es zu sein scheint, um diese Behauptung aussprechen zu können. Die gesetzgeberischen Maßnahmen, die Herr von Stumm will, das was er verhindern will, ist gerade durch die Erlasse den Arbeitern in Aussicht gestellt worden und wenn Herr von Stumm erklärt, er habe im Staatsrat die Tendenz der Februar-Erlasse vertreten, so möchte er das auch hier im Reichstage zum Ausdruck bringen. Leider aber sind infolge des heftigen und erfolgreichen Widerstandes des Herrn v. Stumm die Ideen jener Erlasse heute noch nicht verwirklicht. Herr v. Stumm ist eben heute Krumpf.

Es lag mir daran, der Legende entgegenzutreten, die Herr Hehl zu Herrnsheim heute hier vorzubringen versucht hat, als ob die sozialdemokratischen Abgeordneten nicht mit vollem Ernst und allem Eifer an der Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse arbeiten. Diese Behauptung ist durch meine Nachweise als irrig und unrichtig hingestellt worden. Ich habe zu der Lokalität des Herrn von Hehl das Vertrauen, daß er von nun an, wenn er die Tatsache, daß wir gegen diese Gesetze gestimmt haben, in der Öffentlichkeit noch einmal wiederholt, es anständiger Weise nicht unterlassen wird, die Gründe, die uns dazu veranlaßt haben, hinzuzufügen. (Wohlfühendes Bravo! bei den Soz.)

Abg. Zwick (fr. Sp.):
Meine Partei ist gern bereit, an dem Ausbau der sozialen Gesetzgebung mitzuarbeiten (Hört, hört!), vor allem in Bezug auf den Kinderschutz. Ganz besonders aus Lehrerkreisen wird jetzt die Kinderarbeit beklagt. Es liegt auf der Hand, daß diese mit den schwersten Nachteilen für die Gesundheit und Erziehung der Kinder verknüpft ist; auch ihre Beseitigung nimmt dabei Schaden. Industrien, die auf die Kinderarbeit angewiesen sind, sind nicht existenzberechtigt! (Sehr richtig! links.) Unsere Gewerbeaufsichtsgesetzgebung mißte den Gemeinden die Befugnis erteilen, wirksame Maßregeln zum Kinderschutz zu ergreifen.

Staatssekretär Graf Posadowski:
Eine vorläufige Zusammenstellung der Enquete über die Kinderarbeit ist vom statistischen Amt vorgenommen worden. Das Material wird geordnet und dann die Entscheidung über etwaige gesetzgeberische Maßnahmen getroffen werden. Die Schwierigkeiten sind auf diesem Gebiete recht groß. Verbietet man die Kinderarbeit überhaupt, so geht auch das pädagogische Moment verloren, das in ihr, wenn sie nicht genützt wird, liegt; verbietet man aber nur die regelmäßige Kinderarbeit, dann liegt die Gefahr der Umgehung außerordentlich nahe. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Weiterberatung wird hierauf vertagt.
In einer persönlichen Bemerkung weist es Abg. v. Stumm als

Insinuation zurück, daß er auf Spaziergängen im Tiergarten Sozialpolitik treibe.

Nächste Sitzung: Sonnabend 1 Uhr. Fortsetzung der heutigen Beratung. Schluß 5 1/4 Uhr.

Etat der Eisenbahn-Verwaltung.

In der Budgetkommission des Reichstages stand heute der Etat der Verwaltung der Eisenbahnen zur Beratung. Referent Müller-Dortmund legt dar, daß die Verhältnisse im letzten Jahre sich entschieden gebessert hätten. Sowohl die Klagen über den Wagenmangel hätten abgenommen, wie auch die Zahl der Unglücksfälle. Staatsminister Thielen bezeichnet das verfloffene Jahr als normales. In Bezug auf die Unglücksfälle stehe es etwa in der Mitte des Durchschnitts der letzten zwölf Jahre. Ein Wagenmangel bestehe nicht mehr, auch sei man dazu übergegangen, die Güterzüge zu beschleunigen. Die Gehälter der Beamten bei den Reichsbahnen entsprächen denen bei den preussischen Bahnen. Für die Verbesserung der Gehälter seien in den letzten Jahren ganz außerordentliche Summen verwandt worden. Unterstaatssekretär Udenborn fügt hinzu, daß wie in Preußen, so auch im Reich die Gehaltsaufbesserungen der Eisenbahnbeamten im Wesentlichen als abgeschlossen gelten könnten. Abg. Dr. Lingens (Z.) spricht seine Anerkennung darüber aus, daß für die Sonntagseruhe der Bahnbeamten nach Möglichkeit gesorgt sei. Abg. Bebel fragt, ob eine Verringerung des Altersstufen-Systems geplant sei. Minister Thielen antwortet verneinend. Abg. Müller-Julda (Z.) erklärt sich einverstanden mit der Auffassung der Regierung hinsichtlich der Gehaltsaufbesserungen. Nachdem für die Beamten so viel geschehen, müsse jetzt mit weiteren Erhöhungen aufgehört werden. Diese Petitionen müßten ein Ende haben. Referent Müller hofft nach den erfolgten ausgiebigen Gehaltsaufbesserungen, daß in den Kreisen der Beamten Zufriedenheit eintreten werde. Abg. Singer hält es nicht für ausgeschlossen, daß nach einigen Jahren wieder eine Gehaltsaufbesserung der Beamten nötig werden könnte. Angesichts der immer wechselnden ökonomischen Verhältnisse könne man doch nicht verlangen, daß die Beamten sich für einen Zeitraum von 15 Jahren zufrieden geben sollten. Das Petitionsrecht dürfe den Beamten nicht verkümmert werden. Müller-Julda erklärt, es sei nicht seine Absicht, das Petitionsrecht der Beamten zu schmälern, aber er bleibe dabei, daß die Petitionen der Beamten fortan der Petitionskommission überwiesen werden. Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.) ist der Ansicht, daß Petitionen von ganzen Beamtenklassen nach wie vor der Budgetkommission zu überweisen sind. Er meine nicht, daß die Gehaltsfrage der Beamten auf lange Zeit erledigt sei, das System sei allerdings abgeschlossen, einzelne Härten müßten aber noch beseitigt werden. Abg. Gröber (C.) bemerkt, daß die Kommission im Wesentlichen einig sei darüber, daß, nachdem das System der Gehaltsaufbesserungen durchgeführt sei, nunmehr eine Pause eintreten müsse. Abg. Wilm (son.) möchte die Eisenbahnverwaltungen, die bei der Aufbesserung offenbar zu kurz gekommen seien, nachträglich noch berücksichtigen lassen.

Auf eine Anfrage des Referenten gibt Minister Thielen sodann Auskunft über die Arbeitslöhne der Bahnarbeiter. Diese seien fortgesetzt gestiegen, und zwar entsprechend den wirtschaftlichen Verhältnissen und den sonst üblichen Löhnen des Landes. Abg. Müller-Sagan bringt die Wünsche der Petenten zur Sprache nach Einführung der Abkommensarten — nach württembergischen — oder der Kilometerbeste — nach badischem Muster — in Vorschlag. Er fragt ferner an wegen besserer Verleuchtung der Wagen und wegen der eben. Bahnsteigperre in Elsch-Lothringen. Minister Thielen erklärt, daß die Bahnsteigperre demnächst in den Reichslanden eingeführt werden soll. Die Erfahrungen mit der Bahnsteigperre in Preußen seien günstig, es sei nicht in erster Linie finanzielle Gründe maßgebend, vielmehr die Sorge für die Entlastung der Beamten. Die Verluste des Bahnpersonals bei der Kontrolle der Fahrkarten während der Fahrt seien erheblich gewesen, nicht bloß Unglücksfälle, sondern auch Straftaten seien in der Folge zahlreich vorgekommen. Seit Einführung der Bahnsteigperre habe sich das Alles gebessert, in dieser Beziehung sei im vorigen Jahre kein einziger Unglücksfall vorgekommen. Ein zweiter Grund für Einführung der Bahnsteigperre sei die bessere Lieberheit für die Stationsbeamten gewesen, der dritte Grund sei, daß Defraudationen der Beamten unmöglich gemacht würden. Was die Verleuchtung der Wagen anlangt, so sei diese jetzt allerdings nicht allen Ansprüchen genügend. Die Erfahrungen mit der Elektricität seien noch nicht abgeschlossen, bis jetzt seien sie nicht durchaus günstig, man erwarte vom Acetylen gas bessere Erfolge. Wegen der Reform der Perionentartarife finden zur Zeit Verhandlungen statt mit den Staaten, welche Staatsbahnen haben. Ein Resultat zu erzielen, welches zugleich keinen Einwahm-Ausfall bringe, sei nicht leicht. Bis jetzt seien die Verhandlungen noch nicht so weit, daß Mitteilungen gemacht werden könnten. Graf Stolberg (son.) erklärt die Reform der Gütertarife für noch dringender, als die der Perionentartarife. Abg. Vassermann (nat.) bemängelt den Zustand der Verleuchtung der Eisenbahnwagen und bei einem Theil der Schlafwagen. Er befragt sodann die Einführung der Kilometerbeste, die sich in Baden allgemeiner Beliebtheit erfreue. Abg. Bebel rügt das mangelnde Entgegenkommen der preussischen Verwaltung bezüglich der Perionentartarife und zu langwieriger Beförderung der Prachten. Jede Verkehrsverlehterung habe eine Zunahme des Verkehrs zur Folge. Die Perionentartarife sei eine große Erleichterung für die Beamten, doch sei eine schnellere Abfertigung des Publikums beim Fahrkartenausweis zu wünschen. Ein Regierungsvertreter erklärt, die Einführung der Kilometerbeste wäre finanziell bedenklich. Der Satz, daß Tarifserhöhungen Mehreinnahmen hervorriefen, sei keineswegs immer begründet. Abg. Paasche (nat.) fragt, ob sich nicht Spiritusbekleuchtung einführen lasse. Minister Thielen theilt mit, daß die in Preußen gemachten Versuche kein zu günstiges Resultat ergeben hätten, die Brenner seien ungenügend. Die Versuche würden aber noch fortgesetzt. Abg. Gans (Elässer) ist gegen die Einführung der Perionentartarife in den Reichslanden. Minister Thielen erinnert daran, daß die Sperre in Frankreich ebenfalls bestände. Um die Kontrolle zu sichern, müsse sie aber auf allen Bahnhöfen durchgeführt werden.

Die Einnahmen und die ordentlichen Ausgaben werden darauf bewilligt. Das Extra-Ordinarium soll Dienstag erledigt werden.

Communales.

Aus der Magistratsitzung am Freitag. In weiterer Fortsetzung der Beratungen zur Feststellung des Stadthaushalts-Etats für das Verwaltungsjahr 1899/1900 legte das Magistratskollegium den Spezialetat des Friedrich-Wilhelm-Hospitals und der Stiechenanstalten nebst der Anstalt für weibliche Hospitalisten in Einnahme mit 71 500 M., in Ausgabe mit 676 488 M. fest, so daß sich ein Ueberschuß von 604 988 M. ergibt. — Der Spezialetat der Waisenanstalt in Rummelsburg und des Depots in Berlin sowie des Frankfischen Waisenhauses wurde in Einnahme mit 164 985 M. und in Ausgabe mit 1 028 847 M. festgesetzt, es ist somit ein Ueberschuß von 863 862 M. erforderlich.

Zur Errichtung einer Gemeinde-Doppelschule hat das Magistratskollegium den Antrag eines Grundstücks der Emdener- und Diefelstraße in Rosbit beschlossen.

Für die Jubaliden-Gruftstätte bei Neu-Babelsberg, welche von der Kaiser-Wilhelm-Stiftung für deutsche Jubaliden gestiftet worden ist, hat das Magistratskollegium zur Errichtung von vier Stellen je 500 M., also 2000 M. jährlich auf Widerruf bewilligt.

Tokales.

Die Parteigenossinnen und Genossen des 2. Reichstags-Wahlkreises werden auf die am Sonntag bei Ewald, Schönleinstr. 6, stattfindende Versammlung aufmerksam gemacht und zu zahlreichem Besuch eingeladen. Nach dem Vortrage gemütliches Beisammensein.
Die Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands.

Arbeiter-Bildungsschule. Heute Abend 8 Uhr im „Böhmischen Brauhaus“, Landsberger Allee 11-13: 8. Stiftungsfest, bestehend in Künstler-Konzert hervorragender Künstler. Die Festrede wird Genosse Wilhelm Liebknecht halten. Vrolog von Curt Preeczang, Wille's 50 Pf. inkl. Programm und Niederlegte sind in den Zahlstellen der Schule und der „Freien Volksbühne“ zu haben. Wir können den Besuchern einen gemüthlichen Abend versprechen und erwarten daher zahlreichen Besuch.

Ueber die Nebenklassen für schwachbegabte Kinder, die seit dem vorigen Jahre mehreren Berliner Gemeindefschulen angegliedert sind, machte Herr Gemeindefschul-Direktor O. Hinz im „Verein für gesundheitsgemäße Erziehung der Jugend“ (im Anschluß an seinen Vortrag über „Geistesstörungen unter den Schullindern“) einige bemerkenswerthe Mittheilungen. Nebenklassen bestehen jetzt an 23 Schulen. Sie dürfen nicht mehr als 12 Kinder pro Klasse aufnehmen und haben täglich 2, wöchentlich 12 Stunden Unterricht. (Einige Kinder, die anherdem noch am Gesangs- oder Turnunterricht der normalen Kinder teilnehmen, haben bis 18 Stunden.) Die Kinder besitzen einen sehr verschiedenen Bildungsgrad. Einige stehen trotz mehrjähriger Schulbesuchs noch auf der Stufe der Unterabtheilung einer letzten Klasse, andere auf der Oberabtheilung, noch andere auf der einer vorletzten Klasse. Sie aber werden in der Nebenklasse gemeinsam unterrichtet, aber natürlich unter möglicher Berücksichtigung der Verschiedenheit der Vorbildung. In Ostern dieses Jahres sollen noch einige neue Nebenklassen eröffnet werden. Dabei wird man wahrcheinlich den Versuch machen, eine Oberstufe zu bilden, so daß dann auch für die Nebenklassen eine Art organischen Aufbaus geschaffen würde. — In der Nebenklasse der von Herrn Hinz geleiteten Schule (der 168. Schule, Wälschenstr. 50) ist eine Einrichtung getroffen worden, die Beachtung verdient. Für jedes Kind, das der Nebenklasse überwiesen werden muß, wird ein Personal-Altenschild angelegt. In dieses Altenschild wird zunächst alles Wissenswerthe über die Vergangenheit des Kindes eingetragen. Das Material wird durch Befragung der Eltern beschafft. Außerdem werden die Beobachtungen günstiger und ungünstiger Art, die in oder außerhalb der Schule über das körperliche und geistige Befinden und Verhalten des Kindes gemacht werden, sorgfältig aufgezeichnet. Das Wichtigste aus dem so gesammelten Beobachtungsmaterial soll am Ende jedes Semesters zu einer kurzen Charakteristik zusammengefaßt und in die Personalakten eingetragen werden. Dabei soll die körperliche Entwicklung, die Gemüths- und Charakterstimmung und der intellektuelle Zustand berücksichtigt werden. Die Einrichtung ist für Berlin zunächst ein privater Versuch des Herrn Hinz und des Schulkollegiums seiner Schule. Daß sie für den Erfolg des Sonderunterrichts der Schwachbegabten von Nutzen sein kann, ist zweifellos. Allerdings müßte unseres Erachtens das Beobachtungsgebiet noch erweitert und vor Allem auch auf die Wohn- und Ernährungsverhältnisse der Kinder ausgedehnt werden.

Zum Fall Zietzen erhalten wir von dem hiesigen Rechtsanwalt Herrn Victor Praentl die folgende Zuschrift: „Nach den in die Presse gelangten Mittheilungen über die wegen Freigabe des Theaterstücks „Das Recht“ vor dem Obergerichtsverwaltungsgericht stattgehabte Verhandlung haben die Vertreter des Polizeipräsidenten und Ministers des Innern versucht, die Bestrebungen zu Gunsten eines Wiederanfangs-Versuchens in Sachen Zietzen zu verunglimpfen. Hiergegen muß ich mich meines Erachtens das Zietzen-Komitee wenden, welches jeder politischen Tendenz fernsteht und nur seine Gewissenspflicht thut! Es will die schweren Zweifel an der Schuld des verurtheilten Zietzen, die sich mehr und mehr verklären und immer weitere Kreise ergreifen, nicht heimlich fortwuchern lassen, sondern durch Ihre Sichtung und logische Beleuchtung vor der Öffentlichkeit und den maßgeblichen Stellen die dringende Nothwendigkeit einer erneuten Prüfung des Straffalles darthun! Es richtet sich nicht an bestimmte Klassen der Bevölkerung, sondern an die Gesamtheit, damit sie mit ihm die Stimme erhebe und Genugthuung für das durch menschliche Fehlbareit verletzte Rechtsbewußtsein verlange! Der Gedanke, daß ein wegen Mordes im Justizhause befindlicher Mensch dort wahrcheinlich unschuldig sein Leben verbringen soll, gebietet jedem, welchem noch an der Heiligkeit des Rechtes gelegen ist, ohne Blick nach oben oder unten, rechts oder links, ohne Sägen und Leisetreterei, zu reden und unermüßlich für die große Sache zu handeln. Und je tauber die Behörden sich zu diesen Rufen stellen, desto machtvoller, desto brauender müssen diese werden, bis sie endlich das Gedröhl sich erzwingen! Das ist nicht Heiarbeit, das ist nicht verwerfliche Agitation — das ist im höchsten Wortsinne sittliches Thun im Dienste der Verwirklichung der heiligen Rechtsidee!“

Nochmals die Praxis des christlichen Manierpölers. Die „Praktische Volkszeitung“ kann immer noch nicht die Keltion vermeiden, die wir ihren Gesinnungs- und Glaubensgenossen Grob erteilt haben, der in seiner Eigenschaft als Manierpöler den Schankwirth, von dem die Arbeiter seines Baues Speisen und Getränke bezogen haben, in einer selbst im Kaufhaus unerhörten Weise ausgebeutet hat. Um diesen Herrn trotz allem reinzuwaschen, verschmäht das fromme Blatt selbst nicht das bekannte Mittel, von den Arbeitern, die jetzt zur Winterzeit unter der Vormühsigkeit des Grob stehen, sich schwatz auf weich beschleimen zu lassen, daß dieser „humane“ Pöler seiner Seele das Wasser trüben kann. In der Sache selbst bemerken wir nochmals, daß wir keinerlei Ursache haben, auch nur ein Wort von den Mittheilungen in Nr. 9 unseres Blattes zurückzunehmen. Was der Schilling der „Prakt. Volkszeitung“ nunmehr zu thun hat, weiß er hoffentlich. Uns wäre eine Gelegenheit, die Praktiken gewisser Pöler vor Gericht aufzudecken, im Interesse der schwer bedrückten Arbeiterschaft außerordentlich willkommen.

Das Kellnerelend im Reichstags-Restaurant ist durch einen Beschluß des Gesamtvorstandes des Reichstages, wenn auch nicht beseitigt, so doch einigermaßen gemildert worden. Die dort arbeitenden Kellner sollen in Zukunft neben freier Verköstigung zwei Mark täglich erhalten; die eine Hälfte davon hat der Restauranten zu zahlen, die andere Hälfte wird die Reichstags-Kasse tragen. Damit ist ein Zustand geändert, der für das Deutsche Reich geradezu beschämend war. Früher wurde den Kellnern nur ein ganz minimales Gehalt gezahlt und eine nur theilweise Verköstigung gegeben, die in ihrer Qualität meist recht viel zu wünschen übrig ließ. Die vielfachen Klagen, die von den Kellnern an die Oeffentlichkeit gedrängt wurden, veranlaßten schon in den früheren Sessionen die sozialdemokratischen Vertreter, sowohl im Seniorenkongress, als auch im Plenum auf Abhilfe zu dringen.

Die Feuerwehrl kontrollirt zur Zeit die Spezialitäten-Theater und andere größere Lokale. Bei dieser Gelegenheit werden die Räume auch dort, wo es bereits polizeilich geschehen, ausgemessen, um genau die Zahl der Personen festzulegen, die darin gleichzeitig verweilen dürfen.

Ueber die Art, wie man hier in Berlin eine Zwangs-lösung der Buchdruckereibesitzer zu Stande zu bringen versucht hat, berichtet die „Berl. Ztg.“: In Berlin besteht eine freie Buchdrucker-Zinnung unter Leitung des Herrn Georg Bürgenstein; sie umfasst zumest nur Betriebe kleinster Art und an Zahl noch nicht einmal ein Drittel aller Berliner Druckereien. Vom Vorstande dieser Zinnung wurden eines schönen Tages die Mitglieder zu einer Versammlung eingeladen, auf deren Tagesordnung „Mittheilungen über unsere Handwerkerorganisation“ standen. Niemand konnte aus dieser

Karmlosen Fassung entnehmen, daß die Frage der Zwangsinnung zur Erörterung gestellt werde. Etwa 40 Herren waren erschienen, denen Herr Lügenstein die Einnahmen der Zwangsinnung entwidelt, und von diesen erklärten sich 28, das ist der vierzehnte Theil der Berliner Buchdrucker, für die Zwangsinnung. Der Antrag wurde dem Oberpräsidenten eingereicht und dieser verfügte die Eröffnung einer Zwangsinnung für das gesamte Buchdruckerhandwerk, ohne sich darum zu kümmern, ob die 28 Antragsteller auch die Meinung der Mehrzahl aller Berliner Buchdrucker vertreten. Es mag der Antrag im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Potsdam bekannt gemacht sein, natürlich hat dieses niemand gelesen. Ganz zufällig erfuhr die Gesamtheit der Buchdrucker den gegen sie geführten Gewaltstreik. In einer Versammlung derselben wurde ein Protest an den Handelsminister beschloffen, der bereits mehr als 220 Unterschriften gefunden hat, darunter auch viele von Mitgliedern der bisherigen freien Innung. Da es in Berlin 430 Druckereibetriebe giebt, hat sich also bereits jetzt die Mehrheit der künftigen Zwangsinnungsgenossen gegen den Innungszwang erklärt.

Gegen die Halswelt in der Friedrichstadt geht die Polizei mit Eifer vor. Nachdem erst in der vergangenen Woche in der Dorotheenstr. ein Hotel garni aufgehoben worden, ist jetzt auch eine Wohnung in der Friedrichstraße in der Nähe der Linden polizeilich geräumt worden. Da die Behörde in diesem Falle nicht in der Lage war, direkt einzugreifen und zur Verhaftung von Personen zu föhreiten, so kam sie auf ein merkwürdiges Mittel. Das betreffende Haus wurde Tag und Nacht überwacht und außerdem im Einverständnis mit dem Hauseigentümer die Treppe durch einen Schuttmannsposten besetzt. Die Wirkung machte sich in wenigen Tagen geltend und bereits gestern wurde die betreffende Wohnungsinhaberin auf ihren Wunsch von dem Miethsvertrage entbunden.

Aus der Gesellschaft. Die Verhaftung der Schauspielerin Marie Nisleben aus der Dorotheenstr. 85 erregt einiges Aufsehen. Ihre Spezialität war, dreizehn- bis fünfzehnjährige Mädchen reichen Ledemännern zugänglich zu machen. Auch das Dienstmädchen der Kupplerin ist in Haft genommen worden. Ein Berichterstatter meldet hierzu, daß seine Herren die Bekanntschaft junger Mädchen in der Passage machten und diese dann zu einem Täßchen Kaffee in dem Absteigequartier einzuladen pflegten. Von dem Vater eines der verführten Mädchen ist Strafantrag wegen Verführung einer Minderjährigen gestellt worden. In die Affaire sind auch Herren verwickelt, deren Namen sonst bei besseren Gelegenheiten genannt zu werden pflegten. Die Wohnung ist geräumt worden. Die Polizei ließ die Möbel nach einem Möbelspeicher bringen.

Die Geislichkeit in Berlin, die nicht selten über die Verderbtheit des Volkes zeter und den auch sittlich läuternden Geist des Umsturzes in Grund und Boden verwünscht, könnte gelegentlich einmal ein Nehriges thun und gewissen staatsverhaltenden Kanakieren bedeuten, daß sie bei ihren Ausschweifungen wenigstens von unreifen Kindern ablassen sollten. Wenn die Arbeiterschaft nichts Wichtigeres zu thun hätte, so würde sie sich gelegentlich einmal für eine verlorene Sache interessieren und einen Verein zur sittlichen Hebung der besseren Gesellschaft gründen.

Von den neuen Gefahren, welche die Elektrizität uns gebracht hat, trat ein besonders merkwürdiger Fall von Kurzschluß dieser Tage auf einem Wagen der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn ein. Ein Hüfster stellte eine große Trompete neben den Schaltkasten auf der vorderen Plattform. In demselben Augenblick trat Kurzschluß ein. Der Strom drängte das Metall der Trompete an mehrere Stellen zum Schmelzen, so daß das Instrument große Löcher bekam. Die Untersuchung ergab, daß eine kleine Schraube den Kurzschluß hervorgerufen hatte. Beim Einziehen in eine Leiste am Schaltkasten war die Schraube krumm geworden und hatte einen falschen Weg genommen, so daß sie einen Draht der Leitung berührte. Schraube und Trompete waren in Verührung gekommen und hatten einen Stromkreis gebildet.

Viel Glück im Unglück hatte der Kaufmann S. in der Friedrichstr. 154, bei welchem in der vorgestrigen Nacht ein schwerer Einbruchdiebstahl verübt wurde. Der Kaufmann betreibt in dem Hause ein Herrenwäscher- und Ausstattungs-geschäft, welches außer dem Zugang zum Laden von der Straße einen zweiten Eingang vom Hausflur aus nach dem Lagerraum besitzt. Dieser mit einem Potentischloß versehene Thür ist durch eine Drahtgitterthür verschloß. Die Eindrer verschafften sich dadurch Zugang, daß sie das Drahtgitter aus der Fällung herausrissen und dann die Thür zum Lagerraum erdrachen. Von hier aus gelangten die Eindrer ohne Schwierigkeiten in das Komptoir, und eigneten sich eine dortselbst aufbewahrte Kassetten an, die ca. 18 000 M. in Wertpapieren enthielt. Als Herr S. vorgestern Morgen sein Geschäft öffnete und dabei die Thätigkeit der umgebenden Gäste bemerkte, gerieth er in erklärliche Aufregung. Der Bestohlene eilte sofort zur Polizei, um hier Meldung von dem Einbruch zu erstatten und war nicht wenig erstaunt, bei dieser Gelegenheit zu erfahren, daß sich die Wertpapiere in den Händen der Behörde befinden. Die Verbrecher hatten die Kassetten am Reichstagesufer geöffnet und dort stehen lassen. Die Wertpapiere wurden einer sorgfältigen Prüfung unterzogen und da die Diebe annehmen mußten, daß ihnen der Verlust der immerhin Teilens unumgänglich warfen sie diese, ebenso die Sparfassenbücher auf der Straße fort. Hier wurden sie noch in der Nacht aufgefunden und der Polizei zur Aufbewahrung übergeben.

In einem Anfall von Verfolgungswahn schoß gestern Nachmittag die geisteskranke Wirthschafterin Agnes Anders vom Hure des Hauses Heiderbergstr. 11 nach dem gegenüberliegenden Hause. Das Geschö durchschlug eine Fensterscheibe und zertrümmerte eine Glaslampe. Glücklicherweise sind Menschen nicht verletzt worden. Die Anders wurde in die Irrenanstalt Herzberge geschafft.

Von einem Verdebahnwagen wurde am Freitag Mittag 1 1/2 Uhr der vier Jahre alte Sohn der Arbeiter Krause'schen Eheleute überfahren, als er vor dem Hause Gerichtsstraße 68 spielte. Das schwerverletzte Kind wurde nach der Unfallstation in der Lindowstraße gebracht.

Erhängt hat sich der 62 Jahre alte Bronzefabrikant Friedrich Sch. aus der Weichstraße 21. Er war seit längerer Zeit tiefsinnig.

In der Urania wird heute Herr Prof. Dr. Koppe aus Braunschweig einen Vortrag über die graphischen Rünfte und die Bildmarkt-Illustrationen halten. Zahlreiche Projektionsbilder werden zur Erläuterung der Ausführungen wesentlich beitragen.

In der Treptower Sternwarte wird der Mond in nächster Woche am Sonntag, Montag, Dienstag und Mittwoch von 4 1/2-10 Uhr Abends mit dem Hertenfernrohr betrachtet. Am Donnerstag, dem Tage des Vollmonds, werden Sterne gezeigt, da der Vollmond für die Beobachtung ungünstig ist. Freitag und Samstag hingegen ist der Mond wieder in den späten Abendstunden gut sichtbar. Sonntag Nachmittag 5 und 7 Uhr Abends Projektionsvorträge von Direktor H. S. Archenhold hat; ebenso Montag und Dienstag um 5 Uhr. Die zu beobachtenden Mondgebirge werden bei diesen Vorträgen eingehend besprochen.

Gesellschaft für Volksbäder. Uns wird geschrieben: In Folge einer Anregung seitens des Berliner Vereins für Volksbäder ist eine Deutsche Gesellschaft für Volksbäder im Werden begriffen. In allen Gegenden Deutschlands sollen Zweigvereine geschaffen werden, welche die Einrichtung neuer, die Erweiterung und Verbesserung bereits bestehender Anstalten, vor allem aber auch die Reingung zur Vermehrung derselben in weiten Kreisen der Bevölkerung befördern wollen. — Die Konstituierung der Gesellschaft erfolgt in Kurzem. Doch wird schon jetzt zum Eintritt eingeladen. Mitglied kann Jedermann werden. Der Jahresbeitrag ist (von drei Mark an) in das Belieben jedes Einzelnen gestellt. Schriftliche Meldungen werden an das einstellige Bureau der Deutschen Gesellschaft für Volksbäder, Berlin NW., Karlstr. 19, erbeten.

Feuerbericht. In den letzten 48 Stunden hatte Berlin nur drei Alarmungen zu verzeichnen. Feuertellenerstraße 88 gingen Donnerstag Abend 11 Uhr Sophastoffe in Flammen auf. Am

Freitag vor feil 6 Uhr Friedenstr. 97 ein Zimmerbrand abzuflöhen. Kurz darauf mußte Räderstr. 2 ein Kellerbrand abgelöcht werden, der Verpackungsmaterial zerstörte. Gegen Mittag brannten Holzmarktstr. 65 Gardinen.

Aus den Nachbarorten.

Lichtenberg - Friedrichshof. Nächsten Dienstag Abend 8 1/2 Uhr findet im Saale des Herrn E. Höflich, Frankfurter Chaussee Nr. 120, eine Vollversammlung statt, in der Genosse M. Fischer über „Die politische Lage“ sprechen wird. Die Parteigenossen werden ersucht, für die Versammlung rege zu agitieren. (Siehe Inserat am Sonntag und Dienstag.) Der Vertrauensmann.

Groß-Lichterfelde. Der Gesangverein Germania hält heute in Heyne's Lokal (jetzt Eberbach) in Pantlitz ein Vergnügen ab. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß das Lokal gesperrt ist. Die Lokal-Kommission.

Reihensee. Am 24. d. M. findet im „Sterner“ das Stiftungsfest des sozialdemokratischen Arbeitervereins statt; Genosse Liebnicht wird den Festvortrag halten. Am 22. d. M. erfolgt eine Flugblatt-Verbreitung. Wir ersuchen die Genossen, sich Sonntag früh 8 Uhr bei Müller, König-Chaussee 88, einzufinden. — Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß zu dem Sonntag Nachmittag 4 Uhr stattfindenden Urania-Vorstellung noch einige Billets à 50 Pf. bei Pfeiffermüller zu haben sind.

Adlershof. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Wählerlisten für die Gemeinderathswahlen bis zum 30. Januar d. J. im Gemeindebureau, Zimmer 8, während der Dienststunden von 9-12 Uhr Vormittags und 3-6 Uhr Nachmittags ausliegen. Es ist Pflicht jedes Parteigenossen, sich zu überzeugen, ob sein Name in der Liste vermerkt ist. Die Parteigenossen, denen es an Zeit hierzu mangelt, mögen sich an den Vertrauensmann Wabepuß, Genossenschaftsstr. 20, oder Genossen Tempel, Kronprinzenstraße, wenden, die event. das Einsehen in die Listen besorgen werden.

Der Magistrat von Charlottenburg hat in seiner gestrigen Sitzung beschloffen, von der Errichtung einer besonderen Betriebs-Krankenkasse für die städtischen Arbeiter abzusehen. Durch Orisstatut wurde bekanntlich vor Kurzem bestimmt, daß sämtliche von der Stadt beschäftigten Personen, soweit sie nicht über 2000 M. Einkommen haben oder fest angestellt sind, in die Krankenversicherung aufzunehmen. Diese Personen sollen bei der bereits bestehenden Allgemeinen Orts-Krankenkasse versichert werden. Die neue Einrichtung wird zum 1. April d. J. in Kraft treten.

Der Ausbau der Grunewaldstraße zwischen Schöneberg und Wilmerdorf, welchen die Stadt Schöneberg im Laufe des verfloffenen Sommers ausgeführt hat, ist jetzt beendet. Damit hat wohl auch für die Laubentkolonie in dieser Gegend das letzte Ständlein geschlagen.

Aus ländlichen Ötten. Ueber einen Fall von empörender Gefühlslosigkeit berichtet eine Spandauer Korrespondenz: Als dieser Tage um Mitternacht die Ehefrau eines Arbeiters in der Umgegend bei ihrer Entbindung ärztlicher Hilfe bedurfte, war unter mehreren darum angegangenen Führerbesitzern niemand dazu zu bewegen, einen Arzt aus Spandau zu holen. Infolge dessen trat der schließlich durch einen Boten zu Fuß benachrichtigte Arzt erst gegen Morgen ein. Leider starb die junge Frau, nachdem sie ein todtcs Kind geboren, noch im Laufe desselben Tages. Aller Wahrscheinlichkeit nach hätte sie am Leben erhalten werden können, wenn ein Arzt noch in der Nacht geholt worden wäre.

Bei keinem Wucherer der Großstadt tritt der Egoismus krasser zu Tage als bei einer gewissen Sorte biederer Landleute von ferndeutschem, gottesfürchtigem Gemüth. Davon weiß jeder vom Lande kommender Arbeiter zu erzählen.

Aus Friedrichshagen wird uns geschrieben: Die letzte Gemeindevorstandssitzung hatte über die Neubeschaffung eines Müllabladepfades zu beschließen. Von der Köpender Polizeibehörde ist der bisher benutzte Pfad bei Androhung einer Geldstrafe so lange verboten worden, bis er den polizeilichen Vorschriften entspricht. Die Gemeindevorstellung war einstimmig der Ansicht, daß sofort geeignete Schritte zu unternehmen seien. Es wurde eine Kommission beauftragt, dem Gemeindevorstand binnen kurzer Frist passende Pläne in Vorschlag zu bringen. Dann beschloß die Vertretung die Pflasterung eines Theils der Ahorn-Allee. Bei dieser Gelegenheit betonte Genosse Sonnenburg, daß es eine Pflicht der Gemeinde sei, in Zukunft alle Gemeindearbeiter in eigene Regie zu übernehmen, um den Unternehmern Gewinn der Gemeindegeldern zuzuführen. Sollte jedoch die Gemeinde das für undurchführbar, so habe sie mindestens die soziale Aufgabe, die Arbeiter nur solchen Unternehmern zu übertragen, welche die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterorganisationen anerkennen. Nach kurzer Debatte wurde natürlich gegen die Stimmen der Genossen Barth und Sonnenburg beschloffen, die Arbeit in der bisher üblichen Weise in Submission zu vergeben. — Die hiesigen Haus- und Grundbesitzer sind über die stärkere Nachfrage von Sommerwohnungen sehr erfreut. Gält diese Nachfrage längere Zeit an, so werden die Herren Hausbesitzer nicht verfehlen, die kleinen Wohnungen noch mehr zu steigern, als in einzelnen Fällen schon geschehen ist. — Fünf Lehrer der hiesigen Gemeindegasse verlassen am 1. April d. J. unseren Ort. Als vor circa 1 1/2 Jahren die Vertretung über die Regelung der Lehrergelder gemäß dem neuen Lehrerbildungs-Gesetze zu beschließen hatte, wurden die Wünsche der hiesigen Lehrerschaft (1500 M. Grundgehalt, 200 M. Alterszulage und 450 M. Wohnungsgeld - Entschädigung) nicht erfüllt. Das mag der Grund sein, weshalb die hiesigen Lehrer sich um besser dotierte Stellen bewerben. Ob das aber der Gemeinde und der lernenden Jugend zum Vortheil gereicht, ist stark zu bezweifeln. — Wie alljährlich, so findet auch in diesem Jahre am 27. Januar ein Festessen statt. Hoffentlich werden bei dieser Gelegenheit die Sozialdemokraten nicht wieder, wie vor zwei Jahren als „arbeitslose Elemente“ bezeichnet. Sind doch bei der vorjährigen Reichstagswahl hierorts 94 sozialistische Stimmen abgegeben worden, welche von braven, fleißigen und ehrlichen Gemeindegliedern herrühren. — Der noch unter der Aera des Sozialistengesetzes gegründete sozialdemokratische Arbeiter-Bildungsverein zählt zur Zeit 166 Mitglieder, die niedrige Mitgliederzahl (1890/91) betrug 86, die Höchstzahl (1897/98) 181 Mitglieder. Die gegenwärtigen Mitglieder haben folgenden Beruf: Arbeiter 44, Barbier 1, Brauer 4, Drechsler 1, Buchbinder 1, Buchdrucker 10, Dachdecker 1, Färber 1, Fischhändler 1, Former 2, Gastwirth 1, Gärtner 1, Goldarbeiter 1, Graveur 1, Gürtler 1, Handelsmann 1, Handlungsmacher 18, Heizer 1, Holzarbeiter 20, Kaufleute 2, Klempner 2, Lederarbeiter 2, Lithographen 2, Maler 2, Maschinenist 1, Mochienhauer 1, Maurer 15, Mechaniker 1, Metallarbeiter 1, Möbelpolierer 1, Müller 1, Polamentier 1, Schlosser 3, Schmied 1, Schneider 1, Schuhmacher 2, Steindrucker 1, Tapezierer 1, Tischler 2, Uhrmacher 1, Wägenhändler 1, Zigarenhändler 2, Zimmerleute 4, Zünftler 3, Zigarette 2. Die Vereinsbibliothek umfaßt 180 Werke beziehungsweise Broschüren und wird alljährlich je nach dem Kasienstand vermehrt.

Man schreibt uns aus Adlershof: Recht unverständlich gewirthschaftet zu haben scheint der jetzt beim Adlershofer Meldeamt thätige, frühere Gemeindevorsteher MoseL. Nach einer vom jetzigen Vorsteher Meinsch aufgestellten Bilanz ergeben sich in den verschiedenen Etatspositionen ganz bedeutende Differenzen, so daß die Gemeindebehörde, um annähernd ins Gleichgewicht zu kommen, die Kommunalsteuern ganz erheblich erhöhen muß. Bei Titel VIII „Verzinsung und Amortisation“ verzeichnet die Bilanz salomisch: „Wegen Mangels an Geld konnten die am 1. d. Mts. fälligen Zinsen nicht gezahlt werden.“ Bedient man die Mindereinnahme im Betrage von 7850,80 M. von dem dem Voranschlag festgesetzten Soll-einnahme zu den noch aufzubringenden Mehrausgaben hinzu, so ergibt sich ein Defizit

von 84 988,18 M. In dieser Summe sind die widerrechtlich verausgabten 16 800,80 M. Pfahlerkautonen zu nicht enthalten. Hierzu bemerkt der Gemeindevorsteher, daß er denkt, diese Summe durch die aufkommenden Steuern pro 4. Quartal zu decken. Daß die von dieser eigentartigen Durchführung jetzt erst in Kenntniß gesetzte Einwohnerchaft Adlershofs nicht sehr erbaudt ist, leuchtet wohl ein. Man plant daher die Einberufung öffentlicher Versammlungen, um sich mit dieser Geldbeutel tiefverfürenden Sache etwas näher zu befassen und die Frage der Hafibarmachung der an dieser Wirthschaft Schuldigen zu erörtern.

Unter Herrn v. Oppen's Regiment. Aus Adlershof wird uns geschrieben: Vom freisinnigen Kommunalverein in Adlershof war zum 18. d. M. eine außerordentliche Versammlung nach Schmauser's Lokal einberufen worden. Der Vorstand hatte sich die größte Mühe gegeben, um ein volles Haus zu haben und zahlreiche Einladungen ergaßen lassen. Da es galt, die Finanzwirthschaft in der Gemeindevorstellung klar zu legen, so hatten sich auch ca. 300-350 Personen eingefunden, welche der Dinge warteten, die da kommen sollten. Nach einer aufregenden Auseinandersetzung zwischen Gendarmen und Vorstand eröffnete der Vorsitzende die Versammlung um 9 Uhr und erklärte, daß der überwachende Beamte die Versammlung nicht stattfinden lasse, da noch keine Beiseignigung über die Anmeldung zur Stelle wäre. Die Anmeldung zur Versammlung ist am 16. Januar Vormittags zur Post gegeben und erst am 18. Januar Mittags beim Amtsvorsteher angekommen. Der Amtsrichter wohnte der Post gegenüber. Der Vorsitzende erklärt, daß er die Versammlung schließen müsse. Die Gendarmen wollten nun, daß der Saal sofort geräumt werden solle, ein Verlangen, das mit dem Einwand beantwortet wurde, daß die Versammlung geschlossen und nicht aufgelöst sei. Langsam gingen die Teilnehmer auseinander und Punkt 10 Uhr verließ der letzte Mann das Lokal wegen eingetretener Polizeistunde. Zu gestern war eine neue Versammlung mit demselben Thema und ebenfalls im Lokale von Schmauser anberaumt worden.

Die Anstellung eines Bauachverständigen ist von der Gemeinde Tempelhof in Aussicht genommen. Die Angelegenheit ist bereits soweit gediehen, daß die Gemeindevorstellung eine Kommission niedergesetzt hat, welche eine entsprechende Vorlage ausarbeiten und demnachst der Gemeindevorstellung zur Begutachtung und Beschlußfassung vorlegen soll. Die betreffende Kommission hat ihre Arbeiten bereits begonnen.

Nach Unterdrückung von 1000 Mark Postgeldern ist der Barbier Nidel aus Stolpe bei Wannsee flüchtig geworden. Nidel war mit der Verwaltung der Post-Zweigstellenbesorgung an der Chaussee-strasse bei Wannsee betraut. Seit vorgestern Abend ist er mit der Postkasse, die etwa 1000 M. enthielt, verschwunden.

Versammlungen.

Wahlverein für den 5. Reichstags-Wahlkreis. In einer gut besuchten Vereinsversammlung, die am Donnerstag im Schälenhause stattfand, hielt Genosse Liepmann einen Vortrag über die Waarenhäuser und die Sozialdemokratie. Redner bedauerte, daß der von ihm mitunterzeichnete Antrag zum Parteitag: Der Parteitag solle sich gegen jede Verstärkung der Waarenhäuser aussprechen, in Stuttgart nicht hinreichend unterstützt wurde und daher nicht zur Verhandlung kam. Das möge wohl, da der Antrag einer der letzten in der Liste der Anträge ist, darin seine Ursache haben, daß der Parteitag nicht mehr Zeit zur Verhandlung derselben hatte. Es werde aber von mancher Seite auch so aufgefacht, als sollte die Nichtbeachtung des Antrages ein Kompliment gegen diejenigen sein, die für den Mittelstand sich erwärmen. Thatsächlich herrsche in unseren Kreisen über die Waarenhäuser noch manche irrige Anschauung und es werde deshalb manches gesagt, was sich mit dem Standpunkt eines Sozialdemokraten nicht gut verträgt. Redner will vom Standpunkt des Kaufmanns und Sozialdemokraten seine rein persönliche Meinung über unsere Stellung zu den Waarenhäusern aussprechen. Er schäuferte eingehend die Entwicklung des kaufmännischen Großbetriebes und legte an der Hand statistischen Materials dar, daß die kleinen Geschäfte durch die Vazare immer mehr verdrängt werden und daß es eine Unmöglichkeit sei, die kleinen vor der Konkurrenz der Großen zu schützen. Das werde auch durch die Einführung der Umsatzsteuer nicht erreicht. Vielmehr werde der Kaufmann die Mehrbelastung auf den für ihn produzierenden Fabrikanten, und dieser wieder auf die Arbeiter abwälzen. Für unsere Partei sei der Standpunkt, den sie gegenüber den Waarenhäusern einnehmen habe, von vornherein vorgezeichnet, und zwar durch Absatz 10 des Programms. Ferner komme für uns in Betracht das Interesse des konsumirenden Publikums und der Angestellten im Handelsgewerbe. Das Publikum wisse, daß es im Vazare besser bedient wird und billiger kauft, wie im kleinen Geschäft. Durch die Vazare sei das Verdrängungsfeld des Volkes gesteigert worden, was ein kultureller Fortschritt vor nicht geringer Bedeutung sei. Da die großen Waarenhäuser in der Lage sind, an ihre Fabrikanten große Aufträge zu erteilen, so hätten auch die betreffenden Arbeiter den Vortheil dauernder Beschäftigung. Die Lage der Angestellten, namentlich der Hausdiener, lasse zwar auch in den Großvazaren manches zu wünschen, jedoch sei sie bedeutend besser, wie bei den kleinen Konsumisten. Ferner sei zu beachten, daß die Angestellten und Arbeiter eines Großbetriebes leichter organisiert werden können, wie die im Kleinbetrieb beschäftigten. Nach alledem hätten wir also gar keinen Grund, den Mittelstand zum Nachtheil des Großbetriebes zu schützen. Gegen das Prinzip, den wirthschaftlich Starren zu Gunsten des wirthschaftlich Schwachen zu bestrafen, ließe sich ja nichts einwenden, aber, wenn man die Umsatzsteuer einführen wolle, warum spreche man dann nicht von einer Heranziehung der großen landwirthschaftlichen und industriellen Betriebe. Wenn man nur die kaufmännischen Großbetriebe mit der Umsatzsteuer belegen wolle, so ließe das, die Sache am verkehrtesten Ende anfassen. In dem Kampfe zwischen Kleinbetrieb und Großkapital müsse der Mittelstand unterliegen. Wir bedauern ihn zwar, können ihn aber nicht helfen. — Der Vazare erleichtert den Uebergang zum Waarenvertrieb der Zukunft, wo nicht mehr zu Gunsten Einzelner, sondern im Interesse der Gesellschaft produziert wird. — In den 1 1/2stündigen Vortrag schloß sich eine Diskussion, in der die Genossen Götzig, Gutmann und Friedländer das Wort nahmen.

Der Vorsitzende erstattete hierauf den Vorstandsbericht für das 4. Quartal 1898. Es fanden 3 Vereins- und 10 Gruppenversammlungen statt, die aber nicht so gut besucht waren, wie es zu wünschen ist. Jedes Mitglied möge deshalb für regeren Besuch agitieren. Die Gruppenversammlungen würden jetzt dadurch interessanter gestaltet, daß ein kleines Referat gehalten wird und die Mitglieder Gelegenheit haben, im kleinen Kreise zu diskutieren. — Nach einer kurzen Aussprache über den Versammlungsbefuch erstattete der Kassirer den Kassenerbericht. Im 4. Quartal sind einschließlich eines Restbendes von 232,28 M. 540,48 M. eingenommen und 348,50 M. ausgegeben worden, so daß ein Bestand von 192,08 M. verbleibt. Die Mitgliederzahl betrug am Ende des dritten Quartals 533, eingetretun und im Laufe des vierten Quartals 30, ausgeschieden 5, der Verein zählte also beim Quartalschluß 558 Mitglieder. Der Kassirer wurde entlastet.

Unter Vereinsangelegenheiten mochte der Vorsitzende auf einen seitens des Vereins am 12. Februar stattfindenden Besuch der Treptower Sternwarte aufmerksam, der den Mitgliedern für die Hälfte der sonst üblichen Eintrittspreise ermöglicht ist.

Rabatt-Sparverein oder Konsumverein? lautete die Frage, die in einer öffentlichen Versammlung im Stinmelmünder Gesellschaftshaus am Donnerstag erörtert wurde. Der Referent Dr. Leo Krone vertrat den Standpunkt, daß die Rabatt-Sparvereine keineswegs geeignet sind, den Mitgliedern als Konsumanten irgendwelche Vortheile zu verschaffen. Er erinnerte an die verschiedentlichen Auswüchse, die das Rabattsystem gezeitigt hat und verwies u. A. darauf, daß die Gewerbetreibenden als Lieferanten dieser Vereine nur zu gern geneigt sind,

den gewährten Rabatt durch Verkauf minderwertiger Waare, Knoppes Gewicht und Naach etc. weit zu machen, so daß den Mitgliedern die vermeintlichen Ersparnisse beim Einkauf dadurch wieder verloren gehen. Der Redner verbreitete sich sodann in eingehender Weise über die Tendenz, Einrichtungen und das Geschäftsgebahren der Konsum-Genossenschaften, wobei er auf die großartigen Resultate der englischen und auch der sächsischen Konsum-Genossenschaften hinwies und insbesondere die Hochdaler (England) und die Leipzig-Blagowitzer als musterhaft anerkannte. Der Redner, der wiederholt betonte, daß seine Ausführungen nicht als Aufforderung zur Gründung einer Konsum-Genossenschaft gelten sollen und daß diese Frage nicht mit den Gewerkschaften oder der Partei im Zusammenhang steht, legte im Weiteren die Vorbedingungen dar, die bei diesem Unternehmen vorhanden sein müssen, um einen sicheren Erfolg gewärtigen zu können. Insbesondere hält es Redner für falsch, die Gründung von Genossenschaften künstlich zu inszenieren oder zu diesem Zweck fremde Kapitalien in Anspruch zu nehmen. Vielmehr soll erst dann daran gedacht werden, wenn sich eine genügende Zahl von Personen aus eigener Initiative zusammengethun und durch feste Beiträge aus eigener Kraft das notwendige Kapital mit der Zeit aufbringen, wodurch die Verantwortlichkeit für die Sache interessiert und eine gesunde, entwicklungsfähige Grundlage für die Genossenschaft geschaffen wird. Das Referat wurde von der großen Mehrzahl der Versammelten mit stürmischem Beifall aufgenommen. In der hierauf folgenden sehr lebhaften Diskussion, die vielfach von lauten Zwischenrufen begleitet war, wandte sich nur ein Redner, ein Lieferant eines Rabatt-Sparvereins, in längerer Ausführungen und unter dem Beifall der zahlreich anwesenden Gewerbetreibenden, gegen die Gründung von Konsum-Genossenschaften. Alle anderen Redner, darunter Vertreter der Konsum-Genossenschaften „Berlin-Nord“ und „Beseiung“ hoben die Vortheile der Genossenschaften für die Beschäftigten als Konsumenten hervor und traten für die Gründung derselben ein.

In den Listen, die nunmehr ausgelegt wurden, zeichneten sich sofort 80 Personen ein, die sich an der event. Konsum-Genossenschaft beteiligen wollen und die in nächster Zeit eine Besprechung abhalten werden, in welcher die Bewirtlichung des Planes weiter beraten wird. Es wurden noch mehrere Adressen bekannt gegeben, wo Listen ausgelegt werden, in die sich Interessenten einzeichnen können. Weitere Bekanntmachungen werden im „Vorwärts“ in der nächsten Zeit erfolgen.

Frau Jeannette Schwerin sprach am 19. Januar im Langenbühl, Piesingstr. 10, über „Verufsorganisationen“. Der Vortrag gehörte zu dem Vortragszyklus über ausgewählte Kapitel aus dem Wirtschaftsleben, welche die Mädchen und Frauen-Gruppen für soziale Hilfsarbeit veranstalten. — Frau Schwerin entwickelte in höchst anschaulicher Weise die Entstehung und Entwicklung der Verufsorganisationen in England und Deutschland und behandelte eingehend die Organisation der Arbeiterinnen, die in Deutschland trotz aller Mühe, die man sich damit gegeben, noch nicht gelungen ist. Der Grund dafür, daß die Arbeiterin heute noch nicht organisiert ist, liegt einmal darin, daß Vereine von Arbeiterinnen, die nur für ihre Berufsinteressen eintreten, aufgelöst worden sind, weil man sie für politisch gefährlich hielt. Andererseits aber liegt der Grund in der über großen Arbeitszeit, welche der Frau das Interesse an anderen Dingen nimmt, und in der schlechten Entlohnung, die der Arbeiterin nicht gestattet, den minimalen Beitrag für die Organisation zu erbringen. Zum Schluß beantwortete Frau Schwerin die Frage: Was kann man thun, um die Arbeiterin in die Organisation hineinzubringen? dahin, daß die Frauen eintreten sollten in die Gewerkschaften der Männer, welche auch Frauen aufnehmen. Jede bürgerliche Frau, welche sich für die Arbeiterin interessire, müsse sich ein Gewerbe anschauen und in die Gewerkschaft eintreten, damit sie gegebenen Falles für die Frauen wirken könne. Sodann aber müsse sie die ihr bekannten Arbeiterinnen anregen, in eine Gewerkschaft einzutreten.

Die General-Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für Charlottenburg, die am Donnerstag im Lokal „Bismarckshöhe“ tagte, nahm einstimmig folgende Resolution an: Die in „Bismarckshöhe“ tagende gut besuchte Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins von Charlottenburg spricht hiermit ihre größte Entrüstung aus gegen die Brutalitätsakte des Besitzers des „Berliner Lokal-Anzeigers“, August Scherl, gegenüber organisierten Arbeitern. Sie hält es für eine grenzenlose Gemeinheit, den Arbeitern das gesetzlich gewährte Recht der Koalition zu nehmen. In Anbetracht dieser Brutalität erwartet die Versammlung von sämtlichen Parteigenossen, daß sie dafür sorgen, daß dieses Blatt, wo es gelesen wird, abbestellt wird. Ganz speziell wird erwartet, daß die Gastwirthe, wo Arbeiter verkehren, dies Blatt abbestellen und an Stelle dessen neben dem „Vorwärts“ nur Blätter führen, welche nicht so schändliche Angriffe auf das Koalitionsrecht der Arbeiter ausüben. Des Ferneren erwartet die Versammlung, daß sich sämtliche Parteigenossen Berlins diesem Beschluß anschließen.

Tischler-Verein. Heute Abend 8 1/2 Uhr, Reichstr. 15: Vortrag. Damen haben Zutritt.
Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 22. Januar, Vormittags 9 Uhr, im großen Festsaal der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57: Versammlung. Freireligiöse Vorlesung. Um 11 Uhr Vormittags ebenfalls: Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille: „Das Unheimliche.“ Gäste willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (E. S. 29, Hamburg). Filiale Berlin 4. Heute Abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Fritz Wille, Brandstr. 26. Filiale Berlin 5. Mitgliederversammlung heute Abends 9 Uhr bei Koplin, Voßringstr. 68. Filiale Charlottenburg. Heute Abends 8 1/2 Uhr im Restaurant A. Eder, Bismarckstr. 74. Mitgliederversammlung. Filiale Rixdorf. Mitgliederversammlung heute Abends 8 1/2 Uhr bei Wille, Rixdorsstr. 41.

Deutsche Gesellschaft für ethnische Kultur. Heute, Abends 8 1/2 Uhr, Piesingstr. 10/11. Soziale Gruppe: Dr. Paul Järicher (Leipzig): „Die Arbeiterfrage.“ — Diskussion.

Vermishtes.

Aus Breslau berichtet man: Von der Anschuldigung des Raubmordes, begangen an der 15 Jahre alten Vogtstochter Rudich aus Leuben, wurde am 11. Januar d. J. der Gärtner August Pohl aus Tschipkeil vom hiesigen Schwurgericht freigesprochen, während seine Mitangeklagte, das Dienstmädchen Auguste Wolf, zum Tode verurtheilt wurde. Jetzt ist der freigesprochene Pohl in dem Augenblick wieder verhaftet worden, als er seinen Wohnsitz verändern wollte. Unter den Sachen, die er mit sich nehmen wollte, fand man die bisher vergeblich gesuchten, der ermordeten Vogtstochter geraubten beiden Hundertmark-Scheine. Es dürfte sonach kaum einem Zweifel unterliegen, daß Pohl an dem Mord beteiligt war.

Seid klug wie die Schlangen. ... Erzbischof Dr. v. Stabrowski hat anlässlich des kaiserlichen Geburtstages, der diesmal auf einen Freitag (Kasttag) fällt, allen Katholiken, einschließlich der Soldaten der Erzdiözese Gnesen-Posen — soweit sie an Festtagen teilnehmen und Fastenregeln nicht erhalten können — Dispens erteilt.

Leichenschmäuse. Der Regierungspräsident zu Lüneburg hat mit Zustimmung des Bezirksausschusses durch Polizeiverordnung das Offenhalten der Särge bei Leichenschmäuse und bei etwaigen Bewirtungen des Leichengeldes für den Umfang des Regierungsbezirks Lüneburg verboten. Der einmal geschlossene Sarg darf nicht wieder geöffnet werden. Ist der Verstorbene einer anscheinenden Krankheit erlegen, so ist am Beerdigungstage jede Bewirtung oder Anfechtung von Weinchen im Trauerhause, auch nach dem Begräbnis, und die Begleitung der Leiche durch Schuljugend untersagt.

Kleiner Missethäter. Der dreijährige Sohn des Besitzers V. zu A. nahm, wie die „Agg. Allg. Ztg.“ aus Krusen berichtet, vor

einigen Tagen ein Tischmesser, das aus Versehen auf dem Tische liegen geblieben war, und versetzte seinem 1 1/2-jährigen Bräuderchen einen Schnitt in den Hals. Auf Befragen, warum er sein Bräuderchen so arg geschnitten habe, es werde sterben müssen, antwortete er: „Ich brauche auch kein Bräuderchen; ich will ein Schwesterchen.“

In Birnbaum sollte am 17. Januar auf eingetroffene telegraphische Anweisung des Gleiwitzer Untersuchungsrichters hin der Higeimer Poppe wegen des dringenden Verdachts der Verübung zweier Raubmorde an jungen Mädchen im Rathschor Walde erneut verhaftet werden, nachdem er erst am Sonntag auf Anregung des selben Untersuchungsrichters aus der Haft entlassen worden war, Poppe war jedoch längst verschwand.

Ein sensationeller Kuppelprozess, in den höchste aristokratische Kreise in Würzburg verwickelt sind, wird von dem „Würzburger Journal“ angekündigt. Es sollen bis jetzt 10 standalöse Dinge zu Tage gefördert sein, daß die Verhaftung mehrerer vornehmster Persönlichkeiten bevorsteht, desgleichen dürfte die Schließung mehrerer Bade-Anstalten und die Inhaftnahme des Bade-personals erfolgen. Als Hauptbeschuldiger unter den Kämpfern für Ordnung, Religion und Sitte wird ein Adeliger in Nürnberg genannt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstag, Donnerstag und Freitag abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abgehalten.

W. S. 19. Kochschule des Vereines, Königgräberstr. 60, Piesingstr. 74, Barbarastr. 74. (Siehe auch Adressbuch.)

Zwei Wettende. Wenn wir nicht irren, ist der Durchgang über den Schlosshof gleich nach dem Regierungsbauwerk Wilhelm II. gesperrt worden.

Rigaerkr. 5. Ihre (sämmlichen) Fragen erledigen sich damit: Entweder muß der Ehemann sein gesamtes Vermögen einwerfen und Sie erhalten von dieser Gesamtmasse die eine Hälfte, der Ehemann die andere, oder aber, wenn letzterer dies nicht will, sind Sie der alleinige Erbe. — **S. 6. 155.** 1. Um Dispens zu bitten unter Verletzung eines ärztlichen Ratschlags; 2. Rein. — **W. 2. 4.** 1. Ja. Sie soll sich dabei nicht beruhigen. 2. Ja. — **R. W. 28.** Verjährung ist noch nicht eingetreten. Aber Sie brauchen nicht zweimal zu zahlen. — **W. P.** Stellen Sie von neuem Antrag an die Berufsgenossenschaft. — **S. 50.** Die Forderung ist verjähr. — **R. P. Zimmendingen.** § 123 der Reichs-Gewerbe-Ordnung besagt (Wag 8): Vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Aufkündigung können Gesellen und Gehilfen entlassen werden, wenn sie zur Fortsetzung der Arbeit unfähig oder mit einer absehbaren Krankheit befallen sind.

— **S. 6. 1.** Rein. Anhaltende Krankheit ist Entlassungsgrund ohne Kündigung. 2. Damit ist auch die Frage zu 2 beantwortet. — **S. 8. 100.** 1. Können Sie auch selbst thun. 2. Unter Umständen genügt schon ein Zeuge. — **Else Vogel.** 1. Das Reisegeld kann nicht abgezogen werden. 2. Sieht der Herrschaft zu. 3. Ist die Krankheit durch den Dienst entstanden? 4. Ja. 5. Kündigungsdienst von sechs Wochen. — **S. 3. 3.** Ja. — **S. 7.** Ihre Fragen sind völlig unverständlich. — **W. S. 41.** 1. Rein. 2. Wenn die Sachen während der Ehe erworben sind, ja. — **S. 2. 40.** Kündigung ist bei diesem Sachverhalt nicht erforderlich. — **W. 200.** Sie können sich höchstens an die Polizei wenden und unter Darlegung des Sachverhalts bitten, dem Nebelstand abzuhelfen. — **S. 2. Klage einreichen.** — **W. 6. 1. Rein.** 2. Die notwendigen. — **Grethe S. Schöneberg.** Wenden Sie sich an das Paracelsus-Institut. — **Heinrich 62.** Ein mit schriftlicher Vollmacht vom dem Betreffenden legitimierter muß das Geld holen. — **C. R. 24.** Die Frage ist nicht klar. Wiederholen Sie dieselbe deutlicher. — **S. 8. 19.** Rein. — **W. P. 199.** 1. Drei Jahre. 2. Ja. — **W. 6.** Es gelten noch einige wenige Bestimmungen aus dem Gesetz von 1851. Den Paragraphen teilen wir demnachst Ihnen mit. — **W. D. Rein.** — **A. P. 54.** 1. Rein, wenn Sie es nicht gewagt haben. 2. Wie zu 1. 3. Entweder kann Schadenersatz verlangt werden oder für den Tag des Vertragsbruchs und jeden folgenden Tag der Betrag des ordentlichen Tagelohns, höchstens aber für die Dauer einer Woche. —

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 21. Januar 1899. Etwas kühler, zeitweise deiter, jedoch noch unbehändig mit geringen Niederschlägen und ziemlich frischen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

An alle Schichten der Bevölkerung Berlins!

Sonntag, den 22. Januar, Vormittags präz. 12 Uhr.

Öffentliche Volksversammlung

in Keller's Festsälen, Koppenstr. 29.

L.-D.: Der Ausstand der Buchdrucker im „Berliner Lokal-Anzeiger“ und der Terrorismus des Herrn August Scherl.

Zu dieser Versammlung ladet namentlich die Leser des „Berliner Lokal-Anzeiger“ sowie die noch in der Buchdruckerei des Herrn August Scherl thätigen Scherl, Maschinenmeister, Stereotypenre, Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen ein

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.
R. Hillarg, Sekretär.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

(Zahlstelle Berlin.)
Sonntag, den 22. Januar, Vorm. 10 Uhr, im Feen-Palast, Burg- und Wolfgangstraßen-Gäß.

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Rassenbericht vom 4. Quartal. Bericht des Vorstandes, der Bezirksleiter, des Arbeitsvermittlers und der Berufskontrollkommission. Bericht des Bauvorstandes und der Delegierten vom Goutag. Ertragwahlen für die Ortsverwaltung. Wahl des Gewerkschafts-Vorstandesangelegenheiten.
Eintritt nur mit Mitgliedsbuch.
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen erucht
Die Ortsverwaltung.
NB. Zur Beachtung: Auf verschiedene Anfragen zur Mitteilung, daß heute Abend auf den Zahlstellen laßt wird. Die Verkschafts-Vorstandsleute, welche die Zahlungen der Beiträge für ihre Verkschaft-Kollegen besorgen, werden erucht, deren Mitgliedsbücher zur General-Versammlung mitzubringen und dieselben den Kollegen dort einzuhändigen.

Achtung! Textilarbeiter. Achtung!

Sonntag, den 22. Januar, Vormittags 11 Uhr, im oberen Saale des „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27c:

Große öffentliche Versammlung

aller in der Textil-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins.

Tagesordnung: 1. Der Krefelder Streik. Referent: Kollege Karl Hübsch (Berlin). 2. Diskussion.
Inbem wir hierdurch die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft Berlins höflich einladen, machen wir es den Berufsangehörigen zur Pflicht, zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen.
Das Agitationskomitee. F. K.: Franz Kotzko, Raxienburgstr. 31.

Zähne 2 M.

10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Thellzahl, wöchentl. 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Sprechst. 9-7.

Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Leder-Galanteriewaaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

(Zahlstelle Berlin.)
Dienstag, 24. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, in Feuerstein's Festsälen, Alte Jakobstr. 75:

Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Rassenbericht. 2. Wahlen zur Ortsverwaltung. 3. Der Streik in der Lederwaarenfabrik von Warschau. 4. Berbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
In anbetracht der außerordentlich wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder dringend erforderlich.
Mitgliedsbuch legitimirt.
Die Versammlung wird Punkt halb neun Uhr eröffnet.
Der Bevollmächtigte.

Achtung! Lederarbeiter! Portefeniller! Achtung!

Gr. öffentliche Versammlung

am Montag, den 23. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, in Feuerstein's Festsälen, Alte Jakobstr. 75.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Adolf Hoffmann über: „Auf was wir stolz sind.“
2. Der Streik der Kollegen bei der Firma Th. Marschall, Rittersstraße 92.
3. Verschiedenes.
Kollegen! Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen eines Jeden.
Die Vertrauensleute.

Der große Saal mit Bühne ist am Palm-Sonntag noch an Vereine zu vergeben.
Schnegelsberg's Festsäle, Hagenhaide 21.

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen

(E. S. Nr. 86, Hamburg.)
Mitglieder-Versammlungen finden statt:

Für Bezirk A) am Sonntag, 22. Januar, Nachm. 3 Uhr, bei Nowack, Rantaustr. 9.
" " B) am Sonntag, den 22. Januar, Vormittags 10 1/2 Uhr, bei Pritsch, Stalitzerstr. 30-31.
" " C) am Sonntag, den 22. Januar, Vormittags 10 Uhr, bei Zubeil, Lindenstraße 106.
" " D) am Sonntag, den 22. Januar, Vormittags 10 Uhr, bei Schiller, Rosenthalerstr. 57.

Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Vierteljähriger Rassenbericht pro 4. Quartal 1898. 3. Verschiedenes. Im Bezirk A) findet als 3. Punkt ein Vortrag des Herrn Dr. Sternberg statt.
Die Zahlstellen, in denen jeden Sonnabend Abend von 8-10 Uhr neue Mitglieder (bis 45 Jahre) aufgenommen werden, befinden sich Reichensbergerstraße 29 bei Schmidt; Stalitzerstraße 65 bei Krause; Gneisenaustr. 10 bei Wesse; Alte Jakobstr. 69 bei Lenz; Eisaffenerstr. 11 bei Radatz; Georgenstr. 25.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle d. deutschen Wagenbauer.

Berlin III.
Sonntag, den 22. d. M., Vormittags 9 Uhr: 1506
Mitgliederversammlung bei Vergemann, Piesingstr. 3. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Textilarbeiter. Achtung!

(Filiale I, Berlin.)
Am Montag, den 23. Januar 1899, Abends 8 1/2 Uhr, im „Freischütz“, Fruchtstr. 36:

General-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Rassenbericht. 3. Wahl des Gesamtvorstandes, der Fachkommission und der Revisoren. 4. Der Streik bei der Firma Gutfeld & Co. 5. Verschiedenes. 197/3
Es ist Pflicht jedes Mitgliedes in dieser Versammlung zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimirt.
Der Vorstand.

Verband der Möbelpolierer.

Montag, den 23. Januar ex. Abends 8 1/2 Uhr, Admiralstr. 18c:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Wie stellen sich die Kollegen zur Änderung des Krankenzuschusses.
2. Verschiedenes.
Heut Abend in sämtlichen Zahlstellen Entgegennahme von Beiträgen sowie Kontrollkarten und Ausgabe der Jahresberichte.
Die Generalversammlung findet am 30. Januar bei Keller, Koppenstr. 29, statt.
Der Vorstand.
145/3

B. Günzel, Lothringerstr. 52.

Spezialität: Vorträg sozialistischer Führer, Vorfälle, Karr etc. in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Nadeln, Broden, Knöpfen, Hüften, Bildern u. dgl., sowie jede Drechslerwaare u. dgl. (Plan per. Preiskurven.)

Zentral-Verein deutsch. Böttger.

Filiale Berlin.
Hiermit zur Nachricht, daß unser Kollege Johann Höhne am 18. d. M. am Wehrschlag verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. d. M., Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen katholischen Michaels-Kirchhofes in Britz, Mariendorfer Weg, statt.
Um zahlreiche Beteiligung bittet
Der Vorstand.
30/1

Plättgeschäft, gangbares, billige Rieche, Krankheitsüber sofort zu verkaufen.

Häheres Charlottenburg, Dankebaumstr. 12 im Plättgeschäft.
Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Neu! Eröffnet! Neu! Bade-Anstalt. Norden

Lortzingstr. 33.
Vollständ. russisch-römisch. Dampf-bäder mit Massage und Wadungen, Bännen, Saun, Fräntennadeln, Kneip-bäder etc. Vierzehn saunatl. Kneip-bäder.
725/2

Kohlengeschäft,

sichere Erträge, 10 Jahre bestehend, sofort zu verkaufen.
Gottlieb Richter, Wilmberg-Alteisenstraße 35.

Literarische Rundschau.

Ludwig Boltmann, Dr. med. et phil. „Die Darwin'sche Theorie und der Sozialismus“.

Die Darwin'sche Theorie und der Sozialismus. Düsseldorf, Hermann Michels Verlag, 1899. VIII und 397 Seiten 8°. Preis 4 M.

Seit Professor Virchow 1877 in seiner bekannten Rede auf der 50. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte gegen die darwinistische Entwicklungstheorie den Vorwurf erhoben hat, sie leiste den sozialistischen Bestrebungen Vorschub, ist über das Verhältnis des Darwinismus zum Sozialismus fast eine kleine Bibliothek zusammengeschrieben worden.

Ueber diesen Streit und Widerstreit, in welchem oft blinde Parteilichkeiten und Klaffenurtheile das Wort geführt haben, will Boltmann, wie er selbst sagt, eine literarisch-historische Uebersicht geben, um dann im Anschluß daran, die allgemeinen naturgeschichtlichen Grundlagen der Sozial- und Geschichtswissenschaft zu entwickeln.

Die Grundrührer, von denen die darwinistische Sozialtheoretiker durchweg in ihrer Argumentation gegen den Sozialismus ausgehen, liegen erstens darin, daß sie den wirtschaftlichen Kampf in der heutigen zivilisierten Gesellschaft, der in seiner gegenwärtigen Form als individueller Konkurrenzkampf eine durchaus neuzeitliche Erscheinung ist, ohne weiteres mit den Kämpfen um die Erhaltung der Art in der Thierwelt identifizieren.

Soweit Boltmann sich auf solche Kritik bezieht, findet er, wie wir sehen, manches treffende Wort. Allerdings hat er den Boden schon gut vorbereitet gefunden, denn nicht nur haben bereits einzelne seiner sozialistischen Vorgänger tiefe Einsichten in die feindliche Argumentation gelegt.

sondern die darwinistischen Theoretiker widerlegen sich auch zumeist gegenseitig selbst in ihrer Anwendung biologischer Prinzipien auf die Sozialwissenschaft. Was der eine als unbestreitbares Ergebnis strengster wissenschaftlicher Forschung hinstellt, das behandelt der zweite als zweifelhafte Hypothese, um nun seinerseits an deren Stelle ein wissenschaftliches Postulat zu setzen, das der dritte wieder verneint.

Anders liegt die Sache, sobald Boltmann das Gebiet der Polemik gegen die darwinistischen Sozialtheoretiker vom Schlege der Haedel, Ammon, Lill und so weiter verläßt und nun seinerseits unternimmt, die naturgeschichtlichen Grundlagen der Sozial- und Geschichtswissenschaft zu entwickeln, worunter er die Verjüngung der sogenannten „darwinistischen Gesellschaftslehre“ mit dem historischen Materialismus versteht.

Das sind theils unabweisbare Annahmen, theils Wahrheiten, aus denen unter Berücksichtigung der erst noch zu beweisenden kausalen Zusammenhänge willkürliche Folgerungen gezogen werden. Deshalb folgt zum Beispiel aus der Thatsache, daß der organische Mensch der Träger der technischen und geistigen Fähigkeiten ist, ein Einfluß seiner organischen Entwicklung auf die Sozialgeschichte, d. h. auf die wechselnde Gestaltung der sozialen Einrichtungen, der Rechts-, Moral-, Religionsanschauungen etc.

Das Letztere, nämlich daß es auch in der menschlichen Gesellschaft

eine Anpassung, Vereerbung, Differenzierung giebt, ist sicher, — nur folgt das nicht aus dem Organismus-Charakter der Gesellschaft, sondern ergibt sich aus ihrem bisherigen Entwicklungslauf. Die langen Prämissen und Schlussfolgerungen, mit denen Boltmann arbeitet, beweisen für die Richtigkeit des von ihm Behaupteten rein gar nichts.

Aber selbst wenn man die Richtigkeit der Deduktionen Boltmann's zugiebt, bleibt unverständlich, weshalb durch den Nachweis, daß auch im sozialen Leben eine Anpassung und Differenzierung stattfindet und diese Thatsache auch von Marx anerkannt wird, eine „Synthese von Marxismus und Darwinismus“ und zugleich eine Erweiterung des historischen Materialismus hergestellt wird.

Wit etwas mehr Recht kann man eine Synthese darin finden, daß wie der Verfasser im VI. Abschnitt seines Buches im Anschluß an Ernst Haeckel's „Grundlinien einer Philosophie der Technik“ darlegt, der Gebrauch von Werkzeugen und im weiteren Sinne die gesamte Technik verändert auf die organische Beschaffenheit des Menschen zurückgewirkt haben. Der Gedankengang, den Boltmann in dem betreffenden Kapitel entwickelt, ist durchaus richtig, nur ist er weder neu, noch bedeutet er eine Ergänzung der materialistischen Geschichtsauffassung.

Woltmann's Verhängnis ist, daß er sich nicht von der biologisch-darwinistischen Sozialtheorie zu emanzipieren gewagt hat und infolge dessen nicht erkennt, daß eine soziale Entwicklungslehre nur gewonnen werden kann, aus der Erörterung der sozialen Entwicklung selbst, nicht durch ein spekulatives Operiren mit biologischen Prinzipien.

Dazu kommt Woltmann's Reizung, überall „Synthesen“ zu entdecken, alle möglichen Anschauungen zu vermitteln und zum Zweck solcher Vermittlung auf Kosten schärferer Unterscheidung irgend welche Uebereinstimmungen oder Analogien zu finden; eine Reizung, die in unserer Partei neuerdings Boden zu gewinnen scheint. Er vermittelt Alles: die Marx'sche Geschichtstheorie mit der darwinistischen Entwicklungslehre, die Weismann'sche Stammselktionstheorie mit der Lamarck-Darwin'schen Vererbungstheorie, die organische Gesellschaftslehre mit der antiorganischen etc.

Gewerkschaften u. Vereine. Empfehle zu Partien u. Ausflügen meine Salon-Dampfer in jeder Zahl und Größe. L. Kahn, Stralau, Tel.-Amt Stralau Nr. 29. Nachh.: Johann Schulze, Berlin, Niederbrüde 17, Telephon-Amt I Nr. 2869.

Kein Laden! Empfehle mein reichhaltiges Lager in Filz- und Seidenhüten, Schirmen in den neuesten Façons und Farben, äußerst billige Preise. Richard Klose, Anflamerstr. 41, zweites Haus von der Brunnenstraße, Eingang vom Hausflur. Bitte genau auf die Hausnummer zu achten.

Breuer's Ball-Salon „Zur Königsbank“ Grosse Frankfurterstr. 117. Empfehle seine Festsaal mit Theaterbühne und Garten zu Veranlassungen und zu jeder Privatfeierlichkeit (bis 1000 Personen). Jeden Sonntag: Grosser Ball, Anfang 4 Uhr.

Pelz-Waaren nur eigenes Fabrikat. 6492. Hüte, Schirme Otto Gerhold, Dresdenstr. 9, Ecke Stallherstr.

Stralau. Wwe. Schonert, Stralau. Restaurant „Neu-Seeland“. Empfehle meinen 1000 Personen fassenden Saal mit großer Theaterbühne zu Veranlassungen und Festlichkeiten Vereinen unter den günstigsten Bedingungen.

Möbel und Polsterwaaren. Reelle Arbeit. Ganze Einrichtungen zu billigen Preisen. 1872. Franz Tatsauer, Brunnenstraße 152. Masken-Garderoben. Fr. C. Frommholz, Glauerstr. 78, Ecke Adlerstr. Dr. med. Schaper, prakt. homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. Haut-, Genu-, Geschlechtsleiden, Frauenkrankheiten. Homöopath. Poliklinik; Montag, Mittwoch, Sonnabend 10-7 Uhr. Friedrichstraße 114, A. 1899.

Nur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 21. Januar.
Cyrenhand. Brüssls. Fobetzang. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Die Lustspielfirma. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Die drei Reihersiedern. Anfang 7 Uhr.
Leffing. Im weichen Köhl. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Saja. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Nachm. 3 Uhr: Das tapfere Schneiderlein.
Reichshallen. Der Schlafwagen - Kanonier. Vorher: Zum Einsiedler. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Hofmusik. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Zweiter Maskenball. Anfang 10 Uhr.
Schiller. Die Leibrente. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Cavalleria rusticana. Vorher: Die vierzehn Nothhelfer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Puppe. Anf. 7 1/2 Uhr.
Thalia. Mein Leopold. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Der Kaufmann von Venedig. Anfang 8 Uhr.
 Nachm. 3 Uhr: Schiller-Vorstellung: Wilhelm Tell.
Selle-Milano. Der Schlagbaum. Anfang 8 Uhr.
 Nachm. 4 Uhr: Der Straußpeter.
Ostend. Der Brandstifter. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmshändliches. Onkel Toms Hütte oder: Sklavenleben in Amerika. Anfang 8 Uhr.
 Nachm. 3 1/2 Uhr: Die Jungfrau von Orléans.
Alexanderplatz. Verbotene Liebe. Anfang 8 Uhr.
Parodie. Genoveva, Pfalzgräfin am Rhein. Anfang 7 1/2 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr Vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: "Die Urzeit des Menschen".
Jugendstr. 57/62. Täglich Abends von 8-10 Uhr: Sternwarte, Opernlesungen.
Myrto. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Feen-Palast. Spezialitäten-Vorstellung.
Wagge-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
 Sonnabend 8 Uhr:
Die Leibrente.
 Sonntag Nachm. 3 Uhr:
Das vierte Gebot.
 Abends 8 Uhr:
Ehrliche Arbeit.
 Montag 8 Uhr:
Die Leibrente.

Luisen-Theater

34. Reichenbergerstr. 34.
 Nachmittags 3 Uhr, zu besonders erachtlichen Preisen:
Schiller-Vorstellung:
Wilhelm Tell.
 Abends 8 Uhr:
Der Kaufmann von Venedig.
 Sonntag Nachm. 3 Uhr:
 Volks-Vorstellung zu kleinen Preisen.
Die bezähmte Widerspännige.
 Abends 8 Uhr:
Auf vielseitiges Verlangen:
Um's liebe Geld.

Central-Theater

Direktion: José Ferenczy.
Die Puppe (La Poupée)
 Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Ordemann und Sturges.
 Musik von Ed. Audran.
 Die Puppen sind nach dem zweiten und dritten Bilde.
 Morgen und folgende Tage: **Die Puppe (La Poupée).**
 Sonntag Nachmittags 3 Uhr zu halben Preisen: Der Vogelwandler.
 Von Karl Heller.

Thalia-Theater

Treppenstr. 72/73.
Beste Aufführung:
Gastspiel Emil Thomas Mein Leopold.
 Vollständig mit Gesang in 6 Bildern von Adolph Pörschke.
 Musik von R. Walf. - Anf. 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Gastspiel Emil Thomas.
 Zum 1. Male: Schildebold's Engel.
 Volle in 4 Akten von W. Raupach.

Ostend-Carl Weich-Theater

Gr. Frankfurterstr. 138.
 Zum 27. Male: **Rabbit!**
Der Brandstifter
 Sensationelles Nachmittagsstück mit Gesang in 5 Akten (12 Bildern) von G. Deunowsky. Musik von L. Zell.
 Anfang 8 Uhr.
 Im Tunnel von 7 Uhr an Frei-Konzert.
 Konzertscheit haben Willigkeit.
 Morgen und folgende Tage: **Der Brandstifter.**
 Sonntag Nachmittags: Lorbeerbaum und Betteleib.

Urania

Taubenstr. 48/49.
 Im Theater:
Das Land der Fjorde.
 Im Hörsaal:
 Prof. Dr. Koppe: Die graphischen Künste und die Bismarck-Illustrationen.
Invalldenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.

Passage-Panopticum

Im Kaisersaal nur noch wenige Tage:
Adrienne Gaston.
 Im Völkersaal ständlich:
40 Krieger des Mahdi.
 Heute 25 Pf. Entree.

Castan's Panopticum

Die **SIoux-INDIANER** sind da!

Metropol-Theater

Behrenstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz.
 Heute Sonnabend: Keine Vorstellung.
 Um 10 Uhr Abends:
Zweiter grosser Metropol-Masken-Ball.
 (Berliner Redoute) bei glänzend dekorierten Räumen.
Vier Musikkapellen.
 Oekonomik und Buffet: Hoflieferant Schaurte.
Kartenverkauf im Vorderhaus Herren 7 R., Damen 5 R., a. d. Abendkasse 10 R. (Herren), 8 R. (Damen).
 Der Eintritt ist nur in Volltoilette oder Wäsche gestattet.
 Morgen, Sonntag, und die folgenden Tage, zum 26. Male:
Die kleinen Michu's.
 Hierauf:
Die Engelsjäger.

Olympia-Theater

Karlstr. (Circus Renz) Karistr. Nur noch kurze Zeit.
 Abends 8 Uhr:
Mene Tekel.
 Jeden Sonntag Nachm. 3 1/2 Uhr:
Dornröschen.
 Halbe Preise. 1 Kind frei.
 Sonnabend, den 28. Januar:
II. Gr. Maskenball.

Circus Renz-Riesen-Tunnel

Direktion: J. M. Hätt.
 Täglich: **Grosses Konzert** der Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn Otto Öhrner und **Grosse Spezialitäten-Vorstellung** unter Regie des beliebtesten Humoristen Gustav Kluck.
 Das vollständig neue Januarprogramm. Unt. Wochent. 6 1/2 Uhr, Sonnt. 5 Uhr. Entree Wochent. 10 Pf., Sonnt. 20 Pf.

Reichshallen. Stettiner Sänger

(Weibel, Pleiss, Britton, Siebl, Krone, Böhl, Schneider und Schrader.)
 Zum Schluss (vorletzte Woche): **Depita vor Gericht.**
 Ensemble von Dreyer.
 Anfang 8 Uhr. Entree (Parquet durchweg) 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. Num. Balken 75 Pf., Balkon-Logen 1 M., Orchesterlogen 1.50, Fremdenlogen 2 M.
 Tageskasse von 11-1 Uhr.

W. Noack's Theater

Brunnenstr. 16.
 Heute, Sonnabend, den 21. Januar:
Wegen Privat-Festlichkeit keine Vorstellung.

Apollo-Theater.

Direktion E. Waldmann.
Carola
Débriège
Alexia
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Sonnabend, den 4. Februar 1909:
Yvette Guilbert.
 Billet-Vorverkauf ab Montag, den 23. Januar.

Feen-Palast-Theater

Burgstr. 22. Burgstr. 22.
 Wiederaufreten der beliebtesten **Soubrette Helens Voss.**
 Neu! Der **Debitent.** Schmidt. Um 8 1/2 Uhr:
 Gr. Sacherfolg: **Rich. Winkler** und **Wilhelm Fröbel** in der unverwundlichen **Poffe Endlich zu Zweien.**
 Kollischer Beifallsjubel! **Fred Dewey.** **Gebr. Klesoffy.** **Gebr. Vero.** **Louise v. Dolffs.** **Alexandro Michaelanko.** **Ruf. Gelfang.** u. Lang-Gesellschaft.
 Anfang 7 1/2. Sonntags 8 Uhr. Vorverkauf Barn. v. 11-1 Uhr.

Volks-Theater im Welt-Restaurant

Dresdener-Str. 97.
 Dir.: A. Kollg. Art. Leiter: A. Runge
 Täglich:
Große Gala-Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.
Neu! Schönenbrüder. Neu!
 Poffe mit Gesang von **Fritz Waldau.**
 Musik von **Thiele.**
Stille Liebe mit Hindernissen.
 Origin-Poffe mit Gesang u. Musik. Sensationell! Sensationell!
Klown Bobby
 mit seinen wunderbar dress. Hunden.
 Sonntags 6 Uhr. Ende 11 Uhr.
 Anfang: Wochent. 8 Uhr.

Quarg's Spezialitäten-Theater

Grand Hôtel Alexanderplatz.
 Täglich:
Cona Ploetti's Hunde-u. Katzen-Schau. - Hedwig Günther. - Amanda und Hans Bölling. - The Mikograph etc.
 Anfang 8 Uhr. - Sonntags 7 Uhr.
 Avis! Die Fest- und Konzertsäle des Grand Hôtel Alexanderplatz sind unter sonstigen Bedingungen zu **Versammlungen, Privatfestlichkeiten** zu vermieten.

Mähr's Theater

Cranienstr. 24.
 Täglich **Vorstellung.**
 Täglich:
„Inser Helgoland.“
 Otto Gregor a. G.
 Auftreten sämtlicher Spezialitäten.
 Sonntags 8 Uhr.
 Konz. haben Wochentags Willigkeit.

Moabiter Gesellschaftshaus

Alt-Moabit 80-81.
 Jeden Mittwoch:
humoristische Soirée Hippel's Stettiner
 Quartett- und Humoristen-Ensemble mit wechselndem, hochinteressantem, urkom. Programm!
 Nachher: **Soirée-Tanzkränzchen.**
 Entree im Vorverkauf 20 Pf., Ref. 40 Pf., Kaffe 30 Pf., Ref. 50 Pf.
 Passe-partouts haben Willigkeit.
Jeden Sonntag nur Ball.
 Die Direktion.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48.
 Heute Sonnabend:
Herrenfest
 vom **Berein Rheingold.**
 Sonntag:
Heinrich Heine und **Versprechen hinter'm Herd.**

Circus Busch

Sonnabend, den 21. Januar 1909.
 Abends 7 1/2 Uhr:
Parade-Gala-Vorstellung. PERSIEN.
 Besonders hervorzuheben: **Ritt über die hundert Fuss hohe Burgmauer.**
 Außerdem: **Durchbrüche aus der Zeit Friedrich des Gr., ger. von 4 Damen und 4 Herren mit 8 Schulperden.**
 Aufzügen des **Mr. Born** mit seinem **Spotting Akt.** Die neuen **Freiheitsdruckarten** des **Direktors Busch.** Auftreten des berühmten **Schulretzers Burckhardt-Football.** Auftreten der **Wagner-König als Professor der Waage.**
 Morgen Sonntag: **Zwei große Vorstellungen.** Nachmittags 4 und Abends 7 1/2 Uhr: **Persien.**

Achtung! Musik. Achtung!

Freie Vereinigung der Zivil-Berufsmänner Berlins u. Umg.
 empfiehlt Musik zu allen Privat- und Vereinsfestlichkeiten vom Klavier bis zum größten Orchester. Prompte Ausführung. Bestellungen werden täglich mündlich von 10 1/2 bis 1 Uhr Mittags sowie schriftlich und per Telephon (Amt III Nr. 1299) Rosenthalerstr. 57 im Restaurant Schiller. entgegengenommen. 50/2

Arbeiter-Radfahr-Verein Berlin.

Seite Abend, **Maskenball.** 8 Uhr: Köpenick, Göttinger Bahnhof.
 Sonntag 1 1/2 Uhr: **Brandenburger Thor nach Freund, Pichelswerder.** Nächsten Donnerstag: 11/1
General-Versammlung bei Wilske.

Butter billiger

Feine Tafelbutter. . . Pfd. 100 Pf.
Alfred Grüenthal.
 Neue Köfstr. 1. Köpnickestr. 3.

Saft unglaublich!



Nur **6,50 Mk.**
 kostet diese große. - in 1 Stunde erlernbare
Pracht-Salon-Akkord-Zither,
 mit 6 Manuskripten, 25 Saiten, Stimmborrichtung, ff. polirt, herrlicher Ton (katt sonst 16 Mark)! Dazu gratis **Schule** mit neuesten Stücken, Stimmgabel, Notenpult, Schlüssel, Ring u. Stim! **Rieber u. Tansalbusch & W. I. 1.50, 2.**
Jeder Käufer spart! Ehrenvolle Anerkennungen!
Rhein. Musikhaus V. Schmitz, Hörscheid-Solingen 119.
 *) Akkordzither übertrifft alle Erwartungen!
 Falkenmeyer, Sauerweinmeyer, Groß-Streffl.
 es ist eigentlich wirklich unglaublich, so etwas für diesen Preis liefern zu können. C. Schulz, Gutsdamer, Vetsch.

Herren- u. Konfirmandenhüte

alle Farben, nur neue moderne Sachen. 16500
 Prima Qualität: 1.50 und 2.-
 Die beliebtesten **Arbeitshüte** immer noch **65 Pf.**

Gutfabrik-Komptoir

Barnimstr. 4 u. 5.

J. Brünn

(Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4
 Nach beendeter Inventur gelangen größere Lagerbestände mehr

Teppiche

Gardinen! Portièren!
Steppdecken! Tischdecken!
 zu sehr billigen Preisen zum **6000***

Ansverkauf!!

Die Festsäle

und der Garten werden vom 1. April 1909 wieder am **Gewerkschaften, Gesang, Theater- und Vergnügungs-Vereine** unter sonstigen Bedingungen zu **festlichen** Gelegenheiten vergeben. **Rechtzeitige** Bestellungen erwünscht **Julius Wernau.** 6322* Galtstr. 13, Schwebelstr. 23/24.

Achtung! Vereine.

Zwei Zimmer, 20 u. 40 Personen fassend, empfiehlt **Ernst Lier.** Alte Jakobstr. 119.

Restaurant Linden-Garten

Köpenick, Grünauerstr. 7.
 Gr. Saal, Kaffeeküche, Frühstück, Mittag- und Abendessen. C. Soldel.

Maskengarderobe

von **Otto Runge**
 Gr. Frankfurterstr. 75, Amt VII, 4075 empfiehlt den Vereinen seine große **Kostüm- u. Kostümen** in jed. Preislage. Gr. Lager von **Karnaval-Kostümen.**

Photographie

12 Bild 3,50 M. 6840*
 2 Kabinett gratis.
 Kinder und Gruppen gleiche Preise.
 12 Kabinett 6,80 M.
E. Hering. Schönhauser-Allee 146.
 Aufgang Ecke Kastanien-Allee.

Soeben beginnt neuer Jahrgang:

NEUE STUNDEN



ILLUSTRIRTE-ROMAN BIBLIOTHEK 3-JÄHRIG KEFT 10 PFENNIG DIE TOCHTER DES SUDENS

Zu beziehen durch alle Colporteurs und Spediteure.

Unserem Sangesbruder 21/1 **Karl Ludewig** zu seinem heutigen **Wienfest** ein dreimaliges **dominantes Hoch!**
 Die Sangesbrüder des **Arbeiter-Sangsvereins Vorwärts I. Südost.**

Gez. Dank dem Verband der **Vorzugsarbeiter**, sowie den Kollegen, **Freunden** und **Bekanntem** für die rege **Beitrag** an dem **Wienfest** und **unserer** lieben **Söhne**, **Brüder** und **Schwäger** **Franz Kaufmann.**
 Die **trauernden Hinterbliebenen.**

Restaurant Wilhelmshöhe

Sonntag, den 22. d. M.:
Großer Wiener Maskenball
 wozu ergebenst einladet. **G. Trinka.**

Kinder-, Puppen-, Sport-, Kasten-, Leiter- u. Ziegenbockwagen, Kinderstühle, Kinderkrippen, Krankenwagen, auch leihweise für Erwachsene u. Kind, Triumphstühle, Heise- u. Papierkörbe, Blumentische, Korbwaren jeder Art, Kinderarbeitsstellen. Größtes Lager Berlins. Auf Kinderwagen gest. Theilzahlung. A. W. Schulz, 95 Brunnenstr. 95, vis-à-vis Humboldtthal, 3 Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen. Fernspr. Amt III 1787. Musterbuch gratis und franko.

Möbel

bau u. Zweifelhafte, billigst **Franzfurter Allee 110 11.** **Ed. Königbergerstr.**

Betten, Stepp-, Gardin-, Portièren, Stores, Wäsche, Waffeldecken, Anzüge, Josen, Winterpaletots, Regulat, Remontoir-Uhren, Opern, verkauft spottbillig Pfandleihe Reanderstraße 6.

Keell und billig

kauft man in der **Rosenthaler** Schuhfabrik von **W. Hittschke**, gegründet 1872, **Faltstr. 13.** **Ed. Admiraalstr.** am **Rottbühl Thor.** **Neu eröffnet!** **Mohr's Neu eröffnet!**

Margarine

Markmann. **Grünstr. 7.** **Ed. Vorkingstr.**
 Anhängliche **Schafställe** für 2 Herren bei **Ed. Holz.** **Wanteulstr. 31.**
Ed. Schläpffe zu **vermieten** Reichenbergerstr. 47, v. 2 Tr. I. 1555

Arbeitsmarkt.

Achtung, Holzarbeiter!
 Bei der Firma **Fork, Kretschmar & Co.** **Harnistr. 13.** haben sämtliche **Arbeiter** wegen **Wohlfühlens** die **Arbeit** niedergelegt. **Zuzug** **fernhalten!** **Die** **Ordnung** **halten!**
 108

Achtung! Holzarbeiter!

Federarbeiter!
 In der **Leberwarenfabrik** von **Th. Marschall.** **Ritterstr. 92.** haben sämtliche **Arbeiter** wegen **Wohlfühlens** die **Arbeit** niedergelegt. **Zuzug** **fernhalten!** **Die** **Ordnung** **halten!**
 23/3

Die Vertrauensleute

Ed. Müller auf **Waldhufen** gef. **Goldlestenfabrik.** **Wegenerstr. 15.**
Schuhmacher auf **Reife** verlangt **1345*** **An der Stadtbahn 41.**

Wamjells

auf **gute** **verleumdete** und **glatte** **Fadent** verlangt **Sass.** **Reinholdstr. 7a.** **Eingang** **Ravenstr. III.**
Musikant. **Wochstr. 5.** **Waldstr. 52.**